



DEMOKRATIE VERKOMMT ZU EINER FLOSKEL

Warum schweigen die Lämmer?

BÜRGER SCHLIESSEN SICH IN AKTIONSGRUPPEN ZUSAMMEN

Transition-Town: Wir verändern die Welt

MISSBRAUCH DER EEG-UMLAGE FÜR INDUSTRIESUBVENTIONEN

Industriesubventionen verfassungswidrig

GASKNAPPHEIT UND ZU LANGSAME MARKTRAUMUMSTELLUNG

Drohender Engpass im Erdgasnetz



Liebe Leserinnen und Leser

Seit dem Jahr 1987 informiert Sie die Energiedepesche über alle Themen, die für Energieverbraucher wichtig sind. Seit gut 31 Jahren – und damit bereits so lange ich lebe – begleitete die Zeitschrift ihre treuen Leserinnen und Leser durch ganz unterschiedliche Epochen: Von der einstmals staatlich organisierten Versorgung mit Strom und Gas über die revolutionäre Liberalisierung der Energiemärkte bis hin zum wirksamen Energiepreisprotest. Aber auch Aktionen zum Mitmachen, wie Energie-light und dem Phönix-Solarprojekt, verhalf die Energiedepesche zu Bekanntheit und informiert bis heute über die zahlreichen Serviceangebote für Mitglieder im Bund der Energieverbraucher (siehe Seiten 35-38).

Im Editorial der ersten Ausgabe 1/1987 formulierte Dr. Aribert Peters den Anspruch, mit dem er zusammen mit Erwin Bidder und Dr. Gerhard Wagner die Energiedepesche ins Leben gerufen hat: „Die Zeitschrift soll Ihnen bei der Lösung Ihrer Energieprobleme helfen. Sie sollen neutral und umfassend informiert werden. Dadurch soll ein Gegengewicht gegen die oft einseitigen Darstellungen der Energiewirtschaft entstehen.“

Die gelungene Kombination der Energiedepesche, bestehend aus aktuellen Nachrichten, wertvollen Tipps für Energieverbraucher und einer kritischen Betrachtung der energiepolitischen Entwicklung, ist einzigartig. Seit der Ausgabe 1/2012 versuche ich mit Artikeln meinen Beitrag für die Zeitschrift zu leisten und gestalte die Energiedepesche als ständiger Mitarbeiter zunehmend mehr mit. Diese 122. Ausgabe ist nun das erste Heft der Energiedepesche, für das ich verantwortlich zeichne. Ich hoffe, dass ich nicht nur dem 1987 formulierten Ziel der Zeitschrift, sondern auch Ihren Ansprüchen als Leserinnen und Leser gerecht werden kann und stelle mich Ihrem Urteil.

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Louis-F. Stahl

PS: „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten“ (August Bebel). In diesem Sinne lohnt sich ein Rückblick auf die Erstausgabe der Energiedepesche (siehe Heftrückseite). Mit Blick auf die Gestaltung der Zukunft ist Ihre konstruktive Kritik stets willkommen. Senden Sie eine E-Mail an: redaktion@energiedepesche.de



12 Verfassungswidriger Missbrauch der EEG-Umlage für Industriesubventionen



16 Warum schweigen die Lämmer? Ein psychologischer Erklärungsversuch



28 Drohender Engpass im Erdgasnetz: Was auf L-Gaskunden zukommt

ENERGIEAKTUELL

- 4 Erneuerbare günstiger als Kernkraft
Kühl-Gefrier-Kombis im Test
Günstige Heizungspumpen
- 5 Atomruine wird zu PV-Standort
Überbeuerte Solarpachtmodelle
- 6 Zuverlässigkeit von Haushaltsgeräten
Stromnetzausbau für Kohlestrom
- 7 Der Golfstrom schwächelt
Lichtblick dreht Kunden die Wärme ab
Marktübersicht für Kleinwindräder

PREISPROTEST

- 8 Überhöhte Netzentgelte
Folgen der Flexstrom-Pleite
- 9 Fernwärmepreissenkung erzwungen
Überhöhte Heizkostenabrechnungen
- 10 Profit auf Kosten der Kleinanleger
- 12 EEG: Industriesubventionen
verfassungswidrig

UMWELTPOLITIK

- 14 Regierungskoalition ohne Klimaplan
- 16 Warum schweigen die Lämmer?
- 19 Spirale des Schweigens
- 20 Transition-Town: Wir verändern die Welt
- 22 Leserbrief

ENERGIEBEZUG

- 24 E.on und RWE: Aus zwei mach eins
- 26 Wie sich Deutschland versorgt
- 28 Drohender Engpass im Erdgasnetz

ERNEUERBARE

- 30 Globale Entwicklung der Erneuerbaren
- 31 Praxischeck: Solarthermie funktioniert
Potenzialanalyse Geothermie
Erneuerbare schaffen Arbeitsplätze
Bürger wollen gerechte Energiewende

VEREININTERN

- 32 Solarlicht: Spenden zeigen Wirkung
- 33 Vorgestellt: Leonora Holling
- 34 Wahlergebnisse zur Hauptversammlung
Schlichtungsstelle für Stromeinspeicher
Verleih von Wärmebildkameras
Energiedepesche als E-Paper
- 35 Servicewelt für Mitglieder
- 39 Bücher und Veranstaltungen

Impressum | Energiedepesche 2/2018

Die Energiedepesche
erscheint vierteljährlich

Redaktionsschluss
15. Mai 2018

Herausgeber
Bund der Energieverbraucher e. V.
Frankfurter Straße 1, 53572 Unkel
Tel. 02224.123 123-0
Fax 02224.123 123-9
redaktion@energiedepesche.de
www.energieverbraucher.de
Volks- und Raiffeisenbank Neuwied-Linz
IBAN: DE82 5746 0117 0005 8137 72

Einzelheft 5 Euro inkl. MwSt.

Abo für 4 Hefte inkl. Versand: 22 Euro
Für Mitglieder ist der Bezug
im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Chefredaktion u.v.i.S.d.P.
Dr. Aribert Peters (ap)
Louis-F. Stahl (lfs)

Mitarbeiter dieses Heftes
Dr. Peter Becker, Reinhard Ernst, Leonora
Holling (lh), Martin Lohrmann, Manuela
Matheisen, Prof. Dr. Rainer Mausfeld,
Dr. Aribert Peters (ap), Daniela Roelfsema,
Susanne Schneiderei, Louis-F. Stahl (lfs)

Layout
DesignBüro Blümmling, Köln
mail@bluemlingdesign.de

Titelfoto
BeneA / photocase.de

Bildnachweis
Urhebervermerk am jeweiligen Motiv,
Lizenztext für CC-Lizenzen siehe
www.creativecommons.org/licenses
Übrige: Bund der Energieverbraucher e.V.

Anzeigenleitung
BigBen Reklamebüro, Tel. 04293.890 890
br@bb-rb.de | bdev.de/anzeigen

Druck
Medienhaus Plump GmbH
Rolandsecker Weg 33
53619 Rheinbreitbach
www.plump.de

Gedruckt auf Papier aus zertifiziert
nachhaltiger Forstwirtschaft.
ISSN: 0933-8055 | Vertriebskz: Z 2045 F

Eine Haftung für fehlerhafte oder unrichtige
Informationen wird ausgeschlossen.
Die Redaktion haftet nicht für Beiträge Dritter.
Nachdruck oder Vervielfältigung, auch auszugs-
weise, nur mit schriftlicher Genehmigung des
Herausgebers.

ENERGIEKOSTEN

Erneuerbare günstiger als Kernkraft

Atomstrom ist teurer als Strom aus erneuerbaren Energien. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Steuerbare erneuerbare Energien als Alternative zur Kernkraft“, die von Energy Brainpool im Auftrag des Stromanbieters Greenpeace Energy erstellt wurde. Gegenstand der Untersuchung sind die von der Visegrád-Gruppe, bestehend aus Polen, der Slowakei, Tschechien sowie Ungarn, geplanten neuen Atomkraftwerke und mögliche regenerative Alternativen.

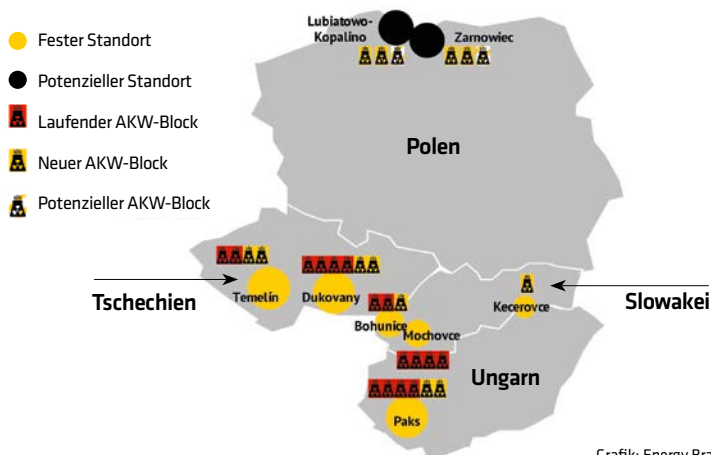
Die Autoren der Studie nehmen Bezug auf aktuelle AKW-Neubauten wie den französischen Reaktor Flamanville 3, bei dem sich die Kosten von geplanten 8,7 auf nunmehr 12,6 Cent je kWh erhöht haben. Auch der britische AKW-Neubau Hinkley Point C sei mit 11,9 Cent je kWh kaum günstiger. Auf den seit über 10 Jahren im Bau befindlichen finnischen Olkiluoto Block III nimmt die Studie keinen Bezug. Vermutlich mangels belastbarer Zahlen – die Kosten sind dort von geplanten 3 Milliarden Euro auf mindestens 8,5 Milliarden Euro gestiegen. Dies sind die letzten bekannten Zahlen aus dem Jahr 2012. Die Kostenexplosion beschäftigt seither ein geheim tagendes Schiedsgericht. Die Studie von Energy Brainpool kommt insgesamt zu

dem Ergebnis, dass die offiziell angesetzten Stromgestehungskosten für die osteuropäischen AKW-Neubauprojekte von 5,5 bis 8,9 Cent pro kWh unrealistisch niedrig sind.

Dem aktuell von den vier Staaten verfolgten Plan, neue AKW zu bauen, stellt die Studie zwei erneuerbare Szenarien gegenüber: Würden die Staaten stattdessen jetzt auf den Ausbau von Windkraft und PV-Anlagen setzen, wären in den Jahren 2027 bis 2035 Stromkosten von rund 6,0 bis 6,7 Cent je kWh zu erwarten. Ergänzend zu diesem Szenario mit fluktuierenden Erneuerbaren hat die Studie ein Konzept mit regelbarer erneuerbarer Energie erstellt. Dazu soll der Wind- und PV-Strom mittels Elektrolyseuren in EE-Gas gewandelt, in das europäische Gasnetz eingespeist, gespeichert und über regelbare Gaskraftwerke wieder verstromt werden. Selbst bei diesem enormen Aufwand für ein Ökoenergie-Kraftwerkssystem entstünden nur Kosten von 10,0 bis 12,0 Cent je kWh für regelbaren erneuerbaren Strom. Die Kosten für Batterie- oder Pumpspeicher an Stelle von Elektrolysegas wurden nicht untersucht. (Ifs)

► PDF-Download der Studie:
bdev.de/akwbrainpool

Status der Kernkraftprojekte in den Visegrád-Staaten



Grafik: Energy Brainpool

HEIZUNGSPUMPEN

Hocheffizienzpumpen zum kleinen Preis

Alte Heizungspumpen sind Energiefresser. Ungeregelte Standardpumpen aus den 1990er Jahren und auch die getesteten Standardpumpen mit Baujahr 2007 verbrauchen, nach Erhebungen der Stiftung Warentest, im Durchschnitt rund 40 bis 50 Watt. Läuft die Pumpe nur in der Heizsaison, verursacht eine solche Pumpe Kosten in Höhe von 49 bis 62 Euro pro Jahr. Hausbesitzer, die ihre Pumpe in der wärmeren Hälfte des Jahres nicht abstellen, zahlen das Doppelte.

Die von den Warentestern kürzlich getesteten Hocheffizienzpumpen sparen durchweg über 80 Prozent Strom und damit schnell über 50 Euro pro Jahr (Test, Heft 5/2018, S. 63-67). Alle getesteten Pumpen wa-

ren insgesamt „sehr gut“ bis „gut“ und erhielten in der Disziplin „Konstruktion und Verarbeitung“ ein „sehr gut“. Ob auf dem Gerät ein Markenname stand, oder es sich um No-Name-Produkte aus dem Baumarkt handelte, hatte keine Auswirkungen. Für Verbraucher ist dies eine sehr hilfreiche Information, denn die Markenprodukte von Grundfos, Wilo und Biral kosteten mit bis zu 520 Euro rund das Fünffache der ab 100 Euro erhältlichen No-Name-Produkte Terragreen und Greenpro aus dem Baumarkt. Ähnliches gilt neben Heizungswasserpumpen auch für Solarpumpen. (Ifs)

WEISSE WARE

Kühl-Gefrier-Kombis im Test

Die Stiftung Warentest hat Kühl- und Gefrierkombinationen der besten Energieeffizienzklassen getestet (Heft 3/2018, S. 61-67). Dabei wurden freistehende und vollintegrierbare Geräte miteinander verglichen. Die Ergebnisse sind überraschend: Wer es in der Küche gerne schick hat und sein Kühl-Gefriergerät hinter einer Blende versteckt, zahlt doppelt drauf!

Die für „gut“ befundenen Geräte von AEG, Bosch, Liebherr, Neff und Siemens zum Einbau kosteten 1.240 bis 1.570 Euro – natürlich zuzüglich der Blende vom Küchenhersteller. Die mit „gut“ getesteten freistehenden Geräte von Bosch, Gorenje, Liebherr, LG und Siemens kosteten hingegen nur 610 bis maximal 1.010 Euro. Vergleicht man die günstigsten guten Geräte, können Verbraucher mehr als die Hälfte sparen. Neben der Anschaffung haben die integrierten Kühlgeräte aber auch beim Energieverbrauch schlechter abgeschnitten. Die freistehenden A+++ Geräte

erreichten fast durchweg ein „sehr gut“ beim Stromverbrauch. Bei den integrierten Schwestermodellen mit A+++ reichte es durchweg nur für eine Note schlechter.

Bei aktuellen Strompreisen lohnen sich A+++ Geräte nicht immer, befindet die Stiftung Warentest. Neben einer besseren Dämmung besaßen die A+++ Geräte im Test jedoch auch bessere Kompressoren als die A++ Geräte. Auch ist zu bedenken, dass grundsätzlich weiter steigende Strompreise zu erwarten sind und – wie bei der Gebäudedämmung – ein effizienteres Kühlgerät eine Investition für die Zukunft ist. Bonustipp: Bei Geräten mit „No-Frost“ bildet sich kein stromfressender Eispanzer und damit entfällt gleichzeitig das lästige, regelmäßige Abtauen des Gefrierteils. (Ifs)



Solar Chernobyl

REPOWERING

Atomruine wird zu PV-Standort

Der folgenschwere Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl läutete 1986 den Niedergang der Atomkraft ein. Gut 30 Jahre später ergibt sich jetzt eine Perspektive für die Region: Das deutsch-ukrainische Joint Venture „Solar Chernobyl“ hat auf dem Gelände des Kraftwerks eine erste PV-Anlage mit einem Megawatt Leistung in Betrieb genommen. Die Leistung der Anlage soll in den kommenden Jahren um das Hundertfache ausgebaut werden. Weitere Investoren haben bei der ukrainischen Regierung Interesse angemeldet, in der Sperrzone ebenfalls Anlagen zur

Gewinnung regenerativer Energien zu errichten. Wie die Investoren von Solar Chernobyl sieht auch der ukrainische Umweltminister die Fakten pragmatisch: Rund 2.600 Quadratkilometer sind auf unabsehbare Zeit unbewohnbar und auch landwirtschaftlich nicht nutzbar. Das Zentrum dieser Zone verfügt jedoch über eine exzellente Anbindung an das Stromnetz. Vorerst wurden von der ukrainischen Regierung 25 Quadratkilometer um die Atomruine für den Bau von Solaranlagen ausgewiesen. Die weiteren Projekte befinden sich in der Prüfungsphase. (lfs)



SOLAR CHERNOBYL

PHOTOVOLTAIK

Überteuerte Solarpachtmodelle

Dass sich PV-Anlagen für Hausbesitzer lohnen können, zeigen zahlreiche Untersuchungen (siehe Energiedepesche 1/2018, S. 14). Viele Verbraucher scheuen aber die Kosten für eine eigene Photovoltaikanlage auf dem Hausdach. Diese Lücke versuchen zunehmend Dienstleister mit PV-Anlagen zum Mieten zu schließen. Statt eine Anlage zu kaufen und von einem Installateur errichten zu lassen, brauchen Verbraucher bei diesen Angeboten nur unterschreiben und zahlen monatlich kleine Summen als Miete oder Pacht an den Dienstleister.

Im Bereich von Heizungen warnte der Bund der Energieverbraucher bereits, dass sich die klein erscheinenden monatlichen Beträge über die Jahre schnell läppern. Verbraucher zahlen bei einer solchen Miete schnell das Doppelte, was ein Kauf der Anlage gekostet hätte (siehe Energiedepesche 4/2017, S. 17). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen nach einer Untersuchung von

13 Solarpachtmodellen örtlicher Energieversorger.

Eine Anlage, deren Anschaffung heute 7.514 Euro kosten würde, verursachte selbst beim zweitgünstigsten Miet-Anbieter über 18 Jahre Kosten in Höhe von 12.167 Euro. Aber es kommt noch weit schlimmer: Bei 10 der 13 Angebote sind die laufenden Kosten für die Pacht sogar höher als die Stromersparnisse und Einspeisevergütungen. Im Durchschnitt erwirtschaften Verbraucher mit einem Pachtmodell über 18 Jahre einen Verlust von 1.150 Euro. Beim schlechtesten Anbieter im Testfeld machen Verbraucher sogar einen Verlust in Höhe von 8.734 Euro. Verbraucher sollten daher PV-Pachtmodelle genau prüfen und keinesfalls leichtfertig unterschreiben. Mitgliedern im Bund der Energieverbraucher stehen die Beratungsangebote des Vereins zur Verfügung (siehe Seite 38 in diesem Heft). (lfs)

► Untersuchung der VZ NRW als PDF: bdev.de/pvpacht



HAUSHALTSGERÄTE

Zuverlässigkeit auf dem Prüfstand

Die Stiftung Warentest hat 14.450 Verbraucher nach deren Zufriedenheit und Erfahrungen mit Waschmaschinen, Trocknern und Spülmaschinen befragt (Heft 4/2018, S. 56-61). Die Untersuchung hat in allen drei Bereichen einen klaren Sieger: Das Unternehmen Miele. 97 Prozent der Besitzer einer Miele-Waschmaschine, 96 Prozent der Besitzer eines Miele-Trockners und 94 Prozent der Miele-Spülmaschinenbesitzer sind mit ihrem Gerät so zufrieden, dass sie das Gerät „definitiv“ oder zumindest „wahrscheinlich“ weiterempfehlen würden.

Eine hohe Zufriedenheit besteht bei den befragten Verbrauchern auch mit Waschmaschinen der Marken Privileg, Blomberg und Bosch/Siemens. Auf den letzten Plätzen befinden sich bei den Waschmaschinen Candy, Constructa, Bauknecht und Whirlpool. Die größte Unzufriedenheit im Testfeld zeigte sich bei den Spülmaschinen: Nur 22 Prozent der Verbraucher würden eine Spülmaschine von Gorenje oder Zanussi

„definitiv“ weiterempfehlen. Bei Electrolux und Whirlpool sieht es mit 30 Prozent nur wenig besser aus.

Bei der objektiven Zuverlässigkeit zeigt sich, dass Waschmaschinen von Bosch/Siemens mit 4 Prozent Fehlerquote innerhalb der ersten zwei Jahre am zuverlässigsten sind. Nach der Garantiezeit liegt Miele vorn: Nur 13 Prozent der Geräte hatten in den ersten 8 Jahren eine Störung. Schlusslicht ist Bauknecht: Beinahe jede dritte Maschine hatte eine Störung. Bei den Maschinen, die bereits älter als 8 Jahre sind, zeigte sich eine auffallend hohe Störungsrate bei den Miele-Maschinen. Jede dritte Maschine benötigte seit Inbetriebnahme eine Reparatur. Bei näherer Betrachtung geben die Warentester jedoch Entwarnung: Viele, der in dieser Kategorie gemeldeten Störungen, traten erst bei Maschinen auf, die bereits 20 Jahre und älter waren.

(Ifs)

STROMNETZE

Netzausbau für Exporte und Kohle

Wenn es um den Ausbau der Übertragungsnetze für Strom in Deutschland geht, sind sich Netzbetreiber, Bundesnetzagentur und Politik einig: „Der Netzausbau ist entscheidend für das Gelingen der Energiewende“, lautet das ewige Mantra. Das dies nicht uneingeschränkt stimmt, berichtete die Energiedepesche bereits (Heft 2/2017, S. 7). „Zwei von drei neuen Trassen dienen dem Transport von Kohlestrom“, konstatierte damals Claudia Kemfert.

Eine neue Analyse des gemeinnützigen „Think Tanks“ Agora Energiewende zeigt, dass 2017 die zwei kritischen Lastereignisse immer noch viel Raum für Exporte und Kohlestrom im Netz ließen.

Das zweite, von Agora untersuchte Ereignis, war das „Sturmtief Herwart“ am 28. und 29. Oktober 2017. Innerhalb dieses Zeitraumes deckten die Erneuerbaren bis zu 87,2 Prozent des deutschen Strombedarfs und die meisten Windkraftanlagen lieferten Höchstleistungen. Hier war – im Gegensatz zur kohlestromgeprägten Dunkelflaute – kein Netzeingriff notwendig. Und das, obwohl selbst die Kernkraftwerke im Süden, aufgrund negativer Strompreise an der Börse, ihre Leistung freiwillig drosselten. 33,1 Gigawatt Windstrom – vor allem aus Norddeutschland – und 10,3 Gigawatt Photovoltaikstrom konnten problemlos durch die Republik transportiert werden.

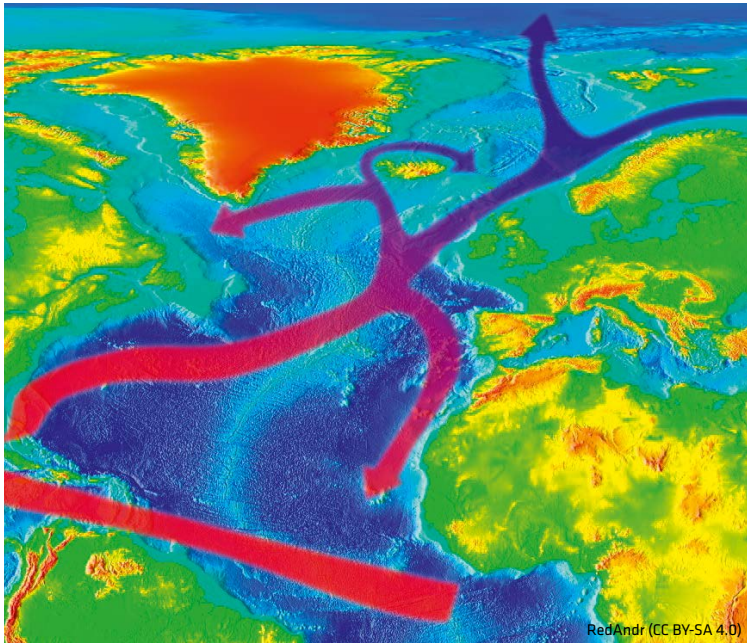


Vom 16. bis 25. Januar 2017 ereignete sich eine sogenannte „Kalte Dunkelflaute“. Es wehte kaum Wind und auch die Sonne brachte keine Leistung. Gleichzeitig hatten die Verbraucher einen Bedarf von 72,8 bis 76,0 Gigawatt. Die verbleibenden Kraftwerke – inklusive Biomasse und Wasserkraft – erzeugten jedoch 80 bis 85 Gigawatt. Der Überschuss wurde in die Schweiz, nach Österreich und nach Frankreich exportiert. Diese Exporte waren Agora zu Folge auch der Anlass, weshalb die Übertragungsnetzbetreiber anordnen mussten, dass billige Braunkohle- und Steinkohlekraftwerke in Nord- und Westdeutschland abgeregelt werden. An ihre Stelle traten andere fossile Kraftwerke in Süddeutschland.

Kritisch zum Netzausbau äußerte sich kürzlich auch Josef Hasler in mehreren Interviews. Hasler ist Vorstandsvorsitzender des Stromanbieters N-Ergie, der über ein Tochterunternehmen auch Stromnetze betreibt. Statt Stromautobahnen für fossile Kraftwerke von Nord nach Süd auf Kosten der Verbraucher zu bauen, sollte laut Hasler besser die Flexibilisierung des Verbrauchs, der Ausbau von Speichern und ein Ausbau von Photovoltaik- sowie Windenergieanlagen erfolgen. Und zwar dort, wo der Strom verbraucht wird.

(Ifs)

► Download der Agora-Analyse:
bdev.de/agora17



KLIMAWANDEL

Der Golfstrom schwächelt

Der Golfstrom ist ein entscheidender Motor für die Stabilität des globalen Klimas. Er transportiert im Atlantik rund 1,5 Petawatt Wärme in unsere Richtung – etwa die tausendfache Menge, die weltweit insgesamt an Elektrizität bereitsteht. Für uns in Deutschland ist er eine unverzichtbare Heizung, ohne die im Winter monatelang durchgehend Minustemperaturen herrschen würden. Durch den Wärmetransport hemmt er zudem Luftdruckunterschiede und schwächt somit Stürme.

Zwei in der Aprilausgabe der Zeitschrift *Nature* veröffentlichte Studien kommen unabhängig voneinander übereinstimmend zu dem Schluss, dass die Leistung des Golfstroms um rund 15 Prozent nachgelassen habe. Eine Studie stammt von fünf renommierten Wissenschaftlern des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). Diese haben festgestellt, dass mit dem Rückgang auch eine Verschiebung des Golfstroms in Richtung der US-Ostküste einhergehe und dies dort zu steigenden Meeresspiegeln führe.

Die zweite Studie stammt von Wissenschaftlern des University College London. Im Rahmen dieser Studie wurden nicht tatsächliche Messwerte der Strömung analysiert und zu einem Computermodell aufgebaut, sondern anhand von Bohrkernen die Entwicklung der Strömung über die letzten 1.600 Jahre nachgestellt. Die britische Studie kommt zwar zum gleichen Schluss, sieht den Beginn der Abschwächung aber nicht erst um 1950, sondern bereits 100 Jahre früher.

Einigkeit besteht darüber, dass ein Abschwächen des Golfstroms ein sogenanntes „Kippmoment“ für das weltweite Klima ist und katastrophale Auswirkungen haben könnte. Für Deutschland dürfte dies zunehmend mehr Herbst- und Winterstürme sowie strengere Winter bedeuten.

(lfs)

► Analysierende Zusammenfassung beider Studien
(englisch): bdev.de/nature1804

ZUHAUSEKRAFTWERKE

Lichtblick dreht Kunden die Wärme ab

Ganze 100.000 Zuhausekraftwerke wollte Lichtblick in deutschen Heizungskellern installieren. Die von Volkswagen in Salzgitter gefertigten stromerzeugenden Heizungen sollten Strom und Wärme für die Bewohner liefern. Hausbesitzer zahlten 5.000 Euro an Lichtblick. Das Hamburger Unternehmen demonstrierte für diesen Preis die alte Heizung und installierte „Volkswagen EcoBlue“ Blockheizkraftwerke. Gekoppelt war das Angebot an einen Wärmeliefervertrag über 10 Jahre.

Nachdem die Geräte technische Probleme bereiteten (siehe Energiedepesche 2/2014, S. 28-29) und sich Lichtblick mit Volkswagen im Streit trennte, will sich der Versorger jetzt auch seiner Wärmekunden entledigen. Wie der Onlinedienst Energatega berichtet, soll Lichtblick Zuhausekraftwerk-Wärmekunden Angebote zur Vertragsauflösung unterbreitet haben. Verbraucher, die dieses Angebot nicht annahmen, habe Licht-

blick den Vertrag gekündigt. So auch 36 Bewohnern eines Hauses in Berlin. Die Verbraucher bestanden weiterhin auf Erfüllung ihres 10-Jahres-Vertrages mit dem Versorger, woraufhin Lichtblick die Wärme- und Warmwasserversorgung des Hauses kurzerhand abgedreht haben soll.

Dagegen erwirkten die betroffenen Verbraucher am 9. Mai 2018 erfolgreich eine einstweilige Verfügung beim Landgericht Hamburg. Lichtblick muss die Kunden jetzt weiter mit Wärme und Warmwasser versorgen. Wie ein Lichtblick-Sprecher gegenüber Energatega mitteilte, wolle sich das Unternehmen juristisch dagegen wehren und hält an der Kündigung fest. Nach Ansicht von Lichtblick sei als Grund für die Kündigung die Unwirtschaftlichkeit des Vertrages für den Versorger ausreichend.

(lfs)

WINDKRAFT

Marktübersicht für Kleinwindräder

Kleine Windräder sind mit rund 3.000 bis 9.000 Euro pro Kilowatt Maximalleistung (kWp) deutlich teurer als Photovoltaikanlagen.

Aber dennoch interessieren sich Verbraucher, besonders in ländlichen Gebieten, für diese Art der Stromer-

zeugung, weil sie technikbegeistert sind, ihren Strom selbst herstellen möchten oder etwas für die Umwelt tun möchten (siehe Energiedepesche 4/2013, S. 37).

Eine gute Übersicht über Planungsaspekte, vermeidbare Fehler und aktuelle Modelle bietet der im Mai veröffentlichte Kleinwind-Marktreport 2018. Mitglieder im Bund der Energieverbraucher erhalten einen Rabatt in Höhe von 50 Prozent auf den regulären Preis von 69,99 Euro. Informationen zum rabattierten Bezug erhalten Sie von der Geschäftsstelle des Vereins.

► Kleinwind-Marktreport 2018:
www.klein-windkraftanlagen.com





bradcalkins / stock.adobe.com

BUNDESNETZAGENTUR

Überhöhte Netzentgelte

Die Bundesnetzagentur hat Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof eingelegt, nachdem das Oberlandesgericht Düsseldorf in einem Urteil die Kürzung der Renditen für Netzbetreiber durch die Bundesnetzagentur für ungültig erklärt hat. Sollte die Entscheidung des OLG Düsseldorf vom 22. März 2018 (Az. VI-3 Kart 143/16) Bestand haben, wird dies für Verbraucher teure Folgen haben. Bei dem Streit zwischen der Bundesnetzagentur und Netzbetreibern geht es um die Höhe der Eigenkapitalzinssätze.

Die Bundesnetzagentur hatte zuvor im Rahmen ihrer regulierungsbehördlichen Kompetenzen die Eigenkapitalzinssätze von 9,05 Prozent auf 6,91 Prozent für Neuanlagen und von 7,14 Prozent auf 5,12 Prozent für Altanlagen gekürzt. Für die vergleichsweise sehr sichere Geldanlage in deutsche Netze sind diese Renditen auch weiterhin ein lukratives Angebot für Investoren,

sollte man meinen. Doch rund 1.100 Netzbetreiber haben beim OLG Düsseldorf Beschwerde gegen die Regulierungsentscheidung der Bundesnetzagentur eingelegt.

Das Gericht argumentierte in seiner Entscheidung, dass die Bundesnetzagentur keine „wissenschaftlich vertretbaren“ Maßstäbe zur Anwendung gebracht habe. Bei der Bewertung, insbesondere der Marktrisikoprämie, wäre es zudem nicht ausreichend, wenn die Bundesnetzagentur ihrer Entscheidung eine wissenschaftliche Auffassung zugrunde legt, es müssten gleich mehrere Studien angestrengt werden, so der vorsitzende Richter. Die Bundesnetzagentur möchte die Entscheidung des OLG Düsseldorf jetzt durch den Bundesgerichtshof überprüfen lassen. Bundesnetzagentur-Präsident Homann betont: „Die von uns festgelegten Zinssätze sind sachgerecht.“ (lfs)

FLEXSTROM-PLEITE

Verbraucher erfolgreich verklagt

Den ehemaligen Kunden von Flexstrom ergeht es jetzt schlechter als den ehemaligen Teldafax-Kunden vor einigen Jahren. Es sieht diesmal danach aus, dass die Energieverbraucher zumindest einen Teil der Zeche zahlen sollen. Dies gilt jedenfalls, soweit es Gerichte in Nordrhein-Westfalen zu entscheiden hatten.

Ausgangspunkt der Rechtsstreitigkeiten sind Sonderverträge von Energieverbrauchern für Gas und Strom mit der inzwischen insolventen Flexstrom-Gruppe. Deren Sonderverträge zeichneten sich durch vergleichsweise günstige Preise im Rahmen eines Pakettarifes mit genau umrissener Liefermenge aus.

Als im Jahr 2013 die Flexstrom-Gruppe Insolvenz anmeldete, erfuhren Verbraucher hiervon in der Regel durch ihren Grundversorger, der automatisch die Versorgung übernahm. Damit war für die meisten Verbraucher die Angelegenheit „Flexstrom“ aus ihrer Sicht erledigt. Denn den Paketpreis hatten sie schließlich bis zur Insolvenz gezahlt.

Erstmals 2015 meldete sich dann der Insolvenzverwalter der Flexstrom-Gruppe und rechnete die bis zum Insolvenzzeitpunkt durch ihn geschätzten Verbräuche ab. Für viele Verbraucherinnen und Verbraucher ein Schock. Denn jetzt schätzte der Insolvenzverwalter oft Verbräuche, die doppelt oder dreimal so hoch sind wie ursprünglich angenommen und vorausbezahlt wurden. Gerechtfertigt wurde dies damit, dass angeblich Daten nicht vorliegen würden. Teilweise wurden auch Abrechnungen der Flexstrom-Gruppe, die kurz vor der Insolvenz erstellt wurden, storniert und mit deutlich höheren Forderungen neu gefasst.

Nachdem sich Verbraucher weigerten zu zahlen, trat der Insolvenzverwalter diese angeblichen Forderungen an die Synergie Inkasso GmbH ab, die schnell Klage erhob. Die Amts-

gerichte, die zunächst mit diesen Verfahren betraut waren, haben diese Klage überwiegend abgewiesen. Hierbei urteilte die erste Instanz oft, die Abtretung der Forderung an Synergie sei bereits nicht bewiesen, die Forderung sei verjährt oder einer Schätzung nicht zugänglich.

Synergie ging gegen diese Entscheidungen in vielen Fällen in Berufung und hatte jetzt vor dem Landgericht Düsseldorf Erfolg, bei dem viele Verfahren anhängig sind. Dieses urteilte, dass die Abtretung nur verständlich die Forderung umreißen müsse, um wirksam zu sein. Außerdem sei es dem Insolvenzverwalter gestattet gewesen, die ursprünglichen Rechnungen zu kassieren und auf Basis einer Schätzung abzurechnen. Dies solle sogar im Falle eines Verbrauchers mit einer Photovoltaikanlage gelten, der anführte, praktisch keinen Verbrauch gehabt zu haben. Der Verbraucher habe nicht nachgewiesen, dass er mit seiner Photovoltaikanlage tatsächlich nicht die unterstellten hohen Stromverbräuche gehabt habe, urteilten die Düsseldorfer Richter. Die Einspeisenachweise reichten hierzu ihrer Meinung nach nicht aus.

§ 17 StromGKV gestatte dem Versorger oder seinem Insolvenzverwalter nach Ansicht der Richter, praktisch jederzeit rechtswirksam zu schätzen. Auch die Revision ließen die Richter deshalb nicht zu, so dass das Urteil rechtskräftig ist. Sie gaben dem Verbraucher aber einen guten Rat mit auf dem Weg: Sollte er wegen seiner Photovoltaikanlage weniger Strom verbraucht haben, könne er den Betrag, den er wegen der Schätzung zu viel gezahlt habe, ja bei der Synergie Inkasso einklagen. Das wäre dann allerdings beim Amts- und Landgericht in Berlin. (ll)

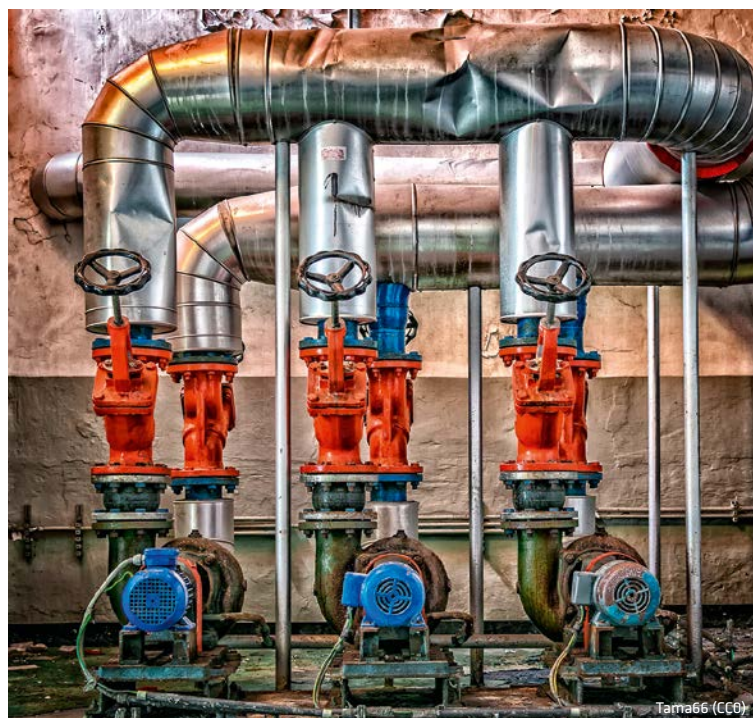
Kartellbehörde erzwingt Preissenkung

Die Landeskartellbehörde Niedersachsen hat ihre Sektoruntersuchung von Fernwärmepreisen der Jahre 2013 bis 2016 von insgesamt 70 Versorgern in 143 Netzgebieten abgeschlossen. Im Rahmen der Untersuchung wurden bei 7 Versorgern in 70 Netzgebieten überhöhte Preise festgestellt. Drei der Versorger haben ihre Preise freiwillig gesenkt. Gegen die anderen vier Versorger wurden erfolgreich Kartellverfahren wegen missbräuchlich überhöhter Fernwärmepreise eingeleitet. Diese Verfahren endeten ebenfalls mit Preissenkungen seitens der Versorger. Die erzielte Preissenkung betrug nach Angaben der Behörde im Durchschnitt 20 Prozent zuzüglich Einmalzahlungen an die betroffenen Verbraucher. Ob und wann die Behörde die Preise ab 2017 untersuchen wird, ist noch nicht bekannt. Es ist zu hoffen, dass sich die Landeskartellbehörden anderer Bundesländer dem Beispiel aus Niedersachsen anschließen und gerechte Preise für Verbraucher durchsetzen.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband hat mit seinem Projekt „Marktwächter Energie“ ebenfalls eine unabhängige Untersuchung von Preiserhöhungen im Bereich Fernwärme eingeleitet. Fernwärmekunden, die in den letzten drei Jahren eine Preiserhöhung erhalten haben, werden gebeten einen Fragebogen auszufüllen. Anders als Regulierungsbehörden kann der Marktwächter der Verbraucherzentralen nicht direkt regulatorisch gegen die Versorger vorgehen. Die Untersuchung dürfte jedoch den undurchsichtigen Fernwärmemarkt durchleuchten und aufschlussreiche Erkenntnisse für Fernwärmekunden liefern.

(lfs)

► Umfrage zu Fernwärmepreiserhöhungen:
bdev.de/fernwarmeumfrage



Unzumutbare Erfassungskosten

Wird nur ein geringer Teil der Heizkosten nach Verbrauch auf die Mieter verteilt, dann müssen die gesamten Heizkosten entsprechend der Wohnfläche verteilt werden. Das hat das Amtsgericht Hersbruck am 27. Oktober 2017 entschieden (Az. 3 C 297/16). Im strittigen Fall wurden nur 6 Prozent der Heizwärme von den Heizkostenverteilern an den Heizkörpern erfasst. 94 Prozent der Heizwärme verteilten sich durch ungedämmt verlegte Rohrleitungen bereits vor Erreichen der Messgeräte an den Heizkörpern ungemessen im Haus.

Der Energiedepesche liegt ein Leserbrief vor, in dem die Erfassungskosten 44 Prozent der gesamten Heizkosten ausmachen. In solchen Fällen greift § 11 Abs. 1 Nr. 1a der Heizkostenverordnung. Diese Norm besagt, dass bei Niedrigst- und Passivhäusern mit einem Wärmebedarf von weniger als 15 kWh/(m²*a) keine verbrauchsabhängige Abrechnung zu machen ist. Weitere Ausnahmen von der Erfassungspflicht ergeben sich zudem bei bestimmten Häusern, in denen die Bewohner den Wärmeverbrauch nicht beeinflussen



Antonioguillerm / stock.adobe.com

Grundsätzlich darf die verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung nicht mehr kosten, als sie binnen 10 Jahren an Einsparungen einbringen kann (§ 11 Abs. 1 Nr. 1c Heizkostenverordnung). Als Obergrenze für die Messkosten werden aus diesem Grund gemeinhin 15 Prozent der Heizkosten angenommen (OLG Düsseldorf 2009, Az. 3 Wx 28/09). Die Abrechnungskosten überschreiten jedoch in einer steigenden Zahl von Fällen diese Obergrenze. Die Ursachen dafür sind im Einzelfall unterschiedlich: Installation besserer Gebäudedämmung, Steigerung der Heizungseffizienz durch Brennwerttechnik oder auch der Einsatz von Solarthermie kann die Heizkosten senken.

können – wie beispielsweise in dem eingangs erwähnten Fall. Auch für Gebäude, die überwiegend – daher zu mehr als 50 Prozent – mit Wärme aus Anlagen zur Rückgewinnung von Wärme sowie aus Wärmepumpen und Solaranlagen versorgt werden, sieht die Heizkostenverordnung Ausnahmen von der Erfassungspflicht der einzelnen Wohnungsverbräuche vor.

Wenn Ihnen die Messkosten auf Ihrer Heizkostenabrechnung zu hoch erscheinen, sollten Sie sich als Vereinsmitglied an den Bund der Energieverbraucher wenden. Der Verein prüft für seine Mitglieder die Heizkostenabrechnung auf solch grobe Fehler (siehe Seite 35).

(ap)

Windparks: Profit auf Kosten der Kleinanleger

Bürger möchten ihr Geld sinnvoll anlegen und zugleich die Energiewende voranbringen. Versprochen werden oft Renditen von 6 bis 12 Prozent. Doch nicht selten folgt auf diese hohe Erwartung ein böses Erwachen.

Als im Jahr 1990 durch das Stromeinspeisungsgesetz die Grundlage für den Ausbau dezentraler Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien gelegt wurde, initiierten die damaligen Windenergie-Pioniere eine rasante Entwicklung. Aus den damals kleinen Anlagen mit wenigen hundert Kilowatt Leistung, gebaut von Schiffswerften und kurzerhand aufgestellt von einzelnen Landwirten auf ihren Feldern, sind inzwischen gewaltige Anlagen geworden, aufgestellt nicht nur in großen Windparks an Land, sondern auch offshore im Meer. Die Windkraft stellt nach Zahlen des Bundesumweltamtes mit 107 TWh im Jahr 2017 inzwischen 49 Prozent der erneuerbaren Stromerzeugung. Aufgrund der gewaltigen Kosten sind Projekte einzelner Investoren inzwischen die absolute Ausnahme. Selbst große Energieversorger sind gezwungen, sich bei Projekten wie Offshore-Windparks zusammenzuschließen, um die Kosten stemmen zu können.

Grauer Kapitalmarkt

Seit die ersten Windräder begannen, die Landschaft zu prägen, ist das Interesse von Bürgern groß, nicht nur Energieverbraucher, sondern auch selbst Energieerzeuger zu sein und sich an Windanlagen zu beteiligen. Firmen, die damals finanzielle Beteiligungen an Windparks anboten, hatten einen Vertrauensvorschuss. Anleger sahen hauptsächlich die gute Sache und bedachten nicht, dass einige Anbieter solcher Projekte in erster Linie ihren eigenen Profit im Sinn haben könnten. Mit der Zeit zeigte sich, dass sich sehr viele schwarze Schafe auf dem Gebiet der „Bürgerwindprojekte“ tummeln. Das damals etablierte Geschäftsmodell waren Kommanditgesellschaften in Form der „GmbH & Co. KG“, bei

denen oft die Geschäftsführung und der Generalunternehmer, der den angebotenen Windpark entwickelt hatte, in einem Firmengeflecht verbunden waren.

Marionetten-Geschäftsführer

Obwohl – rechtlich gesehen – der Geschäftsführer einer KG die Interessen der Kommanditisten verfolgen muss, stand er oftmals auch als Mitarbeiter beim projektierenden Generalunternehmer auf der Gehaltsliste.

Kleinanleger sind für Finanzhaie leichte Beute.

Wenn ein Windpark schöngerechnet wird und im Prospekt somit höhere jährliche Einnahmen stehen, kann der Windpark teurer verkauft werden und der Profit des Generalunternehmers ist infolge höher. Mit der Zeit realisierten die Anleger, dass die Auszahlungen weit unter der Prognose lagen – oft so weit, dass auf Dauer kaum Ausschüttungen zu erwarten waren, bis hin zum Totalverlust.

Erste kritische Fragen

Während die Anleger anfangs oft mit der Behauptung zufrieden waren, dass der Wind ja auch mal in vereinzelt Jahren schwächer sei, fingen einzelne Kommanditisten an, sich zu organisieren und Beiräte einzurichten, auch wenn das im Gesellschaftsvertrag oft nicht vorgesehen war. Bei Akteneinsichten erfuhren diese Beiräte oft, dass ihr Windpark nicht nur zu teuer gekauft wurde, sondern auch die Betriebskosten erheblich über den Prognosen lagen.

Verlorenes Vertrauen

Durch die Berichte ihrer Beiräte verloren die Anleger in hunderten von Fällen das Vertrauen in ihre Geschäftsführungen. In einigen wenigen Windparks gelang es zwar, trotz anlegerfeindlicher Klauseln in den Verträgen, die Geschäftsführung auszutauschen und so die KG zu sanieren. Ein solcher Austausch ist jedoch kein Selbstläufer: Viele Versuche scheiterten, weil sich die Windparkprojektierer beispielsweise durch kapitallose Mehrstimmen erfolgreich gegen die eigenen Kommanditisten durchsetzen konnten. Im Folgenden wird berichtet, welche unfairen Praktiken sich in diesem Markt etabliert haben und wie man sich dagegen wehren kann.

Beispiel aus der Nähe von Bremen

Die Projektierungs- und Betriebsfirma EnergieLager* verkaufte 1995 den Windpark NordWestPark* an rund 150 Anleger. Zehn Windkraftanlagen mit insgesamt 6 MW Leistung gingen mit deutlicher Verspätung 1998 in Betrieb. Der Ertrag blieb weit unter den Prospektangaben und den zugrundeliegenden Windprognosen. Der Prospekt beschrieb einen Gesamtwindpark von zehn Anlagen. Eine Nachtabschaltung wurde nicht eingerechnet und das Windgutachten basierte angeblich auf langjährigen Windmessreihen. Tatsächlich waren aber bereits zum Zeitpunkt der Prospektherausgabe weitere Anlagen geplant und schließlich wurden 33 zusätzliche Anlagen errichtet, die Windschatten brachten. Nachts musste die Leistung des NordWestParks* zudem deutlich reduziert werden – und das Windgutachten basierte auf Winddaten aus einem geschickt ausgesuchten und über 200 km entfernten Ort. Statt der bis 2007 prognostizierten Ausschüttungen in Höhe von 116 Prozent der Kapitaleinlage, hatte es nicht einmal 30 Prozent gegeben. Der Beirat ermittelte diese Prospekt-

* Zur Vermeidung rechtlicher Auseinandersetzungen wurden die mit einem Sternchen gekennzeichneten Namen der Unternehmen und Produkte in diesem Artikel durch die Redaktion geändert. Die Namen sind der Redaktion bekannt.



florianjuengermann (CCO)

mängel, obwohl die Mitarbeiter der EnergieLager* versuchten, Fakten zu verschleiern. Mehrere Aktenordner aus der Planungsphase waren plötzlich nicht mehr aufzufinden.

Erfolgreiche Klage

In der Gesellschaftsversammlung sagte das Unternehmen EnergieLager* zu, für einen „nachgewiesenen quantifizierbaren Schaden aufzukommen“, hielt diese Zusage aber nicht ein. Die Vorarbeit des Beirates führte zunächst zu einer einzelnen erfolgreichen Prospekthaftungsklage. Die EnergieLager* ging bis zum BGH – ohne Erfolg. Mehr als die Hälfte der Anleger führten dann eine Folgeklage, die mit einem Vergleich endete. Somit war 2007, fast zehn Jahre nach Betriebsaufnahme des NordWestParks*, der Schadensersatzanspruch geklärt – ein Erfolg!

Beispiel aus der Nähe von Magdeburg

Der Projektierer BlümchenGroup* präsentierte sich gerne als seriöses und erfolgreiches Unternehmen mit Referenzwindparks, bei denen die Ausschüttungen weitgehend im Rahmen der Planungen lägen. Tatsächlich fanden aktive Kommanditisten des NordSüdParks*, eines der Windparks der BlümchenGroup*, heraus, dass anfänglich Ausschüttungen mittels eines sehr teuren Kredits durch die Muttergesellschaft finanziert wurden. Es gelang durch eine Klage, den durch diesen überteuerten Kredit entstandenen Schaden erstattet zu bekommen. Die Kosten im laufenden Betrieb des NordSüdParks* wurden zudem dadurch exorbitant erhöht, dass die Geschäftsführung auf Rechnungen fremder Dienstleistungen bis zu 30 Prozent „Handling-

aufschläge“ berechnete. Auch in diesem Fall gab das Oberlandesgericht den Anlegern des NordSüdParks* Recht und die BlümchenGroup* musste diese ungerechtfertigten Zahlungen erstatten. Nachdem bekannt wurde, dass die BlümchenGroup* mit zahlreichen überteuerten Projekten den eigenen Profit offensichtlich wichtiger nahm, als einen fairen Umgang mit seinen Anlegern, war ihr Ruf schnell lädiert. Die maßgebenden Personen agierten jedoch weiter unter einem neuen Firmennamen.

Absetzung der Geschäftsführung

Einigen Anlegern des NordSüdParks* gelang die Ablösung der Geschäftsführung durch die BlümchenGroup* aus wichtigem Grunde. Nachdem in diesen Windparks ungerechtfertigte Kosten nicht mehr entstanden, ergab sich eine spürbare Verbesserung der Liquidität, so dass die Anleger wieder Ausschüttungen bekommen konnten. Der Widerstand gegen die Methoden der BlümchenGroup* hat sich also gelohnt.

Aufruf an alle Anleger

In vielen Windparks sind die Anleger in einer schwachen Position. Nur wenn sich engagierte Kommanditisten finden, die genau hinschauen und nicht zulassen, dass Interessenskonflikte zum Nachteil der Anleger führen, können Verbesserungen erreicht werden. Viele Firmen sind nicht bereit, Verantwortung für Fehler zu übernehmen. Sie schützen sich oft durch gesellschaftsrechtlich problematische Regelungen und benutzen sogenannte Mehrstimmen, um im schlimmsten Fall zu verhindern, dass ihre Anleger sich eine neue – faire – Geschäftsführung suchen.

Organisierte Aufklärung

Der im März 2017 gegründete „Anlegerschutzverein WindEnergie e.V.“ (AWE) hat sich zum Ziel gesetzt, die Erfahrungen von Anlegern zu sammeln, auszuwerten und Hilfestellungen für alle Anleger zu geben. Dies geschieht zur rechten Zeit, weil für viele Windparks bald der Vergütungsanspruch nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ausläuft. Der Weiterbetrieb oder das Repowering ist eine große Chance für bisher wenig profitable Gesellschaften, deren Anleger als Pioniere den Ausbau der Windenergie in Deutschland überhaupt erst möglich gemacht haben.

Neue Anlageformen

Auf der anderen Seite werden aber zunehmend noch riskantere Kapitalanlagen für Beteiligungen an neuen Projekten auf den Markt geworfen, wie beispielsweise Nachrangdarlehen, Genussscheine oder Crowd-Finanzierungen, bei denen die Anlegerrechte noch schlechter geregelt sind, als im Fall der Kommanditgesellschaften. Häufig werden die Anleger bei diesen neuen Beteiligungsformen sogar rechtlos gestellt.

Zielsetzung

In Zukunft soll der Anteil von fairen und auch für die Kapital anlegenden Bürger profitablen Beteiligungen zunehmen. Dazu ist es notwendig, dass die Rechte der Anleger in den laufenden Windparks gestärkt werden und die Chancen beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien für Bürger genutzt werden können. Denn die durch eine faire Bürgerbeteiligung entstehende Akzeptanz in breiten Bevölkerungsschichten ist eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende.

► Webseite des AWE: www.awe-ev.de

► Warnung von Risikogeschäften bei Windparks der taz: bdev.de/tazwindwarnung



Reinhard Ernst

ist seit Ende der 1990er Jahre in der Beiratsarbeit von Windparks engagiert und Gründungs- sowie Vorstandsmitglied des Anlegerschutzvereins WindEnergie AWE e.V.

EEG: Industriesubventionen verfassungswidrig

Ein Teil der zur Förderung erneuerbarer Energien zu zahlenden EEG-Umlage wird zur Subventionierung stromintensiver Großverbraucher verwendet. Das widerspricht nach Ansicht von Energierechtsexperten dem Gleichheitsgrundsatz in Artikel 3 des Grundgesetzes.

Die EEG-Umlage für den Ausbau der erneuerbaren Energien zahlen alle Stromverbraucher mit ihrer Stromrechnung. Die Höhe dieser Umlage beträgt im Jahr 2018 rund 6,8 Cent je Kilowattstunde. Für eine Familie mit einem Verbrauch von 3.500 kWh ergeben sich folglich Kosten in Höhe von rund 230 Euro pro Jahr. Jedoch wird ein Teil dieses Betrages nicht für den Ausbau Erneuerbarer Energien verwendet. Stattdessen werden von diesem Geld die sogenannten „energieintensiven Unternehmen“ subventioniert. Denn im Gegensatz zu normalen Verbrauchern zahlen Großverbraucher auf Kosten aller übrigen Verbraucher nur eine deutlich reduzierte EEG-Umlage. Diese Ungleichbehandlung kann die durch energieintensive Unternehmen zu zahlende EEG-Umlage auf bis zu 0,05 Cent je kWh reduzieren.

Mehrbelastung für Verbraucher

Die Subventionierung von Großverbrauchern auf dem Rücken von privaten Haushalten sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen steigt von Jahr zu Jahr. Anhand von Zahlen des Bundesumweltministeriums und des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle hat das Portal www.wie-energiesparen.info ausgerechnet, dass die nicht privilegierten Letztverbraucher im Jahr 2011 0,6 Cent je kWh für die Umverteilung von unten nach oben bezahlt haben. Im Jahr 2015 waren es schon 1,37 Cent je kWh. Nach Berechnungen des Öko-Instituts (PDF, S. 15 bdev.de/oekoee2018) beträgt der Effekt der Privilegierung im Jahr 2018 rund 1,57 Cent je kWh. Für einen Haushalt mit einem Verbrauch von 3.500 Euro bedeutet dies inklusive Mehrwertsteuer eine Belastung von rund 65 Euro pro Jahr.

Verfassungswidrige Ungerechtigkeit

Die Befreiung bestimmter Großverbraucher von der EEG-Umlage verstößt als Industriesubvention

gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz nach Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes. Der renommierte Rechtsanwalt und Energierechtsexperte Dr. Peter Becker argumentiert, dass private Verbraucher sowie kleine und mittlere Unternehmen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrie nicht mitfinanzieren müssen – das sei Sache des Staates (ZNER Heft 1/2018, S. 36-39). Zwar hat der Bundesgerichtshof 2014 festgestellt, dass die EEG-Umlage in Gänze keine „verfassungswidrige Sonderabgabe“ sei (Az. VIII ZR 169/13). Dies bezog sich jedoch nicht auf die Grundrechtsverletzung aus Artikel 3 des Grundgesetzes. Das Bundesverfassungsgericht hat über diese Frage schlicht noch nicht entschieden.

EEG-Umlage kürzen!

Folgerichtig kürzt ein von Dr. Peter Becker vertretener Solarpark die EEG-Umlage genau um den Subventionsbetrag von 1,37 Cent je kWh. Der

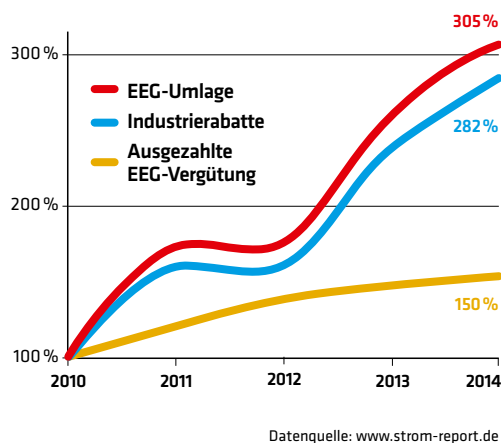
Netzbetreiber Amprion antwortete auf die Kürzung lapidar mit dem Hinweis, dass diese nicht akzeptiert werde und sich der Netzbetreiber eine gerichtliche Geltendmachung vorbehält. Passiert ist seitdem jedoch nichts. Es ist kaum zu erwarten, dass auf Zahlung der vollen EEG-Umlage bis hin zu einem öffentlichen Urteil geklagt wird. Das Spiel dürfte hier ähnlich laufen, wie bei den umstrittenen Preiserhöhungen: Bevor ein Gericht zur Entscheidung kommt, ziehen Versorger und Netzbetreiber die Klage zurück, weil sie ein Musterurteil auf jeden Fall vermeiden wollen.

Europäische Ebene

Dafür spricht auch ein Rechtsstreit vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Der Bund der Energieverbraucher e.V. hatte gegen die Ausnahmeregelung für energieintensive Unternehmen Beschwerde bei der EU eingelegt, weil dies eine unerlaubte Subvention sei. In der Folge dieses Verfahrens änderte die EU-Kommission die Regeln für unerlaubte Beihilfen (Beschluss 2015/1585 vom 25.11.2014). Danach waren die meisten EEG-Ausnahmen plötzlich zulässig, einige wenige jedoch auch weiterhin nicht. Zugleich stellte die EU-Kommission aber auch fest, dass es sich bei den „Ermäßigungen der EEG-Umlage zugunsten dieser [stromintensiven] Unternehmen um eine staatliche Beihilfe handele“.

Einige betroffene Unternehmen hätten die EEG-Umlage nachzahlen müssen. Deshalb klagten die betroffenen Unternehmen vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt. Das Verwaltungsgericht hat dem EuGH die Frage vorgelegt, ob diese Klage zulässig sei. Der Generalanwalt am EuGH hält in seiner Stellungnahme die Klage für unzulässig, weil die Unternehmen direkt gegen die Kommissionsentscheidung hätten klagen müssen, dies aber versäumt hatten. Eine Entscheidung des EuGH steht noch aus. Aber der Gene-

Zusammensetzung der EEG-Umlage



Von 2010 bis 2014 hat sich die Höhe der EEG-Umlage verdreifacht. Die tatsächliche Förderung erneuerbarer Energien hat an dieser Kostenexplosion jedoch nur einen kleinen Anteil.



ralanwalt schreibt in seiner Stellungnahme (Az. C-135/16, Dokument 62016CC0135) höchst aufschlussreiches:

Randnummer 80: „Meines Erachtens gewähren die deutschen Behörden energieintensiven Unternehmen einen unbestreitbaren wirtschaftlichen Vorteil, wenn sie die bei ihnen zu erhebende EEG-Umlage ermäßigen [...]“

Randnummer 85: „Es sieht nicht so aus, als ob die Strompreise, die diese Unternehmen in Deutschland zu tragen haben, trotz der EEG-Umlage höher seien als die Durchschnittspreise in den Ländern der Union. Der Nachweis für eine angebliche Benachteiligung dieser Unternehmen im Wettbewerb ist mithin nicht erbracht worden.“

Randnummer 87: „Die Begrenzung dieser Kosten für energieverschlingende Betriebe stellt eine Ausnahmeregelung dar, die ihnen einen spezifischen Vorteil verschafft, da sie den Preis verringert, den sie sonst für den von ihnen verbrauchten Strom zahlen müssten.“

Randnummer 94: „Die Klägerinnen führen aus, die Ermäßigung der von ihnen zu entrichten-

den EEG-Umlage trage zum Klima- und Umweltschutz sowie zur nachhaltigen Entwicklung und Gewährleistung der Energieversorgung bei. Diese Gründe des allgemeinen Interesses gelten aber allenfalls für die allgemeine Regelung der EEG-Umlage, nicht aber für ihre Ermäßigung zugunsten einer spezifischen Kategorie von Industriebetrieben. Zudem wird durch ihre (teilweise) Freistellung von der allgemeinen Belastung durch die EEG-Umlage für diese Kategorie wirtschaftlicher Akteure gleichzeitig ein Anreiz für einen höheren Stromverbrauch geschaffen, und die Einnahmen, die zur Finanzierung erneuerbarer Energien zur Verfügung stehen, verringern sich.“

Randnummer 96: „[Es] haben weder die Unternehmen noch die deutsche Regierung genaue Angaben zur Stützung der Behauptung gemacht, dass die Zahlung dieser Umlage unter den Voraussetzungen des Beschlusses 2015/1585 ihren Fortbestand gefährde. Dieser Mangel an Beweisen reicht aus, um das entsprechende Vorbringen zu entkräften [...]“

Rechtfertigung trägt nicht

Mit seiner Auffassung zur Verfassungswidrigkeit der Industriesubventionierung im Rahmen der EEG-Umlagetragung ist Dr. Peter Becker nicht allein. Bereits im Jahr 2006 verfassten die Energierechter Dr. Volker Oschmann, seinerzeit Referent im Bundesumweltministerium, und Jan Thorbecke einen Aufsatz, der zum gleichen Schluss kam (ZNER Heft 4/2006, S. 304-310): „Dem Argument, das EEG führe zu erheblichen Kosten und belaste die Unternehmen zusätzlich, ist durch neue Untersuchungen der Boden ent-

zogen worden. Denn erneuerbare Energien senken den durchschnittlichen Börsenpreis am Markt in einem Umfang, der über den durch das EEG verursachten Mehrkosten liegt. [...] Es kann also festgehalten werden, dass die bislang zur Rechtfertigung der Ungleichbehandlung vom Gesetzgeber herangezogene Argumentation nicht trägt. [...] Wie wird die Ungleichbehandlung gegenüber Konkurrenzunternehmen gerechtfertigt, die einen der Schwellenwerte nicht erreichen? Im EEG müssen die nicht von der EEG-Umlage befreiten Konkurrenzunternehmen nicht nur auf die Förderung verzichten, sondern sie werden über den EEG-Ausgleichsmechanismus auch noch zur Finanzierung der Förderung ihrer Wettbewerber herangezogen.“

Fazit

Sie können Ihre Stromrechnung um den Subventionsbetrag in Höhe von 1,37 beziehungsweise 1,57 Cent je kWh mit Hinweis auf die Verfassungswidrigkeit dieser Subvention kürzen. Sie gehen damit allerdings das Risiko ein, vom Versorger auf Zahlung des vollen Betrags verklagt zu werden oder den Strom gesperrt zu bekommen und im Fall einer gerichtlichen Auseinandersetzung zu unterliegen. Denn mit ihrem Versorger haben sich Verbraucher auf einen Komplettpreis einschließlich EEG-Umlage geeinigt. Und ob Gerichte die Verfassungswidrigkeit als Kürzungsgrund anerkennen, ist fraglich.

Besser ist die Situation für Eigenversorger und Eigenversorgungsgemeinschaften mit beispielsweise einer PV-Anlage oder einem BHKW, die direkt EEG-Umlage an einen Netzbetreiber zahlen. Netzbetreiber werden Urteile in dieser Sache scheuen und die Kürzung unter Protest hinnehmen – so wie bisher im Fall der von Dr. Peter Becker vertretenen Solarbetreibergemeinschaft. Wer also, wie hier empfohlen, die EEG-Umlage kürzt, steht auf relativ sicherem Boden.

Wer eine Rechtsschutzversicherung hat oder in den Prozesskostenfonds des Vereins einzahlt, für den reduziert sich das Kostenrisiko für den Fall eines Rechtsstreits ganz beträchtlich. (ap/lfs)

Pleisweiler Gespräch am 15. Juli 2018

Unter dem Titel „Demokratische, dezentrale Energieversorgung – gegen den Widerstand der Stromkonzerne und der Medien“ wird Dr. Peter Becker auf dem nächsten Pleisweiler Gespräch am 15. Juli 2018 in Pleisweiler-Oberhofen einen Vortrag halten.

► Weitere Informationen und Anmeldung unter bdev.de/beckerpleisweiler

► Analyse der EEG-Umlage von 2010 bis 2018 des Öko-Institut e.V. als PDF: bdev.de/oekoeeeg2018

► Stellungnahme des Generalanwaltes am EuGH im Volltext: bdev.de/generalanwaltstellungnahme

Regierungskoalition ohne Klimaplan

Bisherige Klimaschutz- und Energiewendeziele werden mit dem neuen Koalitionsvertrag aufgegeben und neue Ziele nur vage angedacht. Statt direkt eine CO₂-Abgabe zu vereinbaren, verrennt sich das Papier in technischen Sackgassen und politischen Allgemeinplätzen. Eine Analyse mit konkreten Handlungsvorschlägen von Dr. Peter Becker und Martin Lohrmann.

Die Regelungen im Koalitionsvertrag zur Energiewende und zum Klimaschutz sind traurig: Das Klimaschutzziel für 2020 wird aufgegeben. Damit wird zugleich der deutsche Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen ausgehöhlt. Die neuen Ziele sind nur allgemein beschrieben. Die Wege dorthin soll eine Kommission unter dem Namen „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ erst noch finden. Bis dies geschieht und daraus möglicherweise ein Gesetz entsteht, wird noch viel Zeit vergehen und Lobbyismus betrieben werden.

Verdopplung der Stromproduktion

Die Aussagen zur Energiewende enttäuschen noch mehr. Ein Anteil von etwa 65 Prozent erneuerbarer Energien bis 2030 wird „angestrebt“. Wünschenswert sei die Deckung des „zusätzlichen Strombedarfs zur Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehr, in Gebäuden und in der Industrie“. Man ahnt: Die haben sich tatsächlich schon mit der Sektorenkopplung befasst! Aber dass für eine Sektorenkopplung, die die Klimaschutzziele zu erreichen erlaubt, eine Verdopplung der Stromproduktion nötig ist, kann man nirgends lesen.

Power-to-X

Auch bekennt sich die Regierung zu Power-to-X. Allerdings ohne konkrete Vorschläge für die Lösung der bestehenden Herausforderungen. Einen kritischen Blick auf Power-to-Gas liefert beispielsweise der Aufsatz „Wasserstoff aus Strom beziehungsweise Power-to-Gas – das umwelt- und klimabelastende, teure und unnötige Beschäftigungsprogramm für Atom- und Kohlekraftwerke“ von Dr. Hartmut Euler.

► Volltext-PDF: bdev.de/eulerpower



Konkrete Unverbindlichkeit

Ein wichtiger Grund für die Unverbindlichkeit der Aussagen ist nicht nur der politische Dissens, sondern die hohe Komplexität des Stoffs. So liegt der Zusammenhang zwischen der Einführung einer CO₂-Abgabe und der Strom-beziehungsweise Energiebesteuerung nicht auf der Hand. Dieser Beitrag soll Ihnen dazu Denkanstöße liefern und zur Diskussion anregen.

CO₂-Abgabe

Die Forderung nach Einführung einer „wirksamen CO₂-Bepreisung in dieser Legislaturperiode“ findet viel Unterstützung. Denn es gibt gute Gründe für eine solche CO₂-Steuer. Andere Steuern können und sollten dafür abgeschafft werden. Die Erneuerbaren und die Verbraucher würden davon profitieren – mehr Gerechtigkeit wäre die Folge. In der letzten Ausgabe der Energiedepesche wurden bereits viele wichtige Argumente zusammengetragen, die für eine CO₂-Steuer an Stelle der jetzigen Strom- und Energiesteuern sprechen (Energiedepesche 1/2018, S. 22-25). Als schnelle

Übergangslösung, bis zur Umsetzung dieses grundlegend neuen Konzeptes, könnte aber auch eine besser gestaltete Energiesteuer dienen.

Aktuelle Strom- und Energiesteuer

Durch das Energiesteuergesetz werden seit dem Jahr 2008 sämtliche fossilen Energieträger belastet, die zur Wärmeerzeugung oder als Kraftstoff verwendet werden. Fossile Energieträger, die der Stromerzeugung dienen, werden hingegen nicht der Energiesteuer unterworfen, weil sie der Stromsteuer unterliegen. Anders als die Energiesteuer wird jedoch bei der Erhebung der Stromsteuer nicht nach der Herkunftsquelle des Stroms und der Klimaschädlichkeit unterschieden; vielmehr belastet die Stromsteuer undifferenziert jeglichen Strom, der dem öffentlichen Netz entnommen wird.

Kritik an der Stromsteuer

Sowohl der Deutsche Industrie- und Handelskammertag als auch der Verbraucherzentrale Bundesverband fordern inzwischen, dass die

Stromsteuer auf den Prüfstand gestellt werden muss, weil die Strompreise seit Einführung der Steuer massiv gestiegen sind und jeder Verbraucher daher ohnehin zu Effizienzmaßnahmen gezwungen sei. Mit der Stromsteuer werde keine positive Lenkungswirkung mehr erreicht. Die Steuer wirke jetzt vielmehr kontraproduktiv, weil sie Unternehmen und Verbrauchern Mittel für die Durchführung von Investitionen in Effizienzmaßnahmen entziehe. Parallel dazu fordern für den Klimaschutz engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie nicht wenige kleine und große Unternehmen, dass mangels wirksamem europäischem CO₂-Emissionshandel auch in Deutschland eine nationale CO₂-Steuer nach dem Vorbild von Frankreich, Schweden, Schweiz, Großbritannien oder anderen Staaten erhoben werde, um die Verbrennung von fossilen Energieträgern zurückzudrängen und den Umstieg auf erneuerbare Energien finanziell anzureizen.

Belastungsumschichtung

Vor dem Hintergrund der Zusatzbelastungen, die auf private und gewerbliche Verbraucher durch Netzausbau, Ökostromausbau und Reservekraftwerksaufbau in den nächsten Jahren zukommen, können nur sinnvoll wirkende Belastungsumschichtungen eine breite bürgerschaftliche und geschäftliche Unterstützung finden. Dieses kann eine Belastungsumschichtung sein, welche zu einer Verringerung der Spreizung zwischen den sehr niedrigen Strombeschaffungskosten der privilegierten Industrieunternehmen und den viel höheren Strompreisen für nicht privilegierte Unternehmen und private Verbraucher führt.

Fossile Energien besteuern

Nötig ist eine Belastungsumschichtung, mit der der Strom aus erneuerbaren Energien entlastet und der aus fossilen Energien belastet wird. Es geht um die Beseitigung einer gravierenden Unwucht im Marktdesign: Sie besteht darin, dass der Gesetzgeber dem Strom der konventionellen Bestandsanlagen keine Umlagen aufbürdet, die dessen externe Kosten (Klimafolgen, Gesundheits- und Umweltschäden, Atommüllentsorgung usw.) kompensieren. Demgegenüber können die inzwischen sehr kostengünstigen Stromangebote der Solar- und Windkraftanlagen mit ihren geringen Folgekosten gar nicht bei den Verbrauchern ankommen. Dieser Strom wird

durch das EEG in großen und wachsenden Mengen ohne Preisuntergrenze auf den Spotmarkt gelenkt und drückt den Börsenpreis auf ein unreal niedriges Preisniveau, das keinerlei Impulse für Investitionen liefert. Andererseits müssen die EE-Anlagen durch Finanzierung über die EEG-Umlage über Wasser gehalten werden und stehen damit fälschlich als Preistreiber da. Dieses bizarre Spiel kann und darf nicht mehr beliebig weiterbetrieben werden.

Gerechte Energiesteuer statt Stromsteuer

Die Stromsteuer wird abgeschafft oder von derzeit 2,05 Cent je kWh auf die von der EU vorgegebenen Mindestbesteuerung von 0,05 Cent/kWh abgesenkt. Im Gegenzug werden durch das Energiesteuergesetz endlich auch die fossilen Energieträger, die der Stromerzeugung dienen, mit der Energiesteuer belastet. Die Steuersätze für Braunkohle, Steinkohle, Erdgas und Erdöl werden so festgelegt, dass sie die Mengen an CO₂ widerspiegeln, die durch die Verbrennung von einer Energieeinheit des jeweiligen Energieträgers freigesetzt werden.

Ziel: Preisneutralität

Ziel muss sein, dass bei Zugrundelegung der fossilen Energiemengen, die im Jahr 2017 für die Stromerzeugung eingesetzt wurden, ein Steueraufkommen von 6,6 Mrd. Euro herauskommt.

Eine so angelegte Steuerreform ist aufkommensneutral und bezogen auf die gesamte nachgefragte Strommenge preisneutral. Die so gesetzte Energiesteuer verändert die Wirkungen des Marktes. Sie verteuert die Brennstoffkosten des Stroms aus fossilen Energien in sämtlichen Linien der Strombeschaffung, sei dies die Stromeigenerzeugung durch Großverbraucher, der Stromdirekteinkauf von Großverbrauchern bei Großkraftwerken oder der Stromeinkauf an der Strombörse. Das Preisniveau an der Börse steigt zudem wieder an, soweit es in den Zeiten von knappem Solar- und Windstrom durch die konventionellen Grenzkostenkraftwerke gesetzt wird. Eine sinkende EEG-Umlage ist die unmittelbare Folge. Der tatsächliche Strompreis der konventionellen Bestandskraftwerke wird sichtbar. Die stark privilegierten Stromgroßverbraucher werden die maßvoll höheren Stromkosten tragen können. Die große Zahl der nicht privilegierten Unternehmen und privaten Verbraucher bezahlt für den Strom aus fossilen Energien

zwar ebenfalls einen höheren Beschaffungspreis. Insgesamt fällt ihre Stromrechnung aber kleiner aus, weil die Stromsteuer wegfällt und die EEG-Umlage sinkt.

Ziel: Flexibilisierung

Auch die Flexibilitätsoptionen, deren Entwicklung derzeit durch die niedrigen Preise für fossil erzeugten Spitzenlaststrom gehemmt wird, erhalten einen marktgetriebenen An Schub. Soweit Strom aus fossilen Energieträgern erzeugt wird, würde durch die vorgeschlagene neue Energiesteuergestaltung eine effiziente Brennstoffnutzung erzwungen. Die Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung erhält marktgetriebene Unterstützung. Im KWK-Modus betriebene Gaskraftwerke können sich gegenüber den Kohlekraftwerken behaupten.

Der Gesetzgeber muss handeln

Wer das Marktdesign nicht ändern will, bleibt im Förderdschungel hängen, verspielt hohe Kostensenkungspotenziale beim Ausbau der erneuerbaren Energien, täuscht die Öffentlichkeit über die wahren Kosten der fossilen Energien und kann die Klimaschutzziele nicht erreichen. Es ist höchste Zeit zum Handeln!

Dr. Peter Becker und Martin Lohrmann



Dr. Peter Becker
ist Rechtsanwalt mit dem Schwerpunkt Energierecht, Schriftleiter der Zeitschrift für Neues Energierecht (ZNER) und Ehrenpräsident der deutschen Sektion der „International Association of Lawyers against Nuclear Arms“.



Martin Lohrmann
ist Volkswirt und beschäftigt sich seit 1978 mit Energieprojekten, aktuell hauptsächlich mit der Bürgerenergiebewegung. Für mehr als 50 Nahwärme-Projekte erstellte er Machbarkeitsstudien zusammen mit Bürgern vor Ort.
www.wirtschaft-umwelt.de

Warum schweigen die Lämmer?

Warum beschließen die Regierungen demokratischer Länder Gesetze, die Reiche immer reicher und die große Mehrheit immer ärmer machen? Die Mehrheit müsste doch nur eine Regierung wählen, die in ihrem Interesse handelt.

Man könnte auch fragen: Wieso billigen Bürgerinnen und Bürger, dass ihre Länder und Verbündete Kriege mit Todesopfern und schlimmsten Gräueltaten begehen? Solche Taten würden von jedem Einzelnen als schlimmstes Unrecht abgelehnt und verurteilt – bei vorgeblich gerechtfertigtem staatlichen Handeln empfinden wir sie hingegen als moralisch nicht verwerflich.

Die Antwort auf beide Fragen könnte dieselbe sein: Mittels Faktenselektion, De-Kontextualisierung und Re-Kontextualisierung werden ideologisch unpassende Fakten „unsichtbar“. Diese Ansicht vertritt Prof. Dr. Rainer Mausfeld, emeritierter Professor für allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Weil die Täuschung der Öffentlichkeit auch beim Bremsen der Energiewende und beim Abschied von fossilen Energien sehr wirksam funktioniert, lohnt sich ein Blick auf seine Argumente auch für die energiepolitische Diskussion. Wir zitieren im Folgenden mit freundlicher Genehmigung aus den beiden Vorträgen „Warum schweigen die Lämmer“ und „Die Angst der Machteliten vor dem Volk“ von Prof. Mausfeld.

► Videoaufzeichnungen und vollständige Transkripte beider Vorträge finden Sie im Internet: www.uni-kiel.de/psychologie/mausfeld/

Was macht Demokratie attraktiv?

Demokratie ist nicht nur eine von möglichen Herrschaftsformen, sondern sie ist die einzige Form, in der sich politische Macht überhaupt legitimieren lässt. Aus Sicht des Volkes, also von unten betrachtet, ist Demokratie attraktiv, weil wir von Natur aus über eine Konzeption von Zwang und damit auch von Freiheit verfügen. Wir wollen uns autonom fühlen; wir wollen nicht dem Willen eines anderen unterworfen sein.



Warum schweigen die Lämmer?

Aufbauend auf den Inhalten der hier zusammengefassten Vorträge soll am 2. Oktober 2018 unter dem Titel „Warum schweigen die Lämmer?“ ein Buch von Prof. Dr. Rainer Mausfeld mit rund 300 Seiten Umfang zum Preis von voraussichtlich 24 Euro erscheinen.

ISBN: 9783864892257

Echte Herrschaft des Volkes würde jedoch die Mächtigen einschränken und bedrohen. Daher betrachten die herrschenden Eliten die Demokratie als eine notwendige Illusion und bemühen sich hinter der Rhetorik von Demokratie, die zur Sicherung ihrer Eigeninteressen geeigneten oligarchischen Strukturen zu etablieren. Dabei ist die Idee von Demokratie inzwischen so entleert, dass sie nur noch auf einen Wahlakt beschränkt ist. Im Ergebnis bleibt die Wahlmöglichkeit des Volkes als sinnbildliche Schafherde inzwischen darauf beschränkt, andere Hirten (Politiker) aus dem Personal des Herdenbesitzers (Großkapital und Konzerne) zu wählen.

*Demokratie bedeutet, dass die Politik umsetzt,
was das Volk mehrheitlich will.*

Die Politikwissenschaftler Martin Gilens und Benjamin Page haben beispielsweise im Jahr 2014 in den USA untersucht, mit welchem Stimmgewicht der Willen der großen Masse des Volkes in politische Entscheidungen eingeht. Ihre Analysen zeigen, dass das Stimmgewicht nahe bei Null liegt und dass siebzig Prozent der Bevölkerung überhaupt keinen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Dies darf den Bürgern jedoch nicht bewusstwerden! Die Lösung ist, die Bürger mit einem Surrogat zu stillen, sie mit einer Ersatzdroge zu befriedigen, nämlich der Illusion von Demokratie. Um eine solche Illusion von Demokratie zu schaffen, benötigt man vor allem – und genau hier kommt die Herden-Metapher wieder ins Spiel – eine Rechtfertigungs-ideologie, die begründet, warum das Volk unmündig sei und einer Führung bedürfe.

Doch wenn wir einen Blick auf die Einschätzungen der Bürger zur Realität dieses Grundgedankens werfen, so zeigt eine Gallup-Umfrage von 2015, dass in Westeuropa die Mehrheit der Bürger inzwischen dennoch nicht mehr der Auffassung ist, dass der Grundgedanke der Demokratie verwirklicht ist. Auf die Frage „Would you say that your country is governed by the will of the people?“ (übersetzt: Würden Sie sagen, dass Ihr Land vom Willen der Bevölkerung regiert wird?) antworteten 56 Prozent der Bürger Westeuropas mit „Nein“ oder „eher nicht“.

Techniken der Meinungsmanipulation

Besonders die sogenannten gebildeten Schichten sind anfällig für die Illusion des Informiertseins. Sie sind durch ihre schweigende Duldung ein wichtiges Stabilisierungselement der jeweils herrschenden Ideologien. Im poli-



BeneA / photocase.de

tischen Bereich spielen Techniken der affektiven Kontrolle und Techniken der Angsterzeugung eine besondere Rolle. In der Legitimationsrhetorik für militärische Interventionen bedient man sich gerne einer Doppelstrategie: Die gebildeteren Teile der Bevölkerung lassen sich recht leicht unter dem Banner von humanitären Interventionen für Angriffskriege gewinnen, der übrige Teil lässt sich am leichtesten durch Angsterzeugung vor bösartigen und gewalttätigen Kräften gewinnen.

Insgesamt sind zur Lenkung der Bevölkerung Techniken vorzuziehen, die nicht nur kurzzeitig wirken, sondern länger anhaltende Effekte haben. In diesem Sinne ist eine Steuerung von Meinungen wichtiger als eine rein affektive Steuerung. Denn Meinungen sind zumeist stabiler als Affekte. Daher kommt Techniken eine besondere Rolle zu, durch die man Meinungen in geeigneter Weise steuern kann. Für diese einfachen Techniken benötigt man keine besonderen Kenntnisse der Psychologie, sie sind das Standardgeschäft der Massenmedien:

1. Die Deklaration von Fakten als bloße Meinungen.
2. Die fragmentierte Darstellung eigentlich zusammenhängender Fakten mit dem Ziel, dass der Sinnzusammenhang verloren geht.
3. Fakten zu De-Kontextualisieren, sie aus ihrem eigentlichen Zusammenhang herauszulösen, so dass sie lediglich als isolierte Einzelfälle erscheinen.
4. Die Re-Kontextualisierung von Fakten eingebettet in einen mit positiven Begleitvorstellungen versehenen Kontext, so dass sie ihren ursprünglichen Sinnzusammenhang und ein damit möglicherweise verbundenes moralisches Empörungspotenzial verlieren.

Legitimation militärischer Aktionen

Staaten können mit Billigung und Unterstützung der Mehrzahl ihrer Bürger schlimmste Gräueltaten – wie Folter, Morde oder gar Völkermord – begehen und dennoch davon überzeugt sein, dass ihre Taten moralisch nicht verwerflich seien. Dieses Phänomen wirft tiefgehende Fragen zu unserer Natur auf. Denn eigentlich verfügen wir ja über eine natürliche moralische Sensitivität, über ein natürliches Urteilsvermögen für das, was wir als Unrecht ansehen – zumindest dann, wenn es die Taten anderer betrifft. Damit es zu dem genannten Paradox kommen kann, muss unser

natürliches moralisches Urteilsvermögen in geeigneter Weise unterlaufen oder blockiert werden. Am einfachsten ist dies zu bewerkstelligen, wenn man die von unserer Gemeinschaft begangenen Gräueltaten moralisch unsichtbar macht.

Allein in den letzten 15 Jahren wurden vier Millionen Muslime durch uns, also durch die westliche Wertegemeinschaft, getötet, um so den Terrorismus in der Welt auszurotten. Dies steht in einer langen geschichtlichen Kontinuität der westlichen Wertegemeinschaft – vom europäischen Kolonialismus und seiner zivilisatorischen Mission, über den Vietnamkrieg, in dem 1 bis 2 Millionen Zivilisten durch ihre Ermordung vom Kommunismus, also von den Zumutungen einer falschen Lebensform, befreit wurden, bis hin zu humanitären Interventionen und zivilisatorischen Missionen für Demokratie und Menschenrechte der Gegenwart. Begleitet werden diese Verbrechen durch einen Chor der Selbstbeglückwünschung und Selbstbeweihräucherung westlicher Politiker, bereitwilliger Journalisten und Intellektueller, für die diese Taten nur Ausdruck wohlthätigen Bemühens sind. Obwohl all dies ausführlich dokumentiert wird, ist es im öffentlichen Bewusstsein so gut wie nicht präsent!

Es bedarf in der medialen Darstellung dieser Verbrechen einer beträchtlichen Fragmentierung und einer radikalen Re-Kontextualisierung als Kampf für Demokratie und Menschenrechte, damit Verbrechen dieser Größenordnung sowie ihre geschichtliche Kontinuität für die Öffentlichkeit nahezu unsichtbar werden.

Sprachliche Techniken

Das wichtigste Medium für eine solche kollektive Hypnose ist natürlich die Sprache. Wer die Sprache beherrscht, also die Begrifflichkeiten und Kategorien, in denen wir über gesellschaftlich-politische Phänomene nachdenken und sprechen, hat wenig Mühe, auch uns zu beherrschen: „Mit Hilfe der Sprache hält man das Denken in Schach!“

Eine Reihe experimenteller Studien zeigt, dass eine Aussage, die die Experimentatoren gemacht haben, im eingeschätzten Wahrheitsgehalt der Beobachter steigt, je häufiger sie präsentiert wird, und zwar auch dann, wenn sie zuvor vom Experimentator ausdrücklich als falsch deklariert

wurde. Diese Prozesse laufen automatisch und unbewusst ab. Wir können uns also nicht dagegen wehren. Selbst wenn man die Versuchsperson zuvor über dieses Phänomen aufklärt, ändert dies nichts an dem Effekt: Je häufiger sie eine Meinung hört, umso stärker steigt der gefühlte Wahrheitsgehalt.

Manipulation durch Ausgrenzung

Und je weniger wir uns in einem Bereich auskennen, umso stärker neigen wir dazu, die Wahrheit gleichsam in der Mitte zu suchen. Wir neigen also dazu, alle Meinungen als gleichberechtigt anzusehen, und meiden die als extrem angesehenen Ränder des beobachteten Meinungsspektrums, selbst dann, wenn tatsächlich die richtige Auffassung dort verortet ist. Die öffentliche Meinungsbildung lässt sich also sehr wirkungsvoll bereits dadurch steuern, dass man zunächst die Ränder dessen festlegt, was noch als vernünftig anzusehen ist. Positionen, die radikaler sind und deutlicher auf das Zentrum der Macht zielen, werden dann bereits durch diese nahezu unsichtbare Markierung der Grenzen des Akzeptablen für die Öffentlichkeit als Unverantwortlich gekennzeichnet. Sie gehören damit nicht mehr zum Bereich dessen, was sinnvoll diskutiert werden kann.

Irreführende Begrifflichkeiten

Prominentes Beispiel ist auch das zunehmende Neusprech zur Verhüllung und Verdeckung des tatsächlich Gemeinten, mit dem man inzwischen leicht ein Orwell'sches Neusprech-Wörterbuch füllen könnte. Hierzu gehören Begriffe wie Strukturreform, Reformwille, Bürokratieabbau, Deregulierung, Stabilitätspakt, Austerität, Euro-Rettungsschirm, freier Markt, schlanker Staat, Liberalisierung, Harmonisierung, marktkonforme Demokratie, alternativlos, Humankapital, Leiharbeit, Sozialneid, Leistungsträger und so weiter. Derartige Begriffe transportieren ideologische Weltbilder, deren totalitären Charakter es aufzudecken und zu benennen gilt. Damit wir diesen ideologischen Weltbildern nicht unbewusst und ungewollt erliegen, müssen wir die stillschweigenden Prämissen, Vorurteile und ideologischen Komponenten in der Begrifflichkeit, in der wir über gesellschaftlich-politische Phänomene sprechen, identifizieren und bewusst machen.

Doch selbst wenn wir wissen, wie diese Manipulationstechniken funktionieren und welche Eigenschaften unseres Geistes sie sich zunutze machen, sind wir nicht gegen sie gefeit. Die dabei aktivierten internen Prozesse laufen unbewusst ab und unterliegen nicht unserer willentlichen Kontrolle. Wenn sie erst einmal aktiviert sind, ist es nahezu aussichtslos, ihnen entgegen zu wollen.

Darf man das Volk belügen?

Die Lüge gehört heute ganz selbstverständlich zum alltäglichen politischen Geschäft, bei Politikern wie in den Medien. Jean-Claude Juncker, der gegenwärtige Präsident der Europäischen Kommission, stellt im April 2011 unumwunden klar: „Wenn es ernst wird, muss man lügen.“ Und natürlich ist es in der Politik immer ernst.

Einfacher jedoch können sich die Eliten um das Volkwohl kümmern, wenn sie gar nicht erst zu lügen brauchen, weil das Volk gar kein Interesse mehr an der Wahrheit hat. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn das Volk politisch apathisch und infantilisiert ist. Ein wirksamer Weg, das Volk davon abzuhalten, überhaupt politische Überzeugungen auszubilden, besteht in der Erzeugung von politischer Lethargie. Besonders erfolgver-

sprechend ist dabei die systematische Erzeugung von Angst und Hass gegen andere Gruppen, die sich seit jeher bei der Kontrolle der öffentlichen Meinung bewährt haben. Es muss nur sichergestellt sein, dass sich Empörungsergie und Veränderungsbedürfnisse nicht gegen die Zentren der Macht richten. Auch die strukturelle Erzeugung von Ängsten auf sozio-ökonomischem Wege – beispielsweise ein hohes Maß von beruflichem Stress, gesellschaftliche Versagensängste und Ängste vor sozialem Abstieg – lässt sich für dieses Ziel nutzen. Weitere Methoden, die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Zentren der Macht abzulenken, sind Zerstreuung durch eine mediale Überflutung mit Nichtigkeiten.

Es fehlt echte Demokratie

Durch die Indoktrination einer Alternativlosigkeit von repräsentativer Demokratie haben wir im gesellschaftlichen Gedächtnis die eigentlichen geschichtlichen Triebfedern dieser Form der Elitenherrschaft vergessen und sind gar nicht mehr in der Lage zu erkennen, dass die Idee einer repräsentativen Demokratie gerade zur Abwehr von wirklicher Demokratie entstanden ist. Wir sind nicht nur sozial fragmentiert, wir sind entpolitisiert, wir sind weitgehend in politische Apathie und Resignation getrieben, und wir sind vom Besten unserer sozialen Ideengeschichte entwurzelt worden. Warum? Damit wir politisch orientierungslos bleiben und damit wir vergessen, wofür es sich zu kämpfen lohnt.

Mehr als 50 Jahre Elitendemokratie haben uns gezeigt, wohin dieser Weg führt. Es ist der Weg der Zerstörung. Der Zerstörung von Gemeinschaft, der Zerstörung der Idee von Gemeinschaft, der millionenfachen Zerstörung von Leben, der Zerstörung von kultureller und zivilisatorischer Substanz – vor allem in der Dritten Welt – und der Zerstörung unserer ökologischen Grundlagen. Die Nutznießer dieser Zerstörung haben keinen Grund, diesen Weg der Zerstörung zu ändern. Die dazu notwendige Veränderungsenergie kann nur von unten kommen – von uns. Das ist unsere Aufgabe und das ist unsere Verantwortung.



Prof. Dr. Rainer Mausfeld

studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn, wo er promovierte und habilitierte. Von 1993 bis 2016 hatte er den Lehrstuhl für Allgemeine Psychologie an der Universität Kiel inne. Er forscht insbesondere im Bereich der Kognitionswissenschaft sowie Wahrnehmungspsychologie und publiziert gesellschaftspolitische Beiträge zur Umwandlung von Demokratien in autoritäre Sicherheitsstaaten und psychologische Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements.

Wie sich die „verwirrte Herde“ auf Kurs halten lässt

Im Rahmen der 28. Pleisweiler Gespräche hielt Rainer Mausfeld am 22. Oktober 2017 einen weiteren Vortrag, der inhaltlich über die in diesem Artikel zusammengetragenen Argumente hinausgeht. Der Vortrag wurde vom Team der Onlinepublikation Nachdenkseiten in Wort und Bild aufgezeichnet und ist abrufbar unter:

► www.nachdenkseiten.de/?p=40899

Spirale des Schweigens

Es mutet gespenstisch an, wenn die Herausforderungen unserer Zeit, wie der Klimawandel und das Versiegen fossiler Energiequellen, in der öffentlichen Diskussion nicht stattfinden. Wie konnten diese Themen aus der öffentlichen Diskussion verschwinden?

Eine einleuchtende Erklärung gibt die Psychologie. Der Nobelpreisträger Daniel Kahneman konstatiert dazu: „Die Berichterstattung in den Medien wird durch Neuigkeit und Prägnanz der Meldungen verzerrt. Medien prägen nicht nur das Interesse der Öffentlichkeit, sie werden ihrerseits von diesem Interesse beeinflusst. Redakteure können die Forderungen der Öffentlichkeit nach ausführlicher Berichterstattung über bestimmte Themen und Standpunkte nicht ignorieren.“ So werden mitunter Nichtereignisse von den Medien und der Öffentlichkeit aufgeblasen, bis es unsere Fernsehbildschirme füllt und zum alleinigen Gesprächsthema wird.

Aufmerksamkeitsspirale

Menschen bevorzugen Informationen über Themen, über die sie schon etwas wissen. Etwas Vertrautes, über das man schon öfter etwas gehört hat, erzeugt gute Laune, erscheint wahr und interessant. Das ist eine gute Erklärung dafür, dass Themen wie Terrorismus, Rechtspopulisten und Einwanderung die Schlagzeilen beherrschen und von dort nicht zu vertreiben sind. Die Menschen wollen genau darüber lesen und hören. Es ist eine sich selbst verstärkende Aufmerksamkeitsspirale. Sie lässt sich nicht bremsen. Und welche Themen auf diese Art medial nach oben gespült werden, hat mit der Wichtigkeit dieser Themen nicht das Geringste zu tun.

Schweigespirale

Das Gegenstück der Aufmerksamkeitsspirale ist die Schweigespirale. Die zugrundeliegenden Mechanismen sind genau die gleichen. Über diese Themen redet man nicht, es interessiert niemanden, es sind Randthemen, die Unbehagen bereiten. Es gibt eine stillschweigende Übereinkunft, darüber nicht zu reden. Dieser Schweigespirale sind in letzter Zeit so wichtige Themen wie Klimaschutz, Energiesparen und erneuerbare Energien zum Opfer gefallen. Bei Google-Trends (trends.google.de) kann man sich informieren, welche Themen die Menschen wirklich interessieren – zu denen die Menschen im Internet von sich aus nach Informationen suchen.

Die wahren Interessen

Tatsächlich ist das Interesse an sowohl „Energie“ als auch „Klima“ jeweils für sich genommen seit vielen Jahren konstant doppelt bis dreimal so hoch wie an „Terrorismus“, „Kriegen“ oder „Flüchtenden“. Wobei interessant ist, dass in der Medien- und Politikstadt Berlin mehr als doppelt so häufig nach „Terrorismus“ gesucht wird, wie in allen anderen Bundesländern. Für das „Klima“ wird sich hingegen bundesweit gleich stark interessiert. Interessant sind auch regionale Besonderheiten: In Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein ist das generelle Interesse an „Erneuerbaren Energien“ besonders hoch. Inte-

ressanterweise ist umgekehrt das konkrete Interesse an „Photovoltaik“ besonders in Bayern, dicht gefolgt von Baden-Württemberg, wiederum deutlich höher als im Norden der Republik.

Wir schweigen uns zu Tode

Die Politikwissenschaftlerin Esra Küçük stellte unlängst in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ zutreffend fest, dass in der politischen Debatte und den Medien inzwischen „Schweigen über alle wichtigen Themen herrscht“. Selbst im letzten Bundestagswahlkampf habe man Politiker und Parteien bestenfalls durch die Farbe ihrer Plakate und Krawatten unterscheiden können. Alle warben mit austauschbaren Allgemeinplätzen wie „Gute Bildung“, „Zukunft wird aus Mut gemacht“ oder „Zeit für mehr Gerechtigkeit!“

Angela Merkel hat dieses Schweigen zur politisch erfolgreichen Taktik entwickelt. „Klüge Politikwissenschaftler nennen diese Taktik asymmetrische Demobilisierung“, kommentiert Küçük und schreibt weiter: „Dem Land aber könnte sie irgendwann zum Verhängnis werden. Denn die Folgen dieser Politik zeigen sich in einer Entpolitisierung der Politik. Die fehlende Oppositiionskultur stellt sich schleichend ein und verschafft radikalen politischen Bewegungen Aufwind.“

Wir müssen Reden!

Themen gäbe es genug, meint Esra Küçük: „Die Schere zwischen arm und reich wird sichtbar von Tag zu Tag größer. [...] Und wir sind schon lange nicht mehr international Vorreiter der nachhaltigen Energiewende. Das sind Themen, die wir angehen sollten, anstatt uns auszuruhen. Darüber müssen wir aber jetzt reden. [...] Denn wenn eine Gesellschaft verlernt, über ihre Ziele zu streiten, kann sie keine Zukunft formulieren.“ (ap)

Interesse an den Themen Energie, Klima und Terrorismus im zeitlichen Verlauf von 2015 bis heute



Daten: trends.google.de

Transition-Town: Wir verändern die Welt

Es sind nicht Maschinen, sondern Ideen, die die Welt verändern, schrieb Victor Hugo. Und die Idee, selbst in der Region etwas zu verändern, gewinnt an Kraft. Auch im Willy-Brandt-Städtchen Unkel am Rhein fand sich eine Gruppe engagierter Bürger zusammen, die etwas bewegen will.

Viele spüren, dass es an der Zeit ist, eigenverantwortlich mit der Zukunft und der Umwelt umzugehen und aktiv zu werden. Statt auf eine „Lösung von oben“ zu warten, versuchen immer mehr Menschen eigenverantwortlich den Wandel voranzutreiben und organisieren sich weltweit in sogenannten „Transition-Town-Gruppen“ (übersetzt etwa „Stadt im Wandel“). Die meisten Gruppen streben einen Übergang in eine post-fossile gemeinschaftlich organisierte Gesellschaft mit starken sozialen Bindungen durch die Verwirklichung von Gemeinschaftsprojekten an.

Unkel gerät in Bewegung

Angeregt durch die öffentliche Vorführung des Films „Tomorrow – Die Welt ist voller Lösungen“

im Januar 2018 hat sich auch in Unkel eine Gruppe von Menschen zusammengefunden, die gemeinsam und emanzipiert eine positive Gegenströmung zu den gemeinhin angenommenen negativen und fremdbestimmten Zukunftsszenarien bilden. Die Macher sind engagierte Bürger jeden Alters aus Unkel und Umgebung, die mitgestalten und mitentscheiden möchten, wie nachhaltig, sozial, unabhängig und zukunftsfähig wir leben und miteinander umgehen.

Die ersten Themenfelder sind gemeinschaftlich gefunden worden und können als Anregung für die Bildung weiterer Gruppen in anderen Orten dienen:

- Ernährung und Grün: Umwelt, Subsistenz, regionale Versorgung

- Energie: nachhaltige autarke Energieversorgung der Region
- Alternative Technik und Krisensicherheit: Möglichkeiten und Lösungen finden
- Gemeinschaft: Stärkung der sozialen Gemeinschaft und Vernetzung miteinander
- Praktisches Wissen: Vernetzung und Vermittlung von Fähigkeiten und Wissen in einer offenen Manufakturbegegnungsstätte mit Wissenstransfer und Repair Cafés
- Alternatives Geld: Unabhängigkeit von globalen Finanzschwankungen mit Stärkung der Region
- Bildungszukunft: Bildung für alle mit kultureller Teilhabe und neuen Wegen in der Bildung

Jeder ist willkommen mitzumachen. Die ersten konkreten Aktionen waren eine Pflanzen- und Saatguttauschbörse sowie Entwicklung, Bau und Demonstration eines Solarkochers.

Gemeinsame Grundsätze

Im Rahmen des Netzwerktreffens der deutschen Transition-Town-Bewegungen im August 2015 in Könnern bei Halle haben sich die Teilnehmer auf folgende Punkte verständigt:

- **Transition-Selbstverständnis:** Die Transition Bewegung ist ein selbstlernendes Netzwerk, das den Wandel zu einer lebensbejahenden, nachhaltigen und gerechten Gesellschaft mit Kopf, Herz und Hand angeht.
- **Transition-Werte:** Achtsamer Umgang mit der Erde. Achtsamer Umgang mit den Menschen. Gerechtes Teilen.
- **Transition-Ziele:** Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die die Menschenrechte der heutigen und der zukünftigen Generationen achtet, die wertschätzend und friedlich ist. Wir möchten genügsam und klimafreundlich leben, weniger abhängig von nicht erneuerbaren Rohstoffen und resilient, das heißt widerstandsfähiger und anpassungsfähiger sein. Wir möchten die Menschen dafür begeistern, ermutigen und unterstützen, eine positive Zukunftsvision zu entwickeln und diesen Wandel selbst zu gestalten.
- **Transition-Strategien:** Sind bedürfnisorientiert, selbstermächtigend, ganzheitlich, achtsam, optimistisch, selbstwirksam, gemeinschaftlich, vielfältig und resilient.
- **Transition-Herangehensweise:** Ist einladend und inklusiv, eigenverantwortlich, verbindend, tatkräftig, einfühlsam, ermutigend und vertrauensbildend sowie kooperativ. Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Graswurzelbewegung, die sich für Klimagerechtigkeit, Menschenrechte, Ressourcen- und Umweltschutz einsetzt. Gegenüber Parteien und Religionen sind wir neutral.

Transition-Town-Bewegung

Ähnlich wie jetzt in Unkel wollten bereits im Jahr 2007 Bürger im Städtchen Totnes in der Nähe von Plymouth ihre Geschicke in die eigene Hand nehmen. Sie wollten einen Wandel (englisch: transition) herbeiführen. Dort entstand die „Transition-Town-Bewegung“. In Totnes entwickelte der Permakultur-Dozent Rob Hopkins gemeinsam mit anderen Aktivisten ein Konzept, um seine Heimatstadt zukunftsfähig zu machen. Kerngedanke war die Beobachtung, dass die Politik nicht auf die Herausforderungen des Klimawandels und das Ende des Ölzeitalters reagiert. Es liege daher an den Bürgern und Kommunen von sich aus auf knapper werdende Roh- und Treibstoffe zu reagieren. Typische Transition-Town-Projekte sind daher beispielsweise der eigene Anbau von Lebensmitteln und die Durchführung von Energiesparaktionen.



Illustration: Aribert Peters

Inspiration überall auf der Welt

Mittlerweile gibt es weltweit schätzungsweise 4.000 Transition-Town-Initiativen, die sich auf ungefähr 50 Länder auffächern. Im deutschsprachigen Raum gibt es derzeit etwa 120 lokale Initiativen. Und es werden immer mehr.

Im Herzen der Transition Bewegung stehen Menschen, die anfangen in ihrer Straße, Stadt oder Region den Wandel zu gestalten, den sie sich wünschen.

Erfahrungsschatz in Buchform

Die Gründer der Transition-Bewegung beschreiben jedoch nicht nur ihre Erfolge, sondern auch wertvolle Fehler, von denen andere Gruppen lernen können. So ist mittlerweile ein großer Schatz an Erfahrungen und guten Beispielen entstanden: Dem ersten, auch ins Deutsche übersetzten, „Energiewendehandbuch“ von 2008 folgte im Jahr 2011 der nur in englischer Sprache

erhältliche „Transition Companion“ sowie das seit 2014 auch übersetzt erhältliche Buch „Einfach. Jetzt. Machen!“.

Leitfaden für den Wandel

Die 2009 gegründete und in Totnes beheimatete gemeinnützige Organisation „Transition Network“ hat zudem die Erfahrungen der letzten Jahre komprimiert und in Form des frei verfügbaren Leitfadens „The Essential Guide to Doing Transition“ aufbereitet. Es beschreibt nach einem einfachen Schema die sieben wichtigsten Zutaten für die Gestaltung des Wandels:

- Gesunde Gruppen
- Positive Vision
- Deine Umgebung begeistern
- Netzwerke und Kooperationen
- Praktische Projekte
- Teil der großen Bewegung werden
- Nachdenken und Feiern

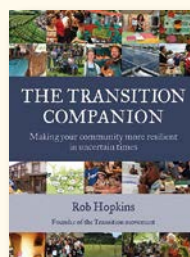
Deutsche Anlaufstelle

Eine gute Anlaufstelle für Interessierte ist auch der 2014 in Deutschland gegründete Verein Transition Netzwerk. Die Webseite www.transition-initiativen.de informiert über gute Beispiele. Leitfäden helfen Interessierten bei der Bildung eigener Gruppen. Ganz im Sinne der Idee der Bewegung „unterstützt der Verein das Netzwerk, aber ist nicht das Netzwerk“. Werden Sie aktiv – es gibt keinen besseren Zeitpunkt als jetzt! (ap)

- Transition-Town-Bewegung: www.transitionnetwork.org
- TV-Bericht von Arte: bdev.de/artettransition
- Vortrag von Rob Hopkins in Bielefeld: bdev.de/hopkinsbielefeld
- Text über den Film Tomorrow: bdev.de/wikitomorrow



Energiewende. Das Handbuch:
Anleitung für zukunftsfähige
Lebensweisen
Rob Hopkins, 236 Seiten, 2008
ISBN (deutsch): 9783861508823
ISBN (englisch): 9781900322188



The Transition Companion:
Making your
community
more resilient in
uncertain times
Rob Hopkins,
320 Seiten, 2011
ISBN (englisch):
9781900322973



**Einfach. Jetzt.
Machen!**
Wie wir unsere
Zukunft selbst in
die Hand nehmen
Rob Hopkins,
192 Seiten, 2013
ISBN (deutsch):
9783865814586
ISBN (englisch):
9780857841179



The Essential Guide to Doing Transition
Rob Hopkins und Michael Thomas,
64 Seiten, 2016, kostenfreier PDF-Download:
bdev.de/transitionbook

Auf diesen Seiten haben Sie als Leser das Wort: Ratschläge, Anregungen, Meinungen, aber auch Polemik sind gefragt. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften gekürzt zu veröffentlichen.
E-Mail: redaktion@energiedepesche.de

ZU ED 3/2016: SUCHTFAKTOR ELEKTROMOBILITÄT

Knebelvertrag bei Batteriemiete

Ich habe meinen kleinen Fuhrpark auf Renault Elektrofahrzeuge umgestellt. Nun erhielt ich von Renault einen neuen Batteriemietvertrag, der im Hinblick auf seine Klauseln für mich außergewöhnlich, wenn nicht sittenwidrig ist. Wenn ich diesen Vertrag in der jetzigen Form unterschreibe, ist nach meiner Meinung keinerlei Datenschutz mehr vorhanden und Renault kann alle Daten, die aus dem Auto ausgelesen werden können, anderweitig verwerten. Dabei weiß ich überhaupt nicht, was alles aus der Ferne ausgelesen wird. Natürlich setze ich mich dem Risiko aus, wenn ich den Vertrag so nicht unterzeichne, dass man mir den Ladezugang sperrt. Auch dies ist offensichtlich aus der Ferne problemlos möglich. Da solche Mietknebelverträge in Zukunft vielleicht öfters bei Ihnen landen werden, ist das Problem sicherlich von allgemeinem Interesse. **Jürgen Öhrlein, Mainleus Rothwind**

ZU ED 3/2017: UMFANGREICHE PLANUNG EINER STROM-INSEL

Die Speichertechnik reift beim Kunden

Mein Start in die Stromspeichertechnik begann im November 2016 ziemlich holprig: Die Softwareupdates der Speicher waren anfangs mehrfach fehlerhaft und es fielen dann auch noch beide Senec-Speicher für insgesamt 6 Wochen aus. Zudem war ein Wechselrichter (Solaredge SE 4000) nach rund 2 Monaten defekt und musste nach mehreren erfolglosen Reparaturversuchen ausgetauscht werden – mit insgesamt 3 Wochen Wartezeit! Dieses Jahr gab es wieder einen Defekt und die Anlage ist für Wochen ausgefallen. Durch den erneuten Austausch des Wechselrichters und diesmal der gesamten Elektronik des Speichers wurde das Problem letztendlich für mich kostenfrei behoben. Es bleibt abzuwarten, ob die Geräte jetzt endlich funktionieren werden. Herzlichen Dank für die juristische Beratung durch den Bund der Energieverbraucher und Ihre nützlichen Informationen. Falls es wieder Probleme geben sollte, erlaube ich mir, das Prosumerzentrum erneut zu konsultieren. **Dr. Wolfgang Burgmayer, Peißenberg**

ZU ED 1/2018: DIE TANKS WERDEN LEER SEIN

Wir müssen uns um die Zukunft sorgen

Als Mitglied im Bund der Energieverbraucher habe ich mit größtem Interesse den Artikel „Die Tanks werden leer sein“ gelesen. Auch mich treibt schon lange die Sorge um, dass im Krisenfall eine Versorgung der Zivilbevölkerung nicht gut organisiert sein wird. Daher werde ich noch in diesem Jahr zusätzlich zu meiner Photovoltaikanlage einen Stromspeicher einbauen lassen, der notstromfähig ist. Eine Lebensmittelbevorratung ist im Aufbau. Nun zu meiner Frage: Können sie mir Beispiele nennen, in denen kleine politische Gemeinden sich dieses Themas annehmen? Wie hat die Stadt Unkel auf die Rede zum Neujahrsempfang von Dr. Aribert Peters reagiert? Es würde mich sehr freuen, wenn das Thema weiterhin in der Energiedepesche behandelt wird. **Norbert Krause, Reppenstedt**

Antwort der Redaktion: Die Gemeinde Unkel hat inhaltlich noch nicht auf meine Vorschläge reagiert. In Unkel hat sich aber eine Gruppe gebildet, die mehr energetische Autonomie anstrebt. Der Einstieg war die Vorführung des Films „Tomorrow – Die Welt ist voller Lösungen“. Mehr dazu können Sie auf Seite 20 in diesem Heft lesen. **(ap)**

ZU ED 1/2018: STROM ZUM BÖRSENPREIS

Die Zeit scheint stillzustehen

Manchmal denke ich, die Entwicklung bezüglich des Stromtarifsystems sei stehengeblieben. Es wird nur noch gebabbelt (Smart-Meter), aber nichts mehr auf den Weg gebracht! Ich denke es ist schon etwa 20 Jahre her, als es das „Eckernförder Modell“ gab. Ein ganz einfaches Gerät wurde in irgendeine Steckdose gesteckt und zeigte den Strompreis an. Der Verbraucher konnte danach seine Geräte entsprechend ein- oder ausschalten. Verbraucher wurden für netzdienliches Verhalten belohnt und konnten dabei auch noch Geld sparen. Sicher schon 30 Jahre ist es her, dass die Stromnetzbetreiber größtenteils die einfachen Schaltuhren bei 2-Tarif-Zählern gegen Rundsteuerempfänger ausgetauscht haben. Das Argument war: In Schwachlast- oder Hochlastzeiten über ein Signal gezielt Verbraucher schalten zu können. Aber auch das wird kaum genutzt! **Rudolf Stör, Bodnegg**



ZU ED 1/2018: WANN SICH ABSCHALTEN LOHNT

Abschalten der Heizung kann sich lohnen

Es gibt noch einen weiteren Aspekt, mit dem man leicht sparen kann: Bei der Heizung. Deshalb betreibe ich seit 1991 beziehungsweise 2011 unsere Brennwertkessel folgendermaßen: Mittels einer einfachen Zeitschaltuhr wird die Heizung schon am Abend ausgeschaltet und am nächsten Morgen gegen 6:00 Uhr wieder eingeschaltet – und das ganzjährig. Damit vermeide ich den unnützen Betrieb der Heizung in der Nacht. Auch kann man mit dem Restwasser abends noch duschen, ohne, dass der Kessel das Wasser unnötig nachheizt. Dieses kühlt über Nacht eh nur ab (Stillstandsverluste). Durch die Trennung vom Strom laufen im Gegensatz zur einfachen Nachtabenkung auch Umwälzpumpen und Regelungselektronik nicht überflüssig in der Nacht. Beide Heizungen machen diesen Betrieb seit vielen Jahren problemlos mit.

Hartmut Sempert, Hude

ZU ED 1/2018: EFFIZIENZWUNDER BRENNWERTHEIZUNG

Warnung vor billigen Öl-Brennwertkesseln

Zunächst einen großen Dank für die wieder sehr gelungene Energiedepesche! Aus der Praxis als Energieberater und Fachplaner möchte ich ergänzen: Die Einsparpotenziale beim Austausch einer alten atmosphärischen ein- oder zweistufigen Gasheizung mit NT-Standard ist aufgrund des großen Fortschritts bei Gas-Brennwertgeräten in Verbindung mit einem hydraulischen Abgleich tatsächlich mit etwa 30 Prozent nicht übertrieben angegeben. Denn Gas-Brennwertgeräte können ihre Leistung stufenlos modulieren. Bei der Umstellung von alten Öl-Kesseln auf Öl-Brennwertkessel ergibt sich in der Praxis jedoch häufig nur ein deutlich kleineres Einsparpotenzial. Gerade die günstigen Kesselmodelle arbeiten nur mit ein- oder zweistufigen Ölbrennern, die nicht „modulieren“ können. Diese billigen Kessel ohne eine automatische und stufenlose Leistungsanpassung sind kein Fortschritt!

Olaf Brokate, Peine

ZU ED 1/2018: STROMFRESSER BITCOIN

Kilo sollte man hinterfragen

250 Wattstunden für eine Bitcoin-Überweisung wäre ich geneigt zu glauben – nicht jedoch die im Artikel genannten 250 kWh. Wäre diese Aussage richtig, so würde jede Überweisung mehr als 25 Euro Stromkosten verursachen. Damit wäre das System längst pleite. Kein normaler Mensch würde zu diesen Kosten eine Überweisung tätigen. Somit kann ich aus Plausibilitätsgründen nur vermuten, dass es sich um einen Fehler um den Faktor Kilo, daher 1.000 handelt.

Wolfgang Buttner, Landsberg

Hinweis der Redaktion: Die beiden im Beitrag genannten Quellen haben übereinstimmend tatsächlich 250 Kilowattstunden errechnet. Berücksichtigt man den von anderen Quellen geschätzten Gesamtenergiebedarf von Cryptowährungen, erscheint der Wert ebenfalls plausibel. Auch ist zu bedenken, dass der gesamte „Wert“ dieser Währungen auf einer Spekulationsblase beruht und daher nicht mit herkömmlichem Geld in Relation gesetzt werden kann. Die Geldvermehrung entsteht durch die rechenintensive Beglaubigung von Transaktionen, die mit der jeweiligen Cryptowährung belohnt wird. Der Stromverbrauch der Transaktion ist daher für den Preis der Transaktion irrelevant.

(lfs)

Berichtigungen & Ergänzungen

ED 1/2018, S. 8: Nichtigkeit von Preiserhöhungen

Die EuGH-Urteile Az. C-359/11 und C-400/11 sind nicht wie abgedruckt am 23. April 2017, sondern am 23. April 2014 ergangen.

Danke an RA Kyrulf Petersen, Bremen

ED 1/2018, S. 13: Die private Energiewende

Der Netzbezug von Strom durch die größere PV-Anlage von Herrn Stenzel hat sich nicht wie abgedruckt von März bis Oktober von 250 kWh auf 110 kWh reduziert, sondern von 250 kWh monatlich auf 110 kWh für den Zeitraum von März bis Oktober.

Danke an Kurt Stenzel, Rees

ED 1/2018, S. 29: Gedämmt und dabei gespart

Den Artikel „Fensterscheiben im Tausch“ finden Sie nicht wie abgedruckt in Heft 2/2016, sondern in Heft 1/2016.

Danke an Markus Ege, Leutkirch

E.on und RWE: Aus zwei mach eins

Wettbewerb soll Verbraucher vor überhöhten Preisen schützen. Die Dominanz von vier Energieriesen schränkt diesen Wettbewerb trotz der Anbietervielfalt deutlich ein. Es ist höchst bedenklich, wenn dann auch noch zwei dieser vier Riesen weitgehend fusionieren beziehungsweise das Geschäft unter sich aufteilen wollen.

Vor der Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte im Jahr 1998 gab es in Deutschland noch sieben große Stromkonzerne. Mit der Liberalisierung fusionierten diese zu den „großen Vier“: E.on, EnBW, Vattenfall und RWE. Die mit großem Abstand größten der vier Riesen, nämlich RWE und E.on, wollen nun zu einem Kraftwerks-Unternehmen sowie einem Stromvertriebs- und Netzbetriebsunternehmen fusionieren.

Marktdominanz der großen Vier

Laut Monitoringbericht von Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur erzeugten die großen Vier im Jahr 2014 rund 73 Prozent des konventionell erzeugten Stroms in Deutschland. Sie belieferten 2016 auch 64 Prozent aller Haushaltskunden und kleinere Gewerbebetriebe sowie 72 Prozent der mittleren und großen Verbraucher. Hinzu kommen zahlreiche Minderheitsbeteiligungen der großen Vier an Stadtwerken. Über diese Beteiligungen können die Großen meist Einfluss auf die Strombeschaffung von Stadt-

werken nehmen, natürlich zu ihrem eigenen Vorteil. Erstaunlicherweise sehen weder das Bundeskartellamt noch die Monopolkommission in dieser hohen Marktdominanz eine Beeinträchtigung des Wettbewerbs. Der Bund der Energieverbraucher sah schon bisher in der Kombination von Dominanz in der Erzeugung und in der Verteilung durchaus ein gravierendes Marktungleichgewicht, das mit Chancengleichheit aller Akteure wenig zu tun hat.

Wie die Fusion funktionieren soll

Der geplante Tauschhandel von E.on und RWE ist schwer zu durchschauen. Kurz gesagt, erhält E.on alle Strom- und Gasverteilnetze sowie den Energievertrieb an Endkunden beider Konzerne. Damit wird E.on zum beherrschenden Unternehmen im Stromvertrieb. RWE erhält dafür die fossilen und erneuerbaren Stromerzeugungssparten beider Konzerne und wird damit zum beherrschenden Stromproduzenten in Deutschland. Jeder Wettbewerb zwischen den beiden

Riesen wird damit verschwinden. Überraschenderweise sehen Politik und Kartellbehörden den Deal positiv.

Verteilnetze sind Goldgruben

Der Betrieb von Stromverteilnetzen ist auch nach der Liberalisierung des Strommarktes nach wie vor ein Monopolbereich. Egal, wer der Stromlieferant ist, den Verteilnetzbetreiber kann man als Verbraucher nicht wechseln. Und mittlerweile ist nur für den Betrieb des schon bestehenden Verteilnetzes pro Kilowattstunde deutlich mehr zu bezahlen, als für die komplette Herstellung des Stroms. Anders ausgedrückt: Am Verteilnetz wird aufs üppigste und ungehindert vom Wettbewerb verdient. Verteilnetze sind Goldgruben für Investoren. Daran ändert auch die Genehmigung der Netzentgelte durch die Bundesnetzagentur nichts.

Sichere Anlage mit Traumrenditen

Beispielsweise wird das von den Netzbetreibern eingesetzte Kapital für Neuanlagen mit neun Pro-



Martin Capek / stock.adobe.com

zent verzinst. Und das in einer Zeit mit negativen Zinsen. Der Beschluss der Bundesnetzagentur, diese Zinsen ab 2019 auch nur auf 6,91 Prozent herabzusetzen, hielt der geballten Wucht bestbezahlter Anwälte vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf nicht stand (siehe Seite 8 in diesem Heft). Der Fall liegt nun zur Entscheidung beim Bundesgerichtshof. Bei solchen Prozessen geht es um die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Justiz und Recht ziehen dabei oft den Kürzeren und kommen gegen die Heerscharen von bestbezahlten Spitzenanwälten nur schwer an. Nur ein Prozent mehr Eigenkapitalverzinsung bringt den Netzbetreibern zusätzliche Netzentgelteinnahmen in Höhe von einer Milliarde Euro. Und die Eigenkapitalverzinsung ist beileibe nicht der einzige Schwachpunkt dieser sogenannten Anreizregulierung.

Neuvergabe von Konzessionen

Der fehlende Wettbewerb beim Verteilnetzbetrieb soll nach gängiger Auffassung dadurch ausgeglichen werden, dass der Betrieb der Verteilnetze durch die Kommunen spätestens alle 20 Jahre öffentlich ausgeschrieben werden muss. So sollen überhöhte Netzentgelte verhindert werden. Denn günstigere neue Betreiber erhalten dadurch eine Chance. Eine Fülle von Gesetzen, Verordnungen und Gerichtsurteilen regelt dieses Ausschreibungsverfahren.

Gegen die Dominanz von E.on und RWE bei der Vergabe von Konzessionen hat dies alles nichts genutzt. RWE und E.on haben nach Recherchen des Wuppertal Instituts zusammen rund 7.800 örtliche Stromnetzkonzessionen, mithin mehr als die Hälfte aller insgesamt rund 14.000 Konzessionen. Kurt Berlo vom Wuppertal Institut stellt dazu fest: „Die zunehmende Marktkonzentration schränkt den Wettbewerb bei der Vergabe von Verteilnetz-Konzessionen weiter ein. Steigende Netznutzungsentgelte könnten die Folge sein. Da die Welle auslaufender Verteilnetz-Konzessionen letztes Jahr endete und diese Verträge in der Regel 20 Jahre lang gelten, ist erst wieder in 10 bis 15 Jahren damit zu rechnen, dass es überhaupt zu Änderungen in diesem Bereich kommt.“

Todesurteil für Vergabewettbewerb

Bei der Fusion der Verteilnetze von E.on und RWE haben Politiker und Kartellbehörden dies offensichtlich alles vergessen. Denn aus zwei großen Bewerbern um Konzessionen, die heute noch im Wettbewerb zueinander stehen, soll

künftig nur noch ein Bewerber werden. Ein wesentlicher Anteil des möglichen Wettbewerbs um Konzessionsverträge wird künftig also schlicht wegfallen. Das wird den Missbrauch der Monopolmacht, der auch durch die Netzentgeltgenehmigungen kaum kontrolliert werden kann, verstärken und die Preise zum Nachteil der Verbraucher nach oben treiben.

Effizienzgewinne fragwürdig

Die Konzerne führen dagegen Effizienzgewinne ins Feld, wenn statt zwei nur noch ein Unternehmen die zahlreichen Netze betreibt. Selbst wenn es solche Vorteile geben sollte, kommen diese den Eigentümern und nicht den Kunden zugute. Ob große Firmen tatsächlich effizienter als kleine Firmen arbeiten, das muss zudem bezweifelt werden. Es gibt unzählige Beispiele höchst effizienter Kleinstunternehmen. Und ebenso viele Beispiele von kopflosen Großfirmen.

Schaut man auf die Unternehmenspolitik von E.on und RWE in den vergangenen Jahren zurück, dann wird niemand behaupten, dass diese Firmen besonders gut geführt oder erfolgreich waren. Die Börsenkurse zeigen dies im Urteil der Kapitalmärkte. Die hier kritisierte Fusion kann auch als deutlicher Hinweis für das Versagen dieser Firmen gesehen werden.

Schwache Regulierung

Die Fusion von Verteilnetzeigentümern schwächt auch die Anreizregulierung ganz wesentlich. Der

Effizienzvergleich der Anreizregulierung basiert auf der Unterschiedlichkeit der Verteilnetzbetreiber. Genau diese Unterschiedlichkeit würde sich durch die Fusion deutlich verringern und die Frontlinie zwischen Regulierungsbehörde und den regulierten Firmen deutlich verschieben.

Netze als öffentliches Eigentum

Viele Vorteile hätte es, wenn die Netze – wie Straßen – in öffentliches Eigentum übergehen und zum Beispiel von Kommunen betrieben werden. Dies hatte der hessische CDU-Wirtschaftsminister Dr. Alois Rhiel im Jahr 2007 vorgeschlagen und begründet. Aber gerade die Chancen der Kommunen auf Übernahme ihrer örtlichen Netze dürften sich durch die Fusion deutlich vermindern. Analoge Argumente lassen sich auch gegen die Fusion der Kraftwerkssparten von RWE und E.on ins Feld führen.

Kontrollbehörden müssen wachsam sein

Der Bund der Energieverbraucher hat sich mit Briefen an das Bundeskartellamt, das Bundeswirtschaftsministerium sowie die Bundesnetzagentur gewandt und darum gebeten, dass die beantragte Fusion nicht genehmigt wird.

Das Bundeskartellamt teilte dem Verein daraufhin mit, dass die geplante Fusion bisher nicht bei den Kartellbehörden angemeldet wurde. Das Amt hält es für möglich, dass die Fusion in die Zuständigkeit der Europäischen Kommission fällt und es in soweit nicht zuständig sein wird. (ap)

Fusion ermöglicht Kündigung von Konzessionsverträgen

Die sogenannte Change-of-Control-Klausel, die in vielen Fällen sogar Bestandteil des Konzessionsvertrags zwischen der Gemeinde und dem Netzbetreiber beziehungsweise dem örtlichen Grundversorger ist, gewährt der Gemeinde als Konzessionsgeberin in der Regel ein Sonderkündigungsrecht für den Fall, dass nach Abschluss der Konzessionsvereinbarung – zum Beispiel durch Eigentümerwechsel beziehungsweise Fusion – ein anderes Unternehmen einen beherrschenden Einfluss auf den Verteilnetzbetreiber ausüben kann. Die Gemeinde hat dann die Option, den Vertrag zu beenden und kann das Verteilnetz rekommunalisieren, einen anderen Verteilnetzbetreiber suchen oder zumindest die Konditionen neu verhandeln.

Verbraucher, deren Netzgebiete vom E.on-RWE-Deal betroffen sind, sollten die Gelegenheit nutzen, um ihre politischen Entscheidungsträger in den Rathäusern dazu zu bewegen, unabhängige Stadtwerke zu gründen sowie das Strom- und Gasnetz zu rekommunalisieren. Dabei kann auch mit anderen Stadtwerken aus der Region kooperiert werden.

Bei der Neuvergabe kann dann auch die Höhe der Netzentgelte als wichtiges Entscheidungskriterium herangezogen werden, wovon die Verbraucher finanziell profitieren können. Von diesen Möglichkeiten müssen Gemeinden jedoch zeitnah Gebrauch machen, um sie nicht zu verwirken.

Weisen Sie Ihre Gemeinde und Lokalpolitiker auf diese wichtige Chance hin!

Wie sich Deutschland versorgt

Aktuelle Daten über unsere Energieversorgung zeigen uns, wo wir mit der Energiewende in Deutschland stehen und auf Kosten welcher Ressourcen wir leben. Sie zeigen uns aber auch einen Trend auf, in welche Richtung sich unsere Energieversorgung entwickelt.

Deutschland benötigte im Jahr 2017 rund ein Prozent mehr Energie als noch im Jahr zuvor. Der Primärenergiebedarf stieg auf insgesamt 13.550 Petajoule (3.764 Terrawattstunden). Zu diesem Ergebnis kommen die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V. (AGEB) und darauf aufbauende Analysen von Energieexperte Dr. Hans-Wilhelm Schiffer.

Gesamt-Primärenergiebedarf

Die Ursache für den gestiegenen Energiebedarf wird von beiden Analysen in der positiven Konjunkturentwicklung gesehen. Preisbereinigt, daher unter Herausrechnung der Inflation, stieg das Bruttoinlandsprodukt sogar um 2,2 Prozent. Effizienzmaßnahmen ist es zu verdanken, dass der Energieverbrauch nicht noch stärker gestiegen sei. Betrachtet man jedoch den Energieaufwand im Verhältnis zum erzeugten Bruttoinlandsprodukt, so brauchen wir heute, verglichen mit 1990, rund 38 Prozent weniger Energie. Ins-

gesamt konnten die Treibhausgasemissionen in Deutschland, verglichen mit 1990, um rund 27 Prozent reduziert werden. Auch im weltweiten Vergleich nutzt Deutschland seine Energie effizient: Im Mittel brauchen andere Länder die doppelte Menge an Energie, um die gleiche Wirtschaftsleistung zu erzielen. Deutschland ist jedoch gut beraten seine Effizienzbemühungen zu intensivieren.

Hohe Importabhängigkeit

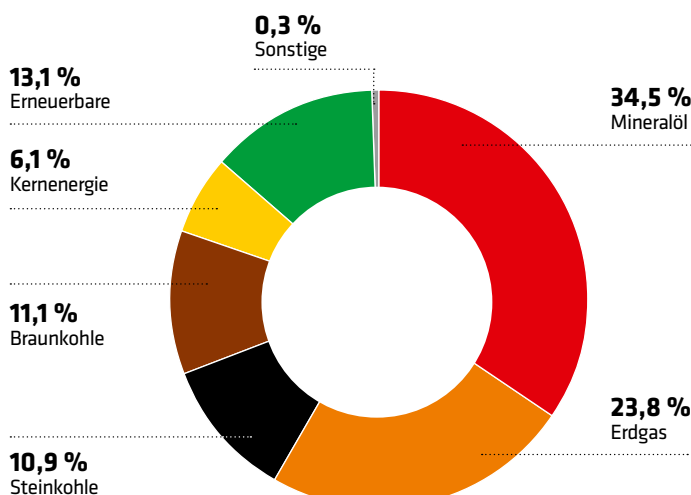
Bei den beiden wichtigsten Energieträgern Öl und Gas ist Deutschland zu 98 und 93 Prozent abhängig von Energieimporten aus dem Ausland. Bei beiden Energieträgern ist Deutschland in erster Linie von Russland abhängig: 37 Prozent des in Deutschland verbrauchten Öls, rund 40 Prozent des Erdgases und 35 Prozent der Steinkohle stammen aus Russland. Weitere wichtige Lieferländer sind: Norwegen, Großbritannien, Niederlande, Kasachstan, Libyen, Irak, Nigeria und Aser-

baidshan. Nur rund 23 Prozent der Rohölimporte Deutschlands entfielen 2017 auf die für den weltweiten Rohölpreis maßgeblichen OPEC-Staaten. Auch Steinkohle muss Deutschland zu 93 Prozent importieren. Bei den fossilen Energieträgern stammt einzig die Braunkohle mit 99 Prozent nahezu ausschließlich aus heimischem Abbau. Keine Abhängigkeit von Importen besteht bei den erneuerbaren Energien, die vollständig in Deutschland bereitgestellt werden konnten. Insgesamt musste Deutschland im Jahr 2017 rund 70 Prozent des Energiebedarfes mit Lieferungen aus dem Ausland decken. Hierfür wurden 79,6 Milliarden Euro aufgewendet. Diese Zahl zeigt, wie wichtig ein stärkerer Ausbau erneuerbarer Energien nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Perspektive ist.

Energiemix: Erdöl dominiert

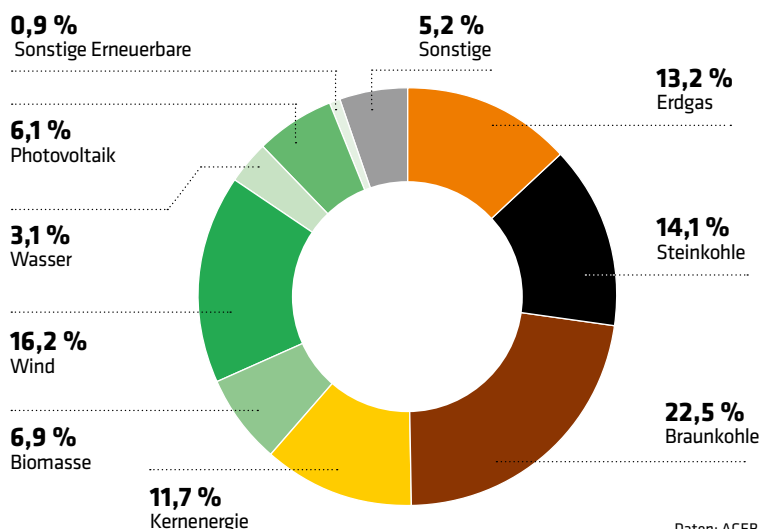
Mit rund 35 Prozent war Erdöl im Jahr 2017 der wichtigste Energieträger für die Versorgung von Deutschland. Es folgen Erdgas mit 24 Prozent, erneuerbare Energien mit 13 Prozent, Steinkohle mit 11 Prozent, Braunkohle mit ebenfalls 11 Prozent und Kernenergie mit 6 Prozent. Insgesamt ist Deutschland damit noch immer zu 87 Prozent abhängig von fossilen Energien – jedoch mit fallender Tendenz: Die Erneuerbaren konnten ihren Anteil 2017 im Vergleich zu 2016 um 6 Prozent ausbauen. Bei diesem Wachstum wird es jedoch noch sehr lange dauern, bis die Erneuerbaren die Fossilen überholen. Erschreckend ist, dass die Kernenergie zwar um 10 Prozent

Struktur des Primärenergieverbrauchs in Deutschland 2017



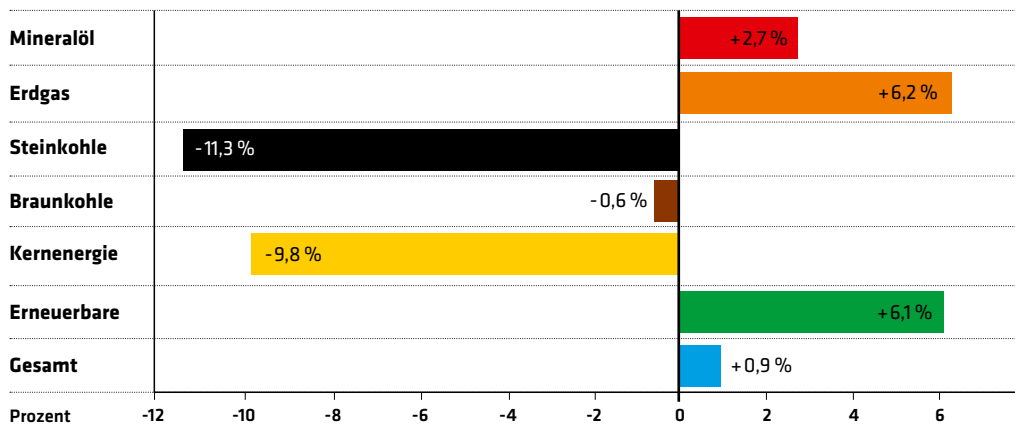
Daten: AGEB

Struktur der Stromerzeugung in Deutschland 2017



Daten: AGEB

Veränderung des Primärenergieverbrauchs in Deutschland 2017 gegenüber 2016



Mit zusammen 58,3 Prozent stellen Öl und Gas den Großteil unseres Energieverbrauchs. Deutschland muss bei diesen Energieträgern rund 95 Prozent des Bedarfs importieren. Trotz eines Ausbaus um 6,1 Prozent konnten die heimischen Erneuerbaren zum deutschen Gesamtenergieverbrauch 2017 nur einen Anteil von lediglich 13,1 Prozent beisteuern (Seite 26, links). Betrachtet man hingegen den Stromsektor (Seite 26, rechts) isoliert, beträgt der Anteil der Erneuerbaren bereits 33,2 Prozent – hier zeigt sich ein deutlicher Nachholbedarf in den beiden übrigen Sektoren Wärme und Verkehr. Auffällig ist auch, das Mineralöl als größter und derzeit wachsender Energielieferant im Stromsektor bereits keine Rolle mehr spielt.

und die Steinkohle sogar um 11 Prozent verloren hat, dies jedoch nicht ausschließlich von den Erneuerbaren kompensiert wird. Der Anteil des Mineralöls ist um 3 Prozent und der von Erdgas sogar um 6 Prozent gestiegen.

Öl und Gas im Detail

Die Ursache des stark steigenden Erdgasverbrauchs wird in drei Faktoren gesehen: Der Bedarf privater Haushalte zu Heizzwecken stieg um 5 Prozent, die Industrie ersetzt zunehmend Steinkohle mit Erdgas und benötigte daher 4 Prozent mehr Erdgas. Den größten Faktor mit 8 Prozent Mehrverbrauch machen flexible Gaskraftwerke zur Stromerzeugung aus. Die Zunahme des Verbrauchs an Mineralölen ist zu etwa gleichen Teilen auf die Sektoren Verkehr, Industrie und Haushalte zurückzuführen. Die in den Medien oft behauptete Zunahme des Benzinverbrauchs wegen des Dieselskandals wird durch die Daten nicht bestätigt: Sowohl der Verbrauch an Ottokraftstoffen als auch der Verbrauch von Diesel haben um jeweils 2 Prozent zugenommen.

Kohle

Während sich beim flächenverzehrenden Braunkohleabbau in der Lausitz, im Rheinland und Mitteldeutschland genau wie beim Anteil dieses Energieträgers am Energiemix keine wesentliche Änderung von 2016 zu 2017 ergeben hat, zeichnet

sich bei der Steinkohle das Ende dieses Energieträgers ab. Nicht nur hat sich der Anteil der Steinkohle am Energiemix um 11 Prozent verringert, auch die Förderung hat sich um 9 Prozent reduziert und die letzten beiden Steinkohlebergwerke in Ibbenbüren sowie Bottrop werden zum 31. Dezember 2018 geschlossen. Die für die Förderung der Kohle verantwortliche RAG-Stiftung soll nicht nur die darauffolgenden Stilllegungsarbeiten bis 2021 abschließen, sondern auch für die zutreffend als „Ewigkeitsaufgaben“ bezeichnete Bewältigung der Folgeschäden des Bergbaus eintreten.

Stromversorgung

Der deutsche Bruttostromverbrauch ist um 0,5 Prozent auf 599,8 TWh angestiegen. Deutschland bleibt auch weiterhin Stromexporteur: 83,3 TWh Elektrizität wurden in die Nachbarländer insgesamt exportiert. Demgegenüber stand ein zeitweiser Import von 28,4 TWh, so dass sich für 2017 ein Exportsaldo von 54,9 TWh ergibt. Der Anteil der Erneuerbaren am Strommix hat sich um gut 15 Prozent erhöht. Damit erfolgte die Stromversorgung 2017 zu etwa 35 Prozent regenerativ. Innerhalb der Erneuerbaren hat die Windenergie besonders stark zugelegt und ihren Anteil von 12,3 Prozent im Jahr 2016 auf 16,2 Prozent im Jahr 2017 ausbauen können. Biomasse und Wasserkraft konnten nicht zulegen. Bei der Photovoltaik ist der Anteil von 5,9 im

Jahr 2016 auf 6,1 Prozent im Jahr 2017 um nur 0,2 Prozentpunkte gestiegen, was einem Wachstum von 17 Prozent entspricht. Der PV-Ausbau bleibt damit selbst hinter den in den letzten Jahren bereits drastisch reduzierten Ausbauzielen der Bundesregierung zurück.

Preisentwicklung

Die durchschnittlichen Preise für Rohölimporte stiegen binnen eines Jahres um gut 29 Prozent. Der durchschnittliche Importpreis für Erdgas verteuerte sich ebenfalls, wenn auch nur um gut 23 Prozent. Als Ursache machen die Analysten neben stark sinkender Fördermengen in den Niederlanden (siehe auch Seite 28 in diesem Heft), die stark steigende LNG-Nachfrage in Asien und die dadurch entstehende Verknappung auf dem Weltmarkt ausfindig. Deutlich gestiegen ist auch der Preis für Kohleimporte mit einer Verteuerung um gut 40 Prozent.

Der Preis für Benzin stieg um 5,3 Prozent auf durchschnittlich 1,36 Euro pro Liter. Der Preis für Diesel stieg um 7,8 Prozent auf durchschnittlich 1,16 Euro pro Liter sowie der Preis für Heizöl EL um 15,9 Prozent auf 56,61 Cent je Liter. Für Erdgas ist der Preis sogar von durchschnittlich 6,54 Cent je kWh auf 6,15 Cent je kWh und damit um gut 6 Prozent gefallen. Beim Strom haben sich die Großhandelspreise im Jahr 2017 um gut 18 Prozent auf 3,42 Cent je kWh für Grundlaststrom und 3,81 Cent je kWh für Spitzenlaststrom erhöht. Die privaten Stromverbraucher zahlten pro Kilowattstunde im Mittel 29,86 Cent und mussten damit einen Anstieg von nur 1,6 Prozent hinnehmen. Im Hinblick auf die deutlich stärker gestiegenen Rohstoffpreise dürfte der geringe Anstieg der Strompreise nicht zuletzt auf den deutlichen Anteil der Erneuerbaren im Stromsektor zurückzuführen sein. (lfs/ap)

- Hans-Wilhelm Schiffer, Deutscher Energiemarkt 2017, Energiewirtschaftliche Tagesfragen, Heft 3/2018, S. 49-62
- Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V., Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2017, Volltext-PDF: bdev.de/energieverbrauch2017
- Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt, Monitoringbericht 2017, Volltext-PDF: bdev.de/monitoring17, Zusammenfassung in Energiedepesche 1/2018, S. 27

Drohender Engpass im Erdgasnetz

In Deutschland gibt es mit H-Gas und L-Gas zwei Erdgassorten in getrennten Netzen. Das zum Großteil aus den Niederlanden stammende L-Gas wird in den nächsten Jahren absehbar aufgebraucht und nach einem Erdbeben muss die Förderung jetzt zusätzlich schnell und drastisch reduziert werden.

In der niederländischen Provinz Groningen bebte im Januar 2018 erneut die Erde. Mit einer Stärke von 3,4 auf der Richterskala handelte es sich absolut betrachtet zwar nur um ein sehr leichtes Erdbeben, dennoch wurden über 900 Häuser beschädigt. Fotos mit dicken Rissen in Hauswänden füllten erneut die lokalen Zeitungen. Denn dieses Beben ist kein Einzelfall: Im Verlauf des Jahres 2017 kam es zu über 18 Beben mit einer Stärke von über 1,5 sowie vielen weiteren kleineren Beben.

Erdgasfeld Groningen

Das erste heftigere Beben ereignete sich im August 2012 und führte zu einer 100 Millionen Euro teuren Untersuchung, welche die Erdgasförderung als eindeutige Ursache nachweisen konnte. Mit ursprünglich 2.800 Milliarden Kubikmeter Erdgas ist das Groninger Gasfeld jedoch die bis heute wichtigste Erdgaslagerstätte innerhalb der Europäischen Union und einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren der Region. Es versorgt nicht nur 93 Prozent der niederländischen Bevölkerung mit Erdgas, sondern deckt auch rund 22 Prozent des deutschen Gesamtgasbedarfs (siehe Seite 26 in diesem Heft). Betrachtet man das L-Gasnetz isoliert, beträgt die deutsche Importabhängigkeit vom Gasfeld Groningen sogar etwa 60 bis 70 Prozent.

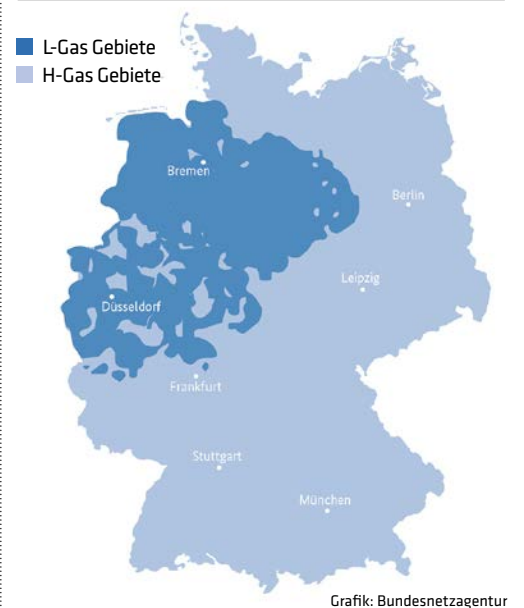
L-Gas und H-Gas

Das stickstoffhaltige und niederkalorische Groninger L-Gas (englisch: „Low calorific gas“) unterscheidet sich in seiner Zusammensetzung stark von dem in Deutschland sonst gebräuchlichen H-Gas („High calorific gas“), das in Russland, Norwegen und der Nordsee gefördert wird. Aufgrund des unterschiedlichen Brennwertes von etwa 8,2 kWh pro m³ bei L-Gas und 11,1 kWh pro m³ bei H-Gas, müssen Heizkessel, Gasherde und andere Verbrauchsgeräte entweder für L-Gas oder für H-Gas ausgelegt und eingestellt werden, um störungsfrei funktionieren zu können. Aus diesem Grund müssen L-Gas und H-Gas in zwei separaten Netzen transportiert werden. Solche L-Gasnetze finden sich in Deutschland in Teilen der Bundesländer Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt.

L-Gas-Engpass

Dass die Vorräte des Erdgasfeldes Groningen zur Neige gehen, ist seit vielen Jahren bekannt. Zumindest bis zum ersten Beben im Jahr 2012 wurde jedoch von einem nur schleichenden Auslaufen der Förderung und einem Ende der Importe nach Deutschland nicht vor 2030 ausgegangen. Diese Einschätzung änderte sich 2012 schlag-

artig: Nach dem ersten stärkeren Beben kam es zu einem Förderstopp und um die Förderung wieder aufnehmen zu dürfen, musste die „NAM“ als Betreiber gegenüber dem niederländischen Staat zusichern, die weitere Erdgasförderung zu drosseln und für entstandene Schäden aufzukommen. Die Fördermenge wurde aufgrund staatlicher Vorgaben und Urteile des obersten niederländischen Verwaltungsgerichtes seitdem bereits auf zuletzt 21,6 Mrd. m³ halbiert. Nach dem neuerlichen Beben im Januar 2018 wurde seitens der niederländischen Regierung Ende März eine weitere drastische Reduzierung der Förderung auf maximal 12 Mrd. m³ pro Jahr binnen weniger Jahre angekündigt.



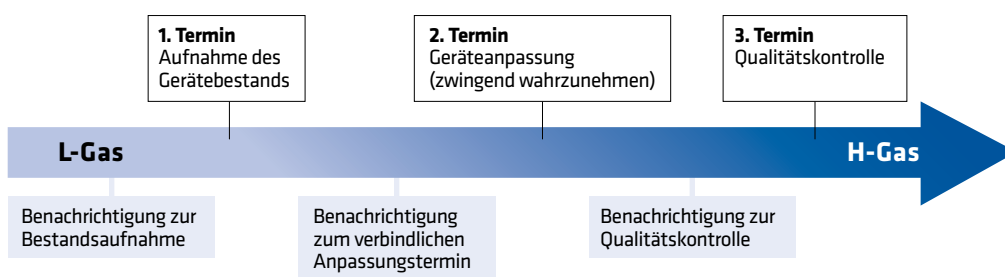
Grenze der Leistungsfähigkeit

Ganz aktuell wurde die Förderung im April 2018 verglichen mit März 2018 um rund 40 Prozent reduziert. Ein konkreter Grund wurde bisher nicht bekannt und diese Entwicklung ist verglichen mit den Vorjahren unüblich. Nach Analysen der Zeitschrift „Energiewirtschaftliche Tagesfragen“ (Heft 4/2018, S. 22) kam es bereits im März zeitweilig zu einer Verfünffachung der Handelspreise für kurzfristige Lieferungen. Die Gasspeicher wurden dabei auf bis zu 22 Prozent entleert, was einem Fünfjahrestief entspricht.

Marktraumumstellung

Bereits das absehbare natürliche Ende der Vorräte in Groningen mit einem Horizont nach dem Jahr 2030 war Anlass für die Planung einer

Ablauf der Marktraumumstellung für betroffene Verbraucher





Peter Heeling (CC0)

„Marktraumumstellung“ von L- auf H-Gas. Im Rahmen dieses Prozesses werden lokale Gasnetze oder Netzbereiche innerhalb größerer Gemeinden von L- auf H-Gas umgestellt. Der Ablauf ist einfach:

1. Der örtliche Gasnetzbetreiber informiert die Haushalte frühzeitig über die Umstellung.
2. Techniker nehmen die Daten aller Gasgeräte in den Haushalten auf und veranlassen bei Bedarf die Bestellung von Umrüstsätzen bei den Geräteherstellern.
3. Die Umrüstung der Geräte erfolgt kurz vor der Umstellung eines Netzabschnittes von L- auf H-Gas und dauert dank guter Vorbereitung und passend bestellter Teile nur wenige Minuten.

Die Umrüstung ist für die betroffenen Haushalte grundsätzlich kostenfrei. Die gesamten Kosten der Marktraumumstellung werden über eine Umlage von allen Erdgaskunden getragen. Eine Ausnahme bilden Geräte, für die wegen fehlender Teile oder aus anderen Gründen keine Anpassung möglich ist. Hier müssen Besitzer auf eigene Kosten ein neues Gerät anschaffen und erhalten dafür einen Zuschuss von 100 bis 600 Euro.

Schleppende Umstellung

Seit Beginn der Marktraumumstellung im Jahr 2015 wurden jedoch nur gut 2,2 Prozent der in Deutschland installierten L-Gasgeräte auf H-Gas umgestellt. Dies klingt zunächst wenig, entspricht allerdings 110.000 umgerüsteten Heizungen, Herden und Öfen, wenn man sich vor Augen führt, dass nach Schätzungen der Gasnetzbetreiber insgesamt 5 Millionen Geräte betroffen sind. Im Laufe der kommenden zwei Jahre soll die Umrüstungsleistung nun auf bis zu 500.000 Geräte pro Jahr erheblich gesteigert werden. Eine noch stärkere Beschleunigung der Umrüstzahlen ist aus Kapazitätsgründen nicht möglich.

Um dem L-Gas-Engpass dennoch begegnen zu können, haben die Netzbetreiber die Umstellung von Großverbrauchern wie Industriebetrieben und Kraftwerken vorgezogen.

H-Gas-Konvertierung

Ein weiterer Baustein ist die Errichtung von Gas-Konvertierungsanlagen, die hochkalorisches H-Gas durch Stickstoffbeimischung zu niederkalorischem L-Gas strecken können. Mehrere dieser Anlagen wurden kürzlich unter anderem in Broichweiden, Rehden und Ganderkesee in Betrieb genommen. Ein weiterer potenzieller Standort wurde am Grenzübergangspunkt Oude Statenzijl ausgemacht und soll bis 2019 in Betrieb gehen (Entwurf des Netzentwicklungsplans Gas 2018-2028 vom März 2018). Diese Anlagen sind jedoch im Betrieb sehr kostenintensiv und stellen daher keine dauerhafte Lösung dar.

Gesetzliche Anpassungen

Auch die Bundesregierung hat den drohenden Engpass im L-Gasnetz erkannt und einen Gesetzentwurf zur Anpassung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) auf den Weg gebracht, der den Anschluss neuer Verbraucher an das L-Gasnetz verhindern soll. In der Gesetzesbegründung nimmt das für den Entwurf federführende Bundeswirt-

schaftsministerium kein Blatt vor den Mund: „Angesichts der drohenden Gefahren für das Allgemeinwohl der Versorgungssicherheit, die mit dem Anschluss neuer Industrie- und Haushaltskunden verbunden sind und die im ungünstigsten Fall zu einer ganz oder teilweisen Unterbrechung der L-Gasversorgung führen könnten, [...] ist [es] erforderlich, einen Anspruch auf den Anschluss neuer Letztverbraucher an L-Gasversorgungsnetze [...] soweit wie möglich einzuschränken.“

Prognose der Bundesnetzagentur

Deutlich nüchterner wiederholte die Bundesnetzagentur kurz nach dem Engpass im März die von der Behörde bei den L-Gasnetzbetreibern eingeholte Aussicht für den kommenden Winter: „Von daher ist die ab 2018/2019 [der Prognose nach] nur knapp positive Mengenbilanz nach Ansicht der deutschen Fernleitungsnetzbetreiber nicht als Signal der Entspannung zu verstehen.“ Dieses Fazit zogen Netzbetreiber und Bundesnetzagentur jedoch vor der Ankündigung der niederländischen Regierung die Fördermenge zukünftig zu halbieren und vor dem Rückgang der Förderung um 40 Prozent in den darauffolgenden Wochen. So bleibt aktuell nur zu hoffen, dass die zweifellos sinnvollen und notwendigen Maßnahmen, wie die Intensivierung der Marktraumumstellung, die Errichtung von H-Gas-konvertieren, eine angedachte Ausweitung der Speicherkapazität für L-Gas und flankierende gesetzliche Maßnahmen zur Entlastung des L-Gasnetzes ausreichen werden. (lfs)

- Informationen der Bundesnetzagentur zur Marktraumumstellung für betroffene Verbraucher: bdev.de/marktraumumstellung
- Konsultation und Entwurf zum Netzentwicklungsplan Gas 2018-2028: bundesnetzagentur.de/NEPGas2018

Von der Umstellung betroffene Gasnetze

Folgende Netzbetreiber planen die Umstellung ihres Gasnetzes kurzfristig in diesem Jahr oder im Laufe des Jahres 2019: Avacon (Burgwedel, Isernhagen, Helmstedt, Peine, Salzgitter, Wolfenbüttel), BS Netz, Burgdorf Netz, Celle-Uelzen Netz, Energienetz Mitte, EVB Butzbach, Ewe Netz, Gemeindewerke Peiner Land, LSW Wolfsburg, Mittelhessen Netz, OberhessenGasNetz, Osterholzer Stadtwerke, Technische Werke Osning, Wesernetz (Bremen), Westnetz (Belm, Bissendorf, Bohmte, Borgholzhausen, Dissen, Melle, Ostercappeln und Werther) sowie die Stadtwerke Bad Nauheim, Friedberg, Marburg, Osnabrück, Peine und Wolfenbüttel. Sofern Sie in einem der betroffenen Netzgebiete Gasgeräte betreiben, können Sie sich bei Ihrem örtlichen Netzbetreiber nach dessen Umstellungsplänen erkundigen. Die meisten Netzbetreiber veröffentlichen detaillierte Zeitpläne auf ihren Webseiten.

Globale Entwicklung der Erneuerbaren

Die weltweite Umstellung auf erneuerbare Energien ist eine Überlebensfrage der Menschheit. Es gibt keinen Zweifel, dass der Klimawandel durch einen raschen Umstieg auf Erneuerbare gestoppt werden muss.

Die weltweit höchst ungleiche Verteilung des Energieverbrauchs entspricht der ungleichen Verteilung des Reichtums. Weitere Spannungen entstehen dadurch, dass die fossilen Ressourcen geografisch in anderen Regionen der Welt zu finden sind, als der heutige Reichtum, der aus ihrer Ausbeutung resultiert. Terror und weltweite Fluchtbewegungen sind die Folge. Auch die Ungleichheit unter den reichen Ländern führt zu Spannungen, die mit einer weltweiten Entwicklung zu mehr Menschlichkeit und Vernunft unvereinbar sind. Aus diesen Gründen ist der weltweite Ausbau erneuerbarer Energien eng mit dem Überleben der Menschheit insgesamt verknüpft.

Die Studie

Eine höchst hilfreiche Zusammenstellung von Dr. Janet Witt, Dr. Martin Kaltschmitt, Dr. Sebastian Janczik und Annika Magdowski (BWK 7/8 aus 2017, S. 6-28) erlaubt einen Überblick über den aktuellen Stand (Betrachtungszeitraum bis 2016) und die Entwicklung in den kommenden Jahren.

Stromverbrauch

Schauen wir uns zuerst die Gesamtstrommengen an. Vom individuellen jährlichen Stromverbrauch einer Familie in Deutschland von durchschnittlich 3.200 kWh geht der Blick über den Stromverbrauch der gesamten Bundesrepublik in Höhe von 600 TWh bis hinauf zum weltweiten Stromverbrauch von 24.800 TWh. Weltweit ist der Stromverbrauch zwischen 2005 und 2015 um 35 Prozent angestiegen. In den Industrieländern lag dieser Anstieg sogar bei 79 Prozent.

Wasserkraft dominiert bei Erneuerbaren

Der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (EE) lag weltweit im Jahr 2016

bereits bei knapp 25 Prozent. Das bedeutet, dass von 24.800 TWh Strom rund 6.000 TWh erneuerbar erzeugt wurden – eine Zahl, die man im Kopf behalten sollte. Deutschland ist hier mit aktuell 18,3 Prozent keineswegs ein Vorreiter. Weltweit macht die Wasserkraft mit rund 4.000 TWh, daher 67 Prozent am EE-Anteil, den Löwenanteil aus. Kleinere Anteile steuerten die Windenergie mit 16 Prozent, Biomasse mit 8 Prozent und die Photovoltaik mit 7,2 Prozent bei.

Blick in die Zukunft

Bis zum Jahr 2020 wird die weltweite Stromerzeugung aus Erneuerbaren voraussichtlich auf 8.000 TWh, also im Vergleich zum Jahr 2016 um rund 30 Prozent wachsen.

Einen höheren Anteil als aktuell werden laut der Prognose künftig Windkraft, PV und Biomasse beitragen. Windkraft und PV werden bis zum Jahr 2020 ihre Stromerzeugung nahezu verdoppeln.

Installierte Leistung

Die Leistung aller weltweit installierten Wasserkraftwerke beträgt rund 1.200 GW. Zum Vergleich: Die Höchstlast im deutschen Stromnetz liegt bei 80 GW. Allein in China sind bereits aktuell rund 30 Prozent der weltweiten Wasserkraftkapazitäten installiert und das Land plant diesen Energieträger weiter stark auszubauen. Auch bei der Windenergie liegt China vorn: Von den weltweit knapp 500 GW installierter Windkraftanlagenleistung waren rund 150 GW in China installiert, doppelt so viel wie in den USA auf dem weltweiten Rangplatz. Atomkraftwerke spielen in China mit 5 Prozent der Stromproduktion nur eine untergeordnete Rolle.

► Überblick über die Stromproduktion in China: bdev.de/chinastrom16

Kampf der Technologien

Die Photovoltaik ist weltweit seit drei Jahren die am schnellsten wachsende Technologie. Allein zwischen 2015 und 2016 hat sich der weltweite Zubau verdoppelt. Heute sind PV-Anlagen zu Preisen auf dem Markt erhältlich, die noch vor wenigen Jahren als utopisch galten. Dennoch ist die Photovoltaik bei der Stromerzeugung weltweit nur auf Platz vier hinter Wasserkraft, Wind und Biomasse. Wenn allerdings der rasche Zuwachs anhält, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Photovoltaik auf Platz 1 vordringt.

Wärmesektor

Für die Wärmeerzeugung wird weltweit 3,5 mal mehr Energie eingesetzt, als für die Stromerzeugung. Der jährliche Wärmebedarf für Industrie, Haushalte und Gewerbe lag 2016 bei 51.000 TWh und im Transportsektor werden noch einmal 32.000 TWh verbraucht. 7.500 TWh an erneuerbarer Wärme wurde weltweit eingesetzt. Das sind lediglich 14,7 Prozent des Verbrauchs. 93 Prozent des EE-Anteils wurde aus Biomasse gewonnen, der Rest ist im wesentlichen Solarthermie.

Erneuerbare wirtschaftlich Überlegen

Die Studie stellt zudem fest, dass die Kosten für die Errichtung erneuerbarer Stromerzeugungskapazitäten in den letzten Jahren stark gesunken sind. Diese deutliche Kostendegression lässt sich leicht an einem Beispiel veranschaulichen: So erzielt der Offshore-Windpark Kriegers Flak in Dänemark bereits heute Stromerzeugungskosten von nur 4,9 Cent je kWh. Erneuerbare sind damit schon heute nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich weit attraktiver als fossile Energien. (ap)



Literatur

Neuere Zahlen bietet der jährlich aktualisierte Bericht „Renewables Analysis and Forecast“ der Internationalen Energieagentur (IEA) in seiner aktuellen Ausgabe „Renewables 2017“:

► bdev.de/iea2017

ARBEITSPLÄTZE

Erneuerbare gewinnen

Viele Arbeitsplätze in der alten Energiewirtschaft sind in den vergangenen Jahren überflüssig geworden. Die Energiewende hat dafür viele neue Jobs im Bereich der erneuerbaren Energien geschaffen. Während im Jahr 2000 noch über 70 Prozent der Beschäftigten in der Energiewirtschaft direkt im Bereich der konventionellen Erzeugung arbeiteten, so hat sich dieser Anteil im Jahr 2016 auf unter 40 Prozent reduziert. Umgekehrt waren im Jahr 2000 weniger als 20 Prozent im Bereich erneuerbarer Energien tätig, im Jahr 2016 dagegen fast 50 Prozent. Das hat die Studie „Ökonomische Indikatoren des Energiesystems“ im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums ergeben.

338.600 Menschen arbeiteten laut der Studie im Jahr 2016 im Bereich der erneuerbaren Energien. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Branche damit 10.000 neue Jobs geschaffen. Vom Spitzenjahr 2011 mit 416.000 Arbeitsplätzen sind die aktuellen Zahlen jedoch noch weit entfernt. Damals bot die florierende Photovoltaikbranche dreimal so viele Arbeitsplätze wie heute. Diese Zahlen legen nahe, dass eine Energiewendeverhinderungspolitik über 100.000 Arbeitsplätze gekostet hat. (ap/lfs)

► PDF-Download der Studie:
bdev.de/eejobs

PRAXISCHECK

Solarthermie funktioniert

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) hat 1.849 Solaranlagen geprüft. Das Ergebnis war überraschend: 93 Prozent der untersuchten solarthermischen Anlagen funktionieren technisch gut. Die Zufriedenheit der Anlagenbesitzer ist mit 83 Prozent ebenfalls überwältigend. Nicht untersucht wurde der konkrete Einspareffekt. Die befragten Hausbesitzer berichten laut Dirk Hufnagel, einem der Solarcheck-Prüfer, jedoch von einer Heizenergieersparnis von 25 bis 35 Prozent.

Auffällig ist, dass bei rund 40 Prozent der untersuchten Anlagen Mängel in der Rohrisolierung gefunden wurden. 91 Prozent der Anlagen verfügten noch nicht über stromsparende Hocheffizienzpumpen. Und 65 Prozent der Anlagen verfügen über keine Messvorrichtung zur Ertragskontrolle, wie beispielsweise einen Wärmemengenzähler.

Solarexperte Dirk Hufnagel rät, den Heizkessel im Sommer abzustellen. Bleibt dann das Wasser kalt,

funktioniert die Anlage nicht. In diesem Fall sollte die Anlage eingehend von einem Fachmann untersucht werden. Wenn eine Heizungsanlage erneuert wird, dann gibt es laut Hufnagel nur ganz wenige Fälle, in denen es nicht sinnvoll wäre, eine Solarthermie mit einzubauen.

Ein sehr positives Fazit nach 20 Jahren Betrieb einer 657-m³-Solarthermieanlage mit bemerkenswert hohen Erträgen zieht auch die Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg. Der Bericht wurde in der Sonnenenergie veröffentlicht (Heft 4/2017, S. 24-25) und kann kostenfrei als PDF bezogen werden. (ap/lfs)

► Bericht „20 Jahre – Kein Alter für Solarthermie“:
bdev.de/20jahresolar

► VZBV-Auswertung der Solarwärmechecks bis Januar 2018:
bdev.de/solarcheck18

POTENZIALANALYSE

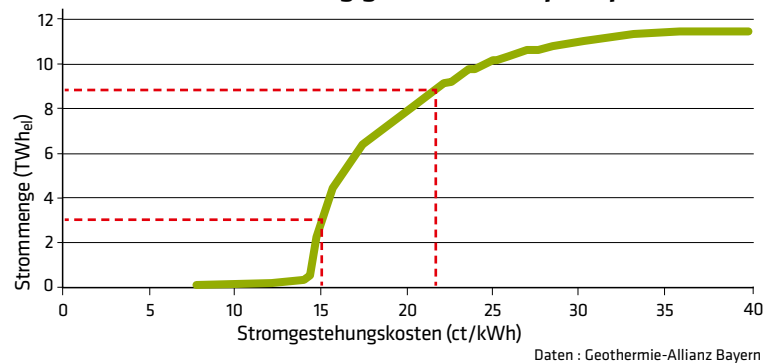
Geothermie in Deutschland

Die Geothermie-Allianz Bayern hat den möglichen Beitrag der Erdwärme in Deutschland untersucht. Derzeit sind zehn geothermische Kraftwerke mit rund 40 MW elektrischer Leistung in Betrieb. Die gleichzeitige Nutzwärmeerzeugung dieser Kraftwerke beträgt 140 MW. Die elektrischen Systemwirkungsgrade liegen zwischen 2 und 8 Prozent. Dieser Wirkungsgrad hängt von der Temperatur des Thermalwassers ab. Beim Ausbau kann nur so viel Wärme aus dem Boden entnommen werden, wie aus dem Erdinnern nachfließt. Nur dann ist die Nutzung regenerativ. Unter dieser Prämisse ergibt sich

eine technisch erzielbare Strommenge von rund 11,5 TWh. Davon sind nach Ansicht der Geothermie-Allianz Bayern rund 8,7 TWh wirtschaftlich nutzbar. Die Studie setzt dafür einen Strompreis von 21,58 Cent je kWh an. Der damit verknüpfte Wärmeeertrag läge bei rund 44 TWh, das entspricht etwa 5 Prozent des deutschen Raumwärmeenergiebedarfs. Bei einer Einspeisevergütung von 15 Cent je kWh sinkt das Potenzial bereits auf 3 TWh Strom sowie 15 TWh Wärme pro Jahr. (ap/lfs)

► PDF-Download der Studie:
bdev.de/geothermie17

Potenzial in Abhängigkeit zum Einspeisepreis



BÜRGERBEFRAGUNG

Rückhalt für die Energiewende

7.500 Verbraucher wurden vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) nach ihrer Meinung zur Energiewende befragt. Durchgeführt wurde diese Untersuchung im Rahmen des Kopernikus-Projektes „ENavi“ im Auftrag des Bundesforschungsministeriums. Dabei zeigte sich, dass es einen überwältigenden Konsens für die Energiewende gibt: 88 Prozent der Befragten befürworten die Energiewende. Nur 2 Prozent der Befragten lehnen die Energiewende kategorisch ab.

Weniger zufrieden zeigten sich die Befragten mit der Umsetzung

der Energiewende durch die Bundesregierung: 52 Prozent halten das politische Handeln für chaotisch und 67 Prozent empfinden die Umsetzung der Energiewende als ungerecht. Die Ursache benennt die Studie auch schonungslos: Die Mehrheit der Befragten kritisiert, dass „der Großteil der Kosten von den kleinen Leuten getragen wird“, während die Großen profitieren. Konkret lehnen 72 Prozent der Befragten die ungerechten Ausnahmeregelungen bei der EEG-Umlage für Großverbraucher ab (mehr dazu auf Seite 12 in diesem Heft). (ap/lfs)

Solarlicht: Spenden zeigen Wirkung

Die Hilfsbereitschaft unserer Vereinsmitglieder für die Solarlicht-Aktion ist überwältigend! Nach der ersten Spende des Vereins hat sich die Spendensumme verzehnfacht. Damit werden nun auch Solarlampen in Ghana finanziert.

Zahlreiche Mitglieder haben für die Solarlicht-Aktion gespendet. 15.000 Euro sind dadurch zusammengekommen. Die Berichte über die Fortschritte in Afrika und die Verwendung der Gelder von Thomas Ricke, dem Initiator der Aktion, haben wir für Sie zusammengefasst.

Frauengruppen-Solarkampagne

Das Konzept der Frauengruppen-Solarkampagne ist einfach: Mit Spendenmitteln werden Solarleuchten gekauft. Diese werden aber nicht einfach verschenkt, sondern für den Zeitraum von drei bis sechs Monaten an die Familien der Frauengruppen verliehen. Während der Leihphase sparen die Familien das Geld, das sie normalerweise für den Erwerb von Petroleum oder Einwegbatterien verwenden würden. Mit diesem Betrag erwerben sie nach und nach die Solarleuchten. Nach Ablauf der Leih- und Sparphase gehören den Familien die Solarleuchten. Mit dem Geld können Solarleuchten für die nächste Frauengruppe gekauft werden. Auf diese Weise vervielfachen sich die Spenden um das Acht- bis Zehnfache. Dieses durch Thomas Ricke vom „Social Enterprise“ Villageboom aus Münster entwickelte Konzept bewährt sich seit Jahren in Bangladesch, Benin und Ghana.

Skalierung in Ghana

Villageboom konnte mit den Spenden des Bundes der Energieverbraucher in Ghana die „Village Loan and Savings Association“ aus Tamale als Partner gewinnen. Diese Organisation ist ein landesweiter Zusammenschluss von rund 2.000 Frauengruppen, die größtenteils in Dörfern ansässig sind, die nicht an das Stromnetz angeschlossen sind. Das erste Projekt soll nach Zustimmung der Mamprusi District Assembly im Norden Ghanas starten. Die Chancen für einen kurzfristigen Projektstart stehen gut.

Stetiger Fortschritt in Ajibade

Ein Teil der Spenden wird auch weiter nach Ajibade in der Nähe von Ibadan fließen. Beim nigerianischen Ajibade handelt es sich um eine extrem arme Region ohne Stromnetz. Die Menschen bewirtschaften zumeist als Selbstversorger ein kleines Stück Land und ernähren so ihre Familien. Die Menschen in Ajibade sind nicht nur ärmer als in Ghana. Es fehlen auch wichtige

ten erfolgreich an der Umsetzung der Kampagne: Die Menschen in Ajibade konnten 10-Watt-Panels, eine helle Leuchte und einen Akku kostenlos ausprobieren. Der Solarscout besucht die Menschen in Ajibade im Wochenturnus, beantwortet ihre Fragen, installiert neue Systeme und leistet technischen Support. Besonders wichtig ist aber auch, dass er die Kaufpreise der Lampen in kleinen Raten einsammelt, damit das Ansparprinzip dort überhaupt gelingt. Mittlerweile sind in Ajibade und den umliegenden Dörfern bereits 50 Systeme installiert; keines davon wurde bisher zurückgegeben. Das Zahlverhalten verbesserte sich mit dem wachsenden Vertrauen der Menschen in die Kampagne und die Technik.

Kampagne mit Hebelwirkung

Die Menschen schätzen mittlerweile die Vorteile des hellen LED-Lichts für die Nachtstunden. Durch Mund-zu-Mund-Propaganda werden inzwischen auch Nachbardörfer aufmerksam und möchten ebenfalls teilnehmen. So werden jetzt



Von rechts: Thomas Ricke, Joe Osei (Villageboom Vertreter für Nordnigeria), Celestine Asuke (Solarscout), Francis Asuke (Ehemann von Celestine und zuständig für Reparaturen), eine Vertreterin der Christian Mothers und Edward Osew (Sunhut Enterprise).

soziale und infrastrukturelle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Frauengruppen-Kampagne. So war der Ort mangels befestigter Straßen und Regen über Wochen nicht erreichbar. Die Vermittlung des Ansparprinzips war schwieriger als bei den anderen Projekten. Die Vorstellung für den Zeithorizont fehlte und die Menschen kauften trotz des Angebots lieber kleinste Mengen Petroleum oder nur ein paar billige Einwegbatterien. Auch waren in der muslimisch geprägten Region die Ehemänner teilweise nicht damit einverstanden, dass die Frauen ein so großes Projekt in die Hand nehmen wollten.

Für die Vermittlung des Prinzips und der Technik wurde daher vor Ort der Techniker Hameed angestellt (siehe Energiedepesche 4/2017, S. 37). Dieser „Solarscout“ arbeitet seit mehreren Mona-

ten in den nächsten Wochen weitere 50 Systeme installiert. Derzeit werden Gespräche mit den Dorfvorstehern geführt, um auszuloten, in welchem Umfang diese bei der Umsetzung der Kampagne helfen können. Durch das Engagement der Dorfvorsteher erhält die Kampagne bei den Menschen eine zusätzliche Referenz, die das Vertrauen in das für sie unbekannte Produkt „Solarlicht“ stärkt. Der Weg ins Solarzeitalter ist in Ajibade beschwerlicher als andernorts – aber das Engagement lohnt sich dort aus diesem Grund besonders, meint Thomas Ricke.

(ap)

► Weitere Spenden für die „Solarlicht-Aktion“ sind willkommen. Die IBAN des Spendenkontos vom Bund der Energieverbraucher e.V. lautet: **DE82 5746 0117 0005 8137 72.**

Vorgestellt: Leonora Holling

Seit dem 1. Januar 2018 hat der Bund der Energieverbraucher mit Leonora Holling eine neue Vorsitzende. Das macht neugierig auf die Person, die nun seit Jahresanfang an der Vereinsspitze steht.

Die schlagfertige Juristin ist ein Glücksfall für den Verein. Denn Rechtsanwältin Leonora Holling verfügt über zahlreiche Talente: Sie ist als Strafverteidigerin in Düsseldorf mit einer eigenen Anwaltskanzlei tätig, hat neben Jura auch etliche Semester Psychologie studiert, ist in der Ausbildung von angehenden Juristen tätig, war im Vorstand der Rechtsanwaltskammer Düsseldorf tätig, ist es nun im Anwaltsverein Düsseldorf und sie tritt auch im Fernsehen als Anwältin auf, um nur einige Punkte zu nennen.

Energiepreisprotest in Ratingen

Leonora Holling ist dem Verein bereits seit über einem Jahrzehnt eng verbunden. Die im Rheinland geborene Rechtsanwältin entdeckte das Thema „Energie und Verbraucher“ im Jahr 2005 für sich, als sie sich in Ratingen bei Düsseldorf gegen das örtliche Stadtwerk wegen überhöhter Strom- und Gasentgelte stellte. Leonora Holling gründete noch im selben Jahr die Bürgerinitiative „Gaspreisboykott“, die überregional von sich reden machte und die Bildung weiterer Initiativen in der Region Düsseldorf und darüber hinaus ermutigte und unterstützte.

Bundesweiter Preisprotest

Auch im bundesweiten Preisprotest nahm Holling schnell eine zentrale Stellung ein, formulierte Musterschreiben, koordinierte bundesweite Treffen aller Protestgruppen und Verbraucheranwälte. Sie führte

als Anwältin zahllose Gerichtsverfahren für Verbraucher durch alle Instanzen. Selbst die Topjuristen der Versorger hatten schlechte Karten, wenn auf der anderen Seite Frau Holling saß. Unter ihrer Mitwirkung wurde die Rechtsberatung für Mitglieder ein zentraler Bestandteil des Mitgliederservice und entstand der Prozesskostenfonds. Der Kölner Express kürte

Holling Ende 2009 zum „Schrecken aller Stadtwerke“. Zusammen mit mir verfasste sie das Buch „Energie für Verbraucher“ in zwei Auflagen sowie Fachartikel zu den Verbraucherrechten im Energiebereich.

Seelenmassage am Energietelefon

Seit Jahren kennen viele Mitglieder Leonora Holling auch vom Energietelefon des Vereins (siehe Seite 38). Immer donnerstags von 18 bis 21 Uhr beantwortet sie Mitgliedern Fragen zum Preisprotest sowie rechtlichen Problemen mit Versorgern und Netzbetreibern. Ihr besonderes psychologisches Geschick ist dabei hilfreich. Denn im Verlauf des Preisprotests änderte sich die rechtliche Lage und die darauf abgestimmten Empfehlungen des Vereins mehrfach. Nicht allen Mitgliedern gelang es, diese Änderungen nachzuvollziehen. Und so gab es manche Bauchlandungen vor Gericht. Wer sich aber donnerstags belehren ließ, der war stets gut beraten

und in der Regel auch erfolgreich. Frau Holling sagte einmal über das Energietelefon, es sei „ein Termin, der mir stets persönlich unglaublich wichtig ist. Ich bin sehr glücklich, wenn ich nach einem solchen Telefonat auflage und das Gefühl habe, jemanden bei seinem Problem mit einem Energieversorger wirklich weitergeholfen zu haben“.

Vorstandstätigkeit

Schon 2012 wurde Leonora Holling erstmals in den Vereinsvorstand des Bundes der Energieverbraucher gewählt. Auf ihre Anregung hin organisiert der Verein



„Wir sind ein starker und allgemein höchst respektierter Verband, der überall Gehör findet. Gerade auch deshalb müssen wir uns den Herausforderungen der Zukunft stellen und dürfen uns nicht auf dem bisher Erreichten ausruhen. Dazu gehört, immer mehr Menschen dazu zu bewegen, Teil unserer Organisation zu werden. Die Förderung der Energiewende, Beobachtung der Globalisierung und die Bekämpfung rückwärtsgerichteter Politikinteressen müssen weiterhin Teil unserer Agenda sein, genauso wie die Sicherstellung bezahlbarer Energie im Sinne aller Verbraucher. Dafür kämpfen wir. Und dafür trete ich auch in Zukunft ein.“

Leonora Holling

für seine Mitglieder den Anbieterwechsel bei Strom und Gas. Seit 2016 vertritt sie zudem den Verein im Beirat der Schiedsstelle Energie in Berlin sowie seit 2017 auch in den Gremien des Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV). Leonora Holling und Louis-F. Stahl werden den Verein künftig prägen und verjüngen.

(ap)

ERFOLG FÜR DEN VEREIN

Schlichtungsstelle für Stromeinspeiser

Der Bund der Energieverbraucher hatte zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch (ASUE), dem Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung (B.KWK), dem BHKW-Forum und dem Verband für Wärmelieferung (VfW) die Einrichtung einer Schlichtungsstelle für alle Stromeinspeiser gefordert (siehe Energiedepesche 2/2017, S. 38).

Vorgeschlagen hatte der Verein ganz konkret, die Zuständigkeit der „Clearingstelle EEG“ auch auf die Betreiber stromerzeugender Heizungen – wie beispielsweise BHKW und

Brennstoffzellen – auszuweiten. Diese Forderung hatte auf ganzer Linie Erfolg! Sogar den vom Verein vorgeschlagenen Namen „Clearingstelle EEG|KWKG“ hat das Bundeswirtschaftsministerium eins-zu-eins übernommen.

Bei Streitigkeiten mit Netzbetreibern hinsichtlich Netzanschluss, Vergütung, Messung und zu vielen weiteren Fragen, können Prosumer ab sofort die Leistungen der Clearingstelle EEG|KWKG in Anspruch nehmen. (lfs)

► www.clearingstelle-ee-g-kwkg.de

ENERGIEDEPESCHE

Auch als E-Paper

Zusätzlich zum gedruckten Heft können Sie die Energiedepesche auch per E-Mail als PDF-Datei erhalten. Wenn Sie die Energiedepesche schon vorab digital lesen wollen, bevor der Briefträger sie bringt, schreiben Sie uns:

redaktion@energiedepesche.de

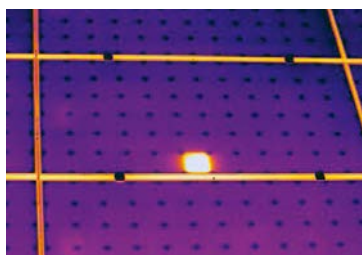
Zusätzlich können Sie auf Wunsch auch alle 122 bisher veröffentlichten Ausgaben als PDF-Archiv erhalten.



GANZJAHRESSAISON

Jetzt Wärmebildkamera leihen!

Wärmebildkameras sind nicht nur im Winter zur Prüfung der Gebäudedämmung ein nützliches Werkzeug. Im Sommer können Wärmebildkameras für die Prüfung von Photovoltaikanlagen (Modulschäden, Hotspots), Elektroinstalltionen (lose Klemmen in Verteilerkästen), Solarthermieanlagen (Modul- und Rohrisolationsfehler), Wasserleitungen (Verstopfungen und kleinste Undichtigkeiten), Klimaanlage (Isolationsfehler) oder auch Lüftungsanlagen (Undichtigkeiten) eingesetzt werden. Deshalb macht



auch der Wärmebildkameraverleih vom Bund der Energieverbraucher keine Sommerpause. Wie Sie als Mitglied eine Kamera gegen Erstattung der Porto- und Handlingkosten vom Verein ausleihen können, erfahren Sie auf Seite 36. (lfs)

WAHLERGEBNISSE ZUR HAUPTVERSAMMLUNG

Vereinsdemokratie

Für die bevorstehende Hauptversammlung vom Bund der Energieverbraucher e.V. hatten alle Vereinsmitglieder satzungsgemäß die Möglichkeit, bis zum 15. April 2018 Delegierte für die Vertretung ihrer Interessen zu wählen (siehe Energiedepesche 1/2018, S. 34). Die ordentliche Hauptversammlung vom Bund der Energieverbraucher e. V. wird am Samstag, den 17. November 2018 von 13:00 bis 16:00 Uhr stattfinden. Veranstaltungsort ist die Bundesgeschäftsstelle des Vereins in der Frankfurter Str. 1, 53572 Unkel.

Zur Hauptversammlung sind alle Mitglieder herzlich eingeladen. Stimmberechtigt sind jedoch nur die von den Mitgliedern gewählten Delegierten. Aus organisatorischen Gründen bittet das Team der Geschäftsstelle um eine möglichst frühzeitige Anmeldung unter der Telefonnummer 02224.123123-0.

Es sind 39 Stimmzettel fristgerecht beim Verein eingegangen. Die Auszählung der Stimmzettel ergab folgendes Ergebnis:

- | | |
|---|-------------------------------------|
| • Dr. Aribert Peters, Rheinbreitbach: 34 | • Eberhard Tersteegen, Unkel: 7 |
| • Louis-F. Stahl, Neuendorf: 19 | • Nobert Knoppik, Unkel: 5 |
| • Leonora Holling, Düsseldorf: 17 | • Klaus Michael, Detmold: 5 |
| • Birgit Hahn, Essen: 13 | • Robin Syllwasschy, Unkel: 5 |
| • Dr. Siegfried Brenke, Unkel: 12 | • Berndt Kratisch, Übersee: 4 |
| • Monika Gottwald, Gummersbach: 12 | • Otto Neels, Dresden: 4 |
| • Oliver Stens, Ingelheim: 12 | • Stefan Bürk, Wuppertal: 3 |
| • Gunhild Duske, Lübeck: 11 | • Reinhard Loch, Bonn: 3 |
| • Ulrich Autenrieth, Kleinostheim: 10 | • Erhard Wittmer, Bad Honnef: 3 |
| • Annette Braun, Berlin: 10 | • Rolf Albrecht, Bonn: 2 |
| • Dr. Klaus-Dieter Clausnitzer, Bremen: 9 | • Walter Danner, Ruhstorf: 2 |
| • Dr. Gerhard Wagner, Bonn: 9 | • Dr. Walter Ebner, Altshausen: 2 |
| • Gunnar Harms, Köln: 8 | • Oliver Eschenfeld, Bonn: 2 |
| • Erich Jungbluth, Unkel: 8 | • Holger Fehsenfeld, Berlin: 2 |
| • Helma Mies, Bad Honnef: 8 | • Peter Finn, Grevenbroich: 2 |
| • Reinhard Bauer, Moormerland: 7 | • Herbert Hoting, Bonn: 2 |
| • Theo Graff, Saarbrücken: 7 | • Herbert Dirk Krämer, Bonn: 2 |
| • Christian Guhl, Hitzacker: 7 | • Norbert Müller-zur-Hörs, Unkel: 2 |
| • Wolfgang Sutor, Mengkofen: 7 | • Christian Kussmann, Bonn: 1 |

Entsprechend § 6 der Vereinssatzung wurden – mit Ausnahme von Stefan Bürk aus Wuppertal (Entfall der Wählbarkeit) sowie Christian Guhl aus Hitzacker (verstorben) – alle vorgeschlagenen Kandidaten zu Delegierten gewählt. Die Wahl wurde nach den Regelungen der Satzung und des Vereinsrechts ordnungsgemäß vorbereitet und durchgeführt.

(ap/lh/lfs)



Mitglieder im Bund der Energieverbraucher e.V. genießen viele Vorteile und haben exklusiven Anspruch auf die umfangreichen Service- sowie Beratungsangebote des Vereins. Nutzen Sie den Mehrwert Ihrer Mitgliedschaft! Hier lesen Sie, welche Angebote Ihnen zur Verfügung stehen und wie Sie Gebrauch davon machen können.

Rechtlicher Schutz für Sie in Energiefragen!

Alle Mitglieder erhalten kostenlos telefonische Hilfe durch Rechtsanwältinnen, die auf Energierecht spezialisiert sind. Darüber hinaus bietet der Verein die Kostenübernahme von Gerichts- und Anwaltskosten für diejenigen, die in den Solidaritätsfonds des Vereins einzahlen (Prozesskostenfonds siehe unten).

- **Anwalts-Hotline:** Der Bund der Energieverbraucher unterhält eine kostenlose telefonische Rechtsberatung zu festgelegten Zeiten für alle Mitglieder. Mo: 16.00 – 19.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr, Do: 18.00 – 21.00 Uhr, Tel: 02224.12312-40. Am Telefon beraten zugelassene Rechtsanwältinnen in eigener Verantwortung.
- **Anwalts-Rückruf:** Mitglieder können telefonisch oder per E-Mail an info@energieverbraucher.de einen Rückruf von einem Rechtsanwalt erbitten. Die Vereinsgeschäftsstelle leitet Ihre Anfrage an einen kooperierenden Rechtsbeistand des Vereins weiter.
- **E-Mail-Beratung:** Per E-Mail an info@energieverbraucher.de können Mitglieder auch direkt Fragen an Rechtsanwältinnen stellen. Möglich sind ausschließlich einfache Anfragen ohne beigefügte Dokumente. Anfragen werden in der Regel innerhalb von zwei Tagen beantwortet.

Super-Schutz in Rechtsfragen

Wer im Streitfall nicht auf den Gerichts- und Anwaltskosten sitzen bleiben will, für den ist der Prozesskostenfonds des Vereins richtig. Dafür sind über den Mitgliedsbeitrag hinaus jährlich 40 Euro (ermäßigter Beitrag: 30 Euro) in den Prozesskostenfonds des Vereins zu zahlen. Das ermöglicht zusätzlichen rechtlichen Schutz: Der Verein kann Anwaltskosten sowohl im außergerichtlichen Verfahren als auch Gerichts- und Anwaltskosten in Gerichtsverfahren übernehmen. Details hier: bdev.de/Fonds

Überprüfung Ihrer Heizkostenabrechnung

Jede zweite Heizkostenabrechnung von Vermietern ist fehlerhaft! Ist Ihre Abrechnung richtig? Unser kostenloses Gutachten sagt es Ihnen.

So geht's: Füllen Sie bitte das Formular im Internet aus auf bdev.de/nebenkosten oder lassen Sie sich den Fragebogen von der Bundesgeschäftsstelle zusenden.

Anbieter wechseln und sparen

Wir nehmen Ihnen die Arbeit des Anbieterwechsels ab. Wir überlegen mit Ihnen gemeinsam, welcher Anbieter zu Ihnen passt. Wir bereiten den Wechsel für Sie vor und führen den Wechsel dann in Ihrem Auftrag durch. Die Servicepauschale, die Sie dem Verein für die Angebotsrecherche und die Wechselberatung bezahlen, beträgt 20 Euro.

Das Angebot gilt für Haushaltsstrom und Erdgas, nicht jedoch für Zweitartfzähler, Heiz- oder Wärmepumpenstrom.

Wenn etwas mit dem Wechsel oder mit der Abrechnung nicht funktionieren sollte, sagen Sie uns einfach Bescheid. Wir kümmern uns darum. Nach einem Jahr oder bei Preiserhöhungen prüfen wir gerne für Sie erneut, ob sich ein Wechsel lohnen könnte.

So geht's: Füllen Sie bitte den Fragebogen aus im Internet auf bdev.de/anbieterwechsel oder lassen Sie sich den Fragebogen von der Bundesgeschäftsstelle zusenden.

Droht eine Versorgungssperre?

Der Verein hilft bei einer drohenden Versorgungssperre. Informationen über die Rechtslage finden Sie im Internet unter bdev.de/stromsperre. Die Anwaltshotline hilft mit rechtlicher Beratung, siehe oben. Die Erfassungsstelle Energieunrecht des Vereins stellt in kritischen Fällen direkt einen Kontakt zum Versorger her und hilft. Sprechstunde: Dienstag, 9.00 – 13.00 Uhr, Tel: 02224.12312-48, Thomas Schlagowski.

Energieberatung

Der Bund der Energieverbraucher hilft bei der Suche nach einem Energieberater – auch für Gutachten zur Inanspruchnahme von KfW-Förderprogrammen. Nachfolgende Liste informiert über die mit dem Verein kooperierenden Energieberater. Diese Berater beantworten einfache Fragen von Mitgliedern grundsätzlich kostenlos. Weitere Berater finden Sie im Internet unter bdev.de/energieberatung

LEITZONE 10000 10115 Berlin (Mitte) Dipl.-Ing. Franco Dubbers, Architekt und Energieberater, Bernauer Str. 8, T. 030.28099390 **12159 Berlin** Azimut, Andreas Heinrichs, Sarrazinstr. 17, T. 030.30787746-0

LEITZONE 20000 20257 Hamburg Dipl.-Ing. Michael Wachtel, Energieberater, Langenfelder Damm 23, T. 040.43095961 **22765 Hamburg** H.-M. Hell, Behringstr. 23, T. 040.3902939 **24340 Eckernförde** Dipl.-Ing. Architekt BDB Jörg Faltin, Rendsburger Str. 35, T. 04351.767591 **24628 Hartenholm** Dipl.-Ing. Carsten Heidrich, Ing.-Büro EnergieSystem, Grubeleck 9, T. 04195.9900890 **25337 Elmshorn** Dipl.-Ing. Max-Peter Hell, Effiziente Energie, Hans-Böckler-Str. 13, T. 04121.450852 **26382 Wilhelmshaven** IBP Bauplan Ing. ges. mbH, Dipl.-Ing. Andreas Neumann, Ebertstr. 110, T. 04421.92640

LEITZONE 30000 30952 Ronnenberg Energieberatung Lau & Partner, Andreas Lau, Schilfweg 24, T. 0511.435350 **35686 Dillenburg** Dietermann Energieberatung, Ing.-Büro f. Gebäudeanalyse u. Thermografie, Kellersgraben 2, T. 02771.850486 **38104 Braunschweig** Friese & Röver, Ökologische Haustechnik, Thomas Röver, Alte Dorfstr. 15, T. 0531.7012480

LEITZONE 40000 44801 Bochum Energieberatung Karl-Heinz Dübler, Paracelsusweg 3, T. 0234.707865, karl-heinz.duebler@t-online.de **45768 Marl** Energieberater Frank Vortman, Schachtstr. 296, T. 02365.509394

LEITZONE 50000 51515 Kürten Dipl.-Bauing. Michael Molitor, Kirchweg 5, T. 02268.907293 **55425 Waldalgesheim** Dipl.-Ing. Uwe Kaska, Untere Hey 2, T. 06721.400420 **56070 Koblenz** Dipl.-Ing. Christfried Hausdorf, Kaiser-Otto-Str. 13, T. 0261.9835998 **58332 Schwelm** Jens Blome, Sachverständigenbüro, Energieberatung, Theodor-Heuss-Str. 60, T. 02336.17215

LEITZONE 60000 64285 Darmstadt Energie & Haus, Dipl.-Ing. Carsten Herbert, Ahastr. 9, T. 06151.1014443 **65439 Flörsheim/Main** InDiGuD, Ingenieur-Dienstleistung, Günther Dörrhöfer, Eddesheimer Str. 28, T. 06145.3799550 **67146 Deidesheim** Dipl.-Ing. Wolfgang Müller (TH), Ingenieurbüro Solartechnik und Energieberatung, Kirschgartenstr. 13, T. 06326.701926

LEITZONE 70000 78120 Furtwangen Ingenieurbüro A. Schwarz, Vogt-Dufner-Str. 29, T. 07723.7040 **79541 Lörrach** Delzer-Kybernetik GmbH, Ritterstr. 51, T. 07621.95770

LEITZONE 80000 86152 Augsburg Planungsbüro Strobel VDI für Haustechnik + Bauphysik, Klinkertorplatz 1, T. 0821.452312

LEITZONE 90000 91522 Ansbach H. Bischoff, IGA, Ing. Gesellschaft Ansbach, Rothenburger Str. 48, T. 0981.4880060 **95448 Bayreuth** Energent AG, Energie intelligent nutzen, Oberkonnersreuther Str. 6c, T. 0921.50708450, info@energent.de **97225 Zelligen** Horst Endrich, Billinghamäuser Str. 51, T. 09364.9319

Verleih von Wärmebildkameras

Der Bund der Energieverbraucher hat professionelle Wärmebildkameras für seine Mitglieder angeschafft. Die teuren Geräte sind sehr präzise, aber einfach zu bedienen und kommen mit umfangreichem Zubehör.

Der Verleih erfolgt auf dem Postweg als versichertes Paket. Sie können die Wärmebildkamera ab Erhalt fünf Tage nutzen. Für die Rücksendung liegt ein frankiertes Label zur Abgabe bei der Post oder einer Packstation bei. Um das wertvolle Vereins-eigentum abzusichern, müssen vor dem Versand ein Ausleihvertrag unterschrieben und 300 Euro als Sicherheit auf das Vereinskonto überwiesen werden. Dieses Geld bekommen Sie abzüglich der Ausleih- und Portokosten von 35 Euro zurück überwiesen, wenn das Gerät wieder beim Verein eintrifft.

Haben Sie Interesse? Dann senden Sie uns eine E-Mail an info@energieverbraucher.de oder rufen Sie uns an: Wochentags von 09.00 bis 13.00 Uhr unter 02224.123123-0.

Telefonischer Hausgeräte-Reparaturservice

Oft werden Hausgeräte wegen einem kleinen Defekt ausgemustert, obwohl eine Instandsetzung denkbar einfach gewesen wäre. Zwar wurden in den vergangenen Jahrzehnten viele Hausgeräte sparsamer im Energieverbrauch. Dennoch ist nicht bei jedem Defekt gleich ein Austausch gegen ein Neugerät notwendig oder sinnvoll.

Treten Probleme mit Hausgeräten auf, sind Laien mit der Diagnose schnell überfordert. Der örtliche Reparaturservice verdient meist auch gut an einem Neugerät.

Wir haben eine bessere Lösung: Unser Experte für Hausgeräte-reparatur, Oliver Stens, hilft Vereinsmitgliedern bei der Frage, ob sich das Rufen eines Servicetechnikers lohnt oder nicht. Oft kann die Reparatur auch durch unsere Mitglieder unter telefonischer Anleitung von Oliver Stens erfolgen. Herr Stens repariert seit Jahren hauptberuflich Hausgeräte und kennt sich bestens aus. Mitglieder erreichen diesen Service Montag von 19.00 bis 21.00 Uhr unter der Rufnummer 02224.12312-41.



Überprüfung Ihrer Jahresrechnung Strom, Gas und Fernwärme

Ist Ihre Jahresabrechnung für Strom, Gas oder Fernwärme korrekt? Wir rechnen genau nach und suchen für Sie nach Fehlern in der Abrechnung. Die von unseren Mitgliedern übermittelten Zählerstände und die richtige Höhe der Preise können wir dabei natürlich nicht überprüfen. Senden Sie uns Ihre Zählerstände am Beginn und am Ende der Abrechnungsperiode, die Jahresabrechnung des Versorgers und teilen Sie uns mit, welche Abschlagszahlungen Sie geleistet haben. Für diesen Service wird ein Kostenbeitrag in Höhe von 20 Euro erhoben.

So geht's: Füllen Sie bitte das Formular im Internet aus auf bdev.de/jahresrechnung oder lassen Sie sich den Fragebogen von der Bundesgeschäftsstelle zusenden.

Heizungs-EKG

Was macht meine Heizung zu welcher Tageszeit? Wie warm ist es im Wohnzimmer und was passiert beim Lüften? Wie kalt ist es in der Tiefkühltruhe wirklich?

Das Heizungs-EKG des Vereins besteht aus fünf Messfühlern und einer Übertragungseinheit ins Internet (Gateway). Die Messfühler messen alle sieben Minuten die Temperatur an bestimmten Punkten der Heizung und speichern diese Daten ab. Die aktuellen Messwerte können auf dem Smartphone abgerufen und die gesamte Messhistorie kann auf den eigenen Rechner heruntergeladen werden. Eine vom Verein entwickelte Software setzt diese Messdaten in eine grafische Darstellung um.

Mitglieder können sich das Heizungs-EKG für einen Kostenbeitrag in Höhe von 20 Euro einschließlich Rückporto für drei Tage ausleihen. Oder ein Energieberater erstellt auf der Basis der erhobenen Messwerte und der Auswertung eines Fragebogens ein kurzes Gutachten zum Preis von zusätzlich 20 Euro.

Messgeräteverleih

Der Bund der Energieverbraucher hilft Ihnen bei einer Verbesserung Ihrer Wohnraum- und Arbeitsplatzqualität durch den Verleih verschiedener Messgeräte:

- **Geigerzähler:** Misst Strahlung einfach und zuverlässig.
- **Schimmel-Box:** Enthält je einen Feuchtigkeitsmesser für Luft und für die Wand, ein Infrarot-Thermometer, eine Anleitung und ein Messprotokoll.
- **CO₂-Konzentrationsmessgerät:** Misst die Raumluft, um den konkreten Lüftungsbedarf für eine gesunde Raumluft zu ermitteln.
- **Strommessgeräte:** Damit spüren Sie nicht nur Geräte im Stand-by-Modus auf, sondern können auch den Verbrauch – und damit die Energiekosten – von Kühlgeräten und anderen Stromverbrauchern im Haushalt ermitteln.
- **Luxmeter:** Ein Messgerät für die Lichtstärke, um beispielsweise die Helligkeit am Schreibtisch zu prüfen.

Flüssiggaspreise und Vertragsauflösung

Der Bund der Energieverbraucher hat besonders günstige Preise für Flüssiggas ausgehandelt und im Internet veröffentlicht. Diese Preise bekommen nur Kunden eingeräumt, die über den Bund der Energieverbraucher vermittelt bestellen. Die jeweiligen Anbieter haben sich verpflichtet, die vom Bund der Energieverbraucher vermittelten Kunden zu den angegebenen Preisen zu beliefern.

Die Preise gelten für jeweils größere Lieferregionen. Für einzelne Orte, zum Beispiel nahe an einem Tanklager, kann es durchaus auch günstigere Angebote geben. Es lohnt sich deshalb, auch Preise abzufragen, zum Beispiel bei www.oelbestellung.de

Aktuelle Preise finden Sie unter bdev.de/fluessiggaspreis

Sie sind in einem Flüssiggas-Langzeitvertrag gefangen und damit unzufrieden? Unser Rechtsanwalt prüft Ihren Vertrag! Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrages und eine eidesstattliche Versicherung, dass die lange Laufzeit nicht auf Ihren Wunsch zustande gekommen ist. Muster im Infopaket Flüssiggas, bei der Bundesgeschäftsstelle anfordern oder unter bdev.de/fluessiggasraus herunterladen. Für Mitglieder kostet dieser Service 50 Euro.

Rechenhilfe zur Rechnungskürzung

Viele Energiepreiserhöhungen sind nichtig. Der Verein hilft Ihnen, den Betrag zu ermitteln, der ohne eine Erhöhung zu zahlen wäre. Sie entscheiden, welchen Strom- oder Gaspreis Sie für rechtmäßig halten. Welche Zahlungsverpflichtungen sich daraus ergeben, rechnet der Verein für Sie aus. Die Berechnung kostet 20 Euro. Details unter bdev.de/rechnungskuerzung



Expertenrat am Energietelefon

Alle Mitglieder können sich in Energiefragen telefonisch durch Experten vom Bund der Energieverbraucher e.V. beraten lassen. Folgende Beratungszeiten und Telefonnummern stehen zur Verfügung:

Rechtsberatung durch Anwälte des Vereins:

Montag 16.00 – 19.00 Uhr | Mittwoch 16.00 – 19.00 Uhr |
Donnerstag 18.00 – 21.00 Uhr | 02224.12312-40

Hausgeräte, Probleme und Reparatur (keine TV-/HiFi-Geräte):

Montag 19.00 – 21.00 Uhr | 02224.12312-41 | Oliver Stens

Hausgeräte, Energiesparlampen, Passivhäuser:

Montag 19.00 – 21.00 Uhr | 02224.12312-42 | Klaus Michael

Gebäudesanierung, Heizungsoptimierung, BHKW:

Donnerstag 19.00 – 21.00 Uhr | 02224.12312-43 | Claus-Heinrich Stahl

Allgemeine Energiefragen, Heizung, Dämmung:

Montag 20.00 – 21.00 Uhr | 02224.12312-44 | Michael Hell

Solartechnik:

Montag 19.00 – 21.00 Uhr | 02224.12312-45 | Bernhard Weyres-Borchert

Flüssiggas-Technikhotline:

Dienstag 18.00 – 20.00 Uhr | 02224.12312-46 | Walter Würzinger

Flüssiggas-Anwaltshotline:

Donnerstag 16.00 – 18.00 Uhr | 02224.12312-47 | RA Volker Speckmann

Versorgungssperren:

Dienstag 9.00 – 13.00 Uhr | 02224.12312-48 | Thomas Schlagowski

Schornsteinfegerfragen:

Mittwoch 17.00 – 19.00 | 02224.12312-49 | Sven Blank

Prosumerzentrum

Energieverbraucher sind häufig längst nicht mehr ausschließlich Verbraucher: Sie besitzen – oder hätten gern – eine PV-Anlage, eine stromerzeugende Heizung, ein kleines Windrad, eine thermische Solaranlage oder einen Batteriespeicher. Wir unterstützen unsere Mitglieder nicht nur in Energieverbrauchsfragen, sondern auch bei der eigenen Stromerzeugung und der Nutzung der Sonnenenergie. Unsere Experten unterstützen Sie von der Frage der für Sie und Ihre Immobilie passenden Anlage, über die Angebotsprüfung, Netzanbindung bis hin zu laufenden Abrechnungsfragen oder bei Problemen mit der richtigen Messtechnik sowie auch in einfachen Steuerfragen.

Stellen Sie uns Ihre Frage per E-Mail. Oder vereinbaren Sie mit der Bundesgeschäftsstelle einen Rückruf durch unsere Experten.

Umzug: Meine neue Adresse

Zeitschriftensendungen werden selbst bei einem Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt!

Mitgliedsnummer

.....

Name

.....

Straße

.....

PLZ, Ort

.....

Telefon

.....

E-Mail

.....

Meine neue Bankverbindung lautet:

IBAN

.....

BIC

.....

Kreditinstitut

.....



Bücher

Die saubere Revolution 2030

Tony Seba (Autor) | Metropolsolar (Übersetzer) | 10. September 2017
255 Seiten | 25,00 Euro | Eigenverlag, erhältlich nur unter:
bdev.de/metropolsolar | ISBN: 9783000579646

Betrieb von Photovoltaikanlagen: Betreiberverantwortung, Betriebssicherheit, Direktvermarktung

Wolfgang Schröder | 28. März 2018 | 240 Seiten | 55,00 Euro
Fraunhofer IRB Verlag | ISBN: 9783816799214

Erneuerbare Energien in Kommunen: Energiegenossenschaften gründen, führen und beraten

Jürgen Staab | 26. April 2018 | 4. Auflage | 298 Seiten | 49,99 Euro
Springer Gabler | ISBN: 9783658199067

Ladeinfrastruktur für Elektromobilität im privaten und halböffentlichen Bereich

Jürgen Klinger | 24. April 2018 | 149 Seiten | 34,00 Euro
VDE Verlag | ISBN: 9783800744176

Lust auf Zukunft: Wie unsere Gesellschaft die Wende schaffen wird

Franz Alt | 25. Juni 2018 | 288 Seiten | 22,00 Euro
Gütersloher Verlagshaus | ISBN: 9783579087078

Erneuerbare Energien und Klimaschutz

Volker Quaschnig | 10. September 2018 | 4. Auflage | 385 Seiten
30,00 Euro | Carl Hanser Verlag | ISBN: 9783446454163

Warum schweigen die Lämmer?

Rainer Mausfeld | 2. Oktober 2018 | 304 Seiten | 24,00 Euro
Westend Verlag | ISBN: 9783864892257

Veranstaltungen

Intersolar Europe, Power2Drive und EM-Power

20. bis 22. Juni 2018 in München
Veranstalter: Solar Promotion GmbH
www.intersolar.de | Tel: 07231.58598-0

15. Duisburger KWK-Symposium

21. Juni 2018 in Duisburg
Veranstalter: Lehrstuhl für Energietechnik der Universität Duisburg-Essen
www.uni-due.de/kwk | Tel: 0203-3792921

Clean Energy Building, Intercogen und WTT-Expo

27. bis 28. Juni 2018 in Karlsruhe
Veranstalter: Reeco GmbH
www.intercogen.de | Tel: 07121.3016-0

Pleisweiler Gespräch mit Dr. Peter Becker zum Thema: „Demokratische, dezentrale Energieversorgung – gegen den Widerstand der Stromkonzerne und der Medien“

15. Juli 2018 in Pleisweiler-Oberhofen
Veranstalter: NachDenkSeiten / IQM e.V.
www.bdev.de/beckerpleisweiler
E-Mail: pleisweilergespr@nachdenkseiten.de

gat | wat 2018

23. bis 25. Oktober 2018 in Berlin
Veranstalter: DVGW - Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
www.gat-wat.de | Tel: 0228.9188-620

Dena-Kongress

26. und 27. November 2018 in Berlin
Veranstalter: Deutsche Energie-Agentur (dena)
www.dena-kongress.de | Tel. 030.66777-0

ENERGIEDEPESCHE

Informationen für Energieverbraucher

Nr. 1 · Oktober 1987

ENERGIE-MARKETING ODER VERBRAUCHERINFORMATION?

Viele unserer Mitglieder sind sehr verärgert darüber, daß sie mit ihren Strom- und Gasrechnungen auch millionenschwere Werbefeldzüge finanzieren, mit denen dem Vertrauensschwund der Branche in der Bevölkerung begegnet werden soll. Statt einer Beeinflussung der Öffentlichkeit erwarten sie von den Versorgungsunternehmen endlich eine Geschäftspolitik, die von der breiten Allgemeinheit akzeptiert wird.

Stellen Sie sich das einmal vor: Jeder bekommt sein Waschmittel von seiner Gemeinde vorgeschrieben. Die Gemeinde kassiert Prozente vom Waschmittelhersteller, dessen Waschmittel sie vorschreibt. Die "Belange der Waschmittelhersteller" werden in der Öffentlichkeit mit großzügigen Anzeigenserien dargestellt, in denen über die Vorteile dieser Waschmittelversorgung "informiert" wird. Einflußreiche Politiker werden gegen bestes Honorar um "Beratung" gebeten. Die Kosten dafür werden auf die Waschmittelpreise aufgeschlagen und von den Verbrauchern abkassiert.

Eine absurde Vorstellung. Und doch Wirklichkeit in der Energieversorgung. Schlagen Sie einmal Ihre Tageszeitung oder Ihre Programmzeitschrift auf:

- Da informiert das RWE in zweiseitigen Anzeigen über seine Milliardeninvestitionen für Umweltschutz, Investitionen, die Sie als Kunde zu bezahlen haben.
- Die IZE (Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e.V.: ein Verein, in dem nur die 4 Dachverbände der Stromversorgungsunternehmen Mitglieder sind und dessen Aufgabe lt. Satzung die Vertretung der Belange seiner Mitglieder in der Öffentlichkeit ist) informiert die Öffentlichkeit mit kostspielig aufgemachten Zeitungsanzeigen, Ausstellungen, Unterrichtsmaterialien, Fernsehspots, Videofilmen, sowie mit Broschüren, die kostenlos im Abonnement an jedermann versandt werden. IZE-Jahresetat lt. Geschäftsbericht: 10 Millionen DM!
- Die Ruhrgas AG wirbt seit Jahren in ganzseitigen vierfarbigen Anzeigen für sauberes Erdgas. In einer neuen Marketing-Offensive der Gaswirtschaft soll jeder mehr als 14 Jahre alte Bundesbürger mindestens zwölfmal durch eine Anzeige angesprochen werden. Die geplanten 600 Millionen Kontakte dürften mindestens 30 Millionen DM kosten. Ruhrgas: "In Marketing zu investieren ist weit effektiver als über einen zu niedrigen Preis zu verkaufen."
- Zeitschriftenbeilagen des RWE ("Strom") und anderer Versorgungsunternehmen informieren u.a. über die Bequemlichkeit der Elektrospeicherheizung, über die hohe Sicherheit deutscher Kernkraftwerke, den Vorteil elektrischer Wäschetrockner usw. Die Kunden des RWE haben dafür größenordnungsmäßig 10 Millionen DM extra zu berappen!
- Die "Erbauer und Betreiber von Kernkraftwerken" bemühten sich nach Tschernobyl, durch großformatige Inserate kritische Stimmen zu beruhigen. Kostenpunkt: 20 Millionen DM; eine neue 30 Millionen-Aktion steht bevor, wie man hört.
- Die Hauptberatungsstelle für Elektrizitätsanwendung e.V. (HEA) informiert über spezielle Fragen der Stromanwendung, führt Informationsseminare für Kommunalpolitiker durch, bereitet aufwendiges Material für den Unterricht an Schulen auf usw. Der HEA-Jahresetat dürfte etwa in IZE-Größenordnung liegen.

DER SCHORNSTEIN IST WICHTIG!
Muß bei neuer Heizung auch der Schornstein erneuert werden? Wie kann man das Problem anders lösen? Wer haftet bei Fehlern? Lesen Sie auf Seite 3!

ENERGIESPAREN=STEUERSPAREN
Es gibt nur wenige staatliche Hilfen beim Energiesparen. Der § 82 a EStDV bietet mehr als Sie meinen. Er ist aber auch sehr kompliziert. Was genau, das lesen Sie auf Seite 5.

ENERGIESPARLAMPEN
Eine wirtschaftliche Art der Energieeinsparung? Was gibt es zu beachten, wo liegen die Einsatzbereiche, welche Typen sind empfehlenswert? Dies auf Seite 6.

IHR GUTES RECHT ALS MIETER
Wie warm muß die Wohnung mindestens sein? Zahlen bei ungenügender Wärmedämmung? Unsere Rechtsexpertin zitiert aus neuen Urteilen auf Seite 7.

ENERGIEPOLITIK DER GEMEINDE
Wer hat das Sagen bei der Energieversorgung in der Gemeinde? Das ist meist im Konzessionsvertrag festgelegt. Warum das ein sehr aktuelles Thema ist, das steht auf Seite 8.

BUNDESDEPESCHE Neues vom BUND DER ENERGIEVERBRAUCHER, dem ersten bundesweiten Zusammenschluß von Energieverbrauchern zu einer Interessenvertretung, lesen Sie auf Seite 10.

DAS IST DOCH NICHT MÖGLICH!
Das Stromversorgungsunternehmen sitzt stets am längeren Hebel. Was das bedeuten kann, können Sie auf Seite 12 lernen. Vor einer Nachahmung wird gewarnt.

STROMTARIFE FÜR GEWERBE
Wo liegt der Unterschied zum Haushaltstarif? Wie kann man zu einem geringeren Grundpreis kommen? Wenn Sie den Tarifsdschungel durchschauen wollen, lesen Sie auf Seite 4.

ENERGIENACHRICHTEN AKTUELL
Sahne für Aktionäre- Durchschnittlicher Stromverbrauch- Kohlepreisen erhöht- Test von Solarkollektoren- Risiken der Energiepreise- Alles das auf Seite 12